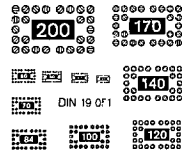


**Für eine gerechte und
leistungsfähige Weltwirtschaft**

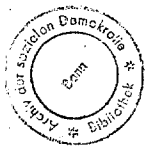


Programmwerkstatt im Erich-Ollenhauer-Haus



Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Einführung	
Internationalisierung der Ökonomie und nationaler Handlungsspielraum	
Prof. Dr. Ingomar Hauchler	4
Statement	
Internationale Arbeitsteilung und nationale Wirtschaftspolitik	
Dr. Jürgen Kromphardt	10
Podiumsdiskussion	
Prof. Dr. Elmar Altvater	11
Margit Köppen	13
Prof. Dr. Fritz W. Scharpf	15
Prof. Dr. Rudolf Hickel	16
Eingangsstatement	
Nord-Süd-Politik und Neue Weltwirtschaftsordnung	
Barbara Simons, MdEP	21
Prof. Dr. Rainer Tetzlaff	22
Podiumsdiskussion	
Prof. Dr. Detlef Albers	24
Jürgen Dormann	26
Prof. Dr. Wilhelm Hankel	27
Eingangsstatement	
Die Europäische Gemeinschaft und die Internationalen Institutionen	
Heinke Salisch, MdEP	31
Podiumsdiskussion	
Dr. Manfred Wegner	32
Dr. Peter Mitzscherling	33
Mathias Hinterscheid	35
Dr. Leonhard Gleske	36
Schlusswort	
Heidi Wieczorek-Zeul	38



089-4717

Vorwort

Die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den Volkswirtschaften sind eng und vielfältig. Handel, Investitionen und Geld- und Kapitalströme überschreiten zunehmend nationale Grenzen; Wirtschaft, Technik und Kommunikation werden immer verflochtener.

Grundsätzlich eröffnet die Internationalisierung der Wirtschaft große Chancen. Die weltweite Arbeitsteilung erschließt den einzelnen Ländern Ressourcen und neue Technologien. Größere Märkte, intensiver Wettbewerb, Massenproduktion und die Nutzung komparativer Kostenvorteile ermöglichen die Produktion von Gütern zu geringeren Kosten und können dadurch zur Wohlfahrtsmehrung der Menschen aller Länder beitragen.

In der aktuellen Praxis dagegen erwachsen Staaten, Verbrauchern und Arbeitnehmern sowie national operierenden kleineren Unternehmen eher Gefahren aus der Internationalisierung der Wirtschaft. Das Fehlen starker interregionaler und internationaler politischer Instanzen, die die Wirtschaft sozial und ökologisch steuern, ermöglicht es multinationalen Produktions-, Handels-, Dienstleistungs- und Finanzkonzernen alle Vorteile wahrzunehmen, die sich ihnen bieten, und allen Verpflichtungen auszuweichen, die nationale Regierungen ihnen auferlegen.

Der internationale Wettbewerb produziert auf diese Weise einen ständigen Anpassungsdruck auf die einzelnen Volkswirtschaften, der sich insbesondere gegen Arbeitnehmerrechte, soziale Errungenschaften sowie den ökologischen Umbau der Wirtschaft richtet. Der Nutzen internationaler Arbeitsteilung gerät so schnell in Gefahr, von den Kosten mehr als kompensiert zu werden. Der Spielraum nationaler Politik wird unter diesen Bedingungen erheblich eingeengt. Dies gilt insbesondere auch für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, die wie kein anderer größerer Industriestaat in die Weltwirtschaft eingebunden ist, die aber andererseits auch stärkere Möglichkeiten der Beeinflussung hat.

Es gilt also, die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen so zu regeln, daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen verbessert und

die Umwelt geschont wird. Dazu ist notwendig:

1. Die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, d. h. konkret:
 - a) zumindest teilweiser Schuldenerlaß für Entwicklungsländer
 - b) verbesserte Austauschbedingungen für die Länder des Südens
 - c) Reform des internationalen Währungssystems (unabhängige Weltreservewährung)
 - d) Schaffung internationaler Konventionen zur Kreditaufsicht und zur Regelung internationaler Insolvenzen
 - e) Schaffung eines internationalen Kartellrechts
 - f) internationale Koordinierung nationaler Geld-, Finanz- und Hauspolitik

Zur Umsetzung all dieser Maßnahmen ist die funktionelle und finanzielle Stärkung der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sowie der UNO notwendig.

2. Internationalisierung und regionale Zusammenarbeit

Auf dem Wege zu einer Weltinnenpolitik könnte die Funktionsfähigkeit der internationalen Zusammenarbeit verbessert werden, indem großräumige regionale Zusammenschlüsse sich in stärkerem Maße koordinieren. Wenn wenige, aber gleichgewichtiger Partner sich abstimmen, wird die globale Zusammenarbeit erleichtert. Die politische Regelungsfähigkeit könnte dem ökonomischen Regelungsbedarf angepaßt werden. Die Länder des Südens könnten in regionalen Zusammenschlüssen ihre wirtschaftliche und politische Position stärken. Bessere Austauschbedingungen, die sie sich erkämpfen würden, könnten zu einer stetigeren Entwicklung ihrer Volkswirtschaften beitragen. Die Kluft zwischen Nord und Süd könnte kleiner werden, die internationale Sicherheit sich auf diese Weise erhöhen.

3. Eine gemeinsame Politik in Europa

Eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik würde nationalen Volkswirtschaften verloren-

gegangene Handlungsspielräume zurückbringen. Nur im Verband mit den anderen europäischen Staaten läßt sich auf Dauer eine Politik für Vollbeschäftigung, Preisstabilität und mehr Lebensqualität realisieren. Nur ein integriertes Europa bietet die Chance, unsere sozialen Errungenschaften zu sichern und unsere Wirtschaft ökologisch umzubauen. Und nur der Erhalt und die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsordnung wird ermöglichen, daß Europa seinen notwendigen Beitrag zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaft leistet.

4. Die kontrollierte Integration der bundesdeutschen Wirtschaft

Die Bundesrepublik kann, wird und soll sich auch nicht von den internationalen Märkten abschotten. Zu groß wären die Wohlstandsverluste, die aufgrund des Verzichts auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung entstünden. Aber die bundesdeutsche Wirtschaft darf sich auch nicht bedingungslos an den Weltlauf von Ressourcen und Märkten anpassen, wenn dadurch die ökologische und soziale Sicherheit der Menschen beeinträchtigt wird. Es bedarf deshalb einer Politik, die sicherstellt, daß durch internationale Institutionen und eine effektive Kooperation der Staaten soziale und ökologische Normen Standard werden, die für uns zumindest keine Verschlechterungen bringen. Zugleich sehen wir aber auch noch Möglichkeiten auf nationaler Ebene eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen in unserem Lande beiträgt. Denn: Integration bedeutet nicht, daß nationale Handlungsspielräume nicht mehr vorhanden sind.

Dies wurde auch in einem Vortrag deutlich, der anlässlich einer Programmwerkstatt zum Thema „Weltwirtschaft“ gehalten wurde (s. Seite 10ff.). Auf dieser Werkstatt wurden Teile des VII. Kapitels des sog. „Irseer Entwurfs“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD erörtert. Vorliegende Broschüre dokumentiert diese Veranstaltung. Sie soll Informationen über das Thema vermitteln und Anregung zur Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms sein.


(Oskar Lafontaine)

Internationalisierung der Ökonomie und nationaler Handlungsspielraum

Prof. Dr. Ingomar Hauchler

In einer Zeit, in der Wissen und Ansprüche sich weltweit vernetzen, die Ströme von Geld und Gütern global fluktuieren, ist jede Politik, die sich auf nationale Interessen und Handlungsspielraum verengt, zum Scheitern verurteilt. Der Nationalstaat als ökonomische Einheit existiert im Grunde nicht mehr.

So wie wir Schutz vor militärischen Katastrophen nur noch in globalen Systemen gemeinsamer Sicherheit finden können, so werden wir die Wohlfahrt der Menschen in Nord und Süd auf Dauer nur mit einem globalen Konzept der ökonomischen Entwicklung sichern können. Zu einer eher defensiv begründeten Sicherheitspartnerschaft muß eine offensive Entwicklungspartnerschaft treten. Sie muß weit mehr umfassen als eine wirtschaftspolitische Koordination der großen Industriestaaten und auf der Erkenntnis beruhen, daß Ost und West, Nord und Süd auch ökonomisch ein gemeinsames Schicksal haben.

Mit den folgenden – bewußt zugespitzten – Thesen wird ein Diskussionsbeitrag zu drei Fragen vorgelegt.

Erstens: Wie weit ist die Internationalisierung der Ökonomie fortgeschritten, wie ist die Krise der Weltwirtschaft einzuschätzen – und was löst sich daraus für die bisherige Form der internationalen Arbeitsteilung folgern?

Zweitens: Was leisten die bestehenden politischen Systeme, um die internationale Entwicklung in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht zu kontrollieren?

Drittens: Welchen Beitrag können regionale Wirtschaftszonen leisten, um die internationale Kooperation zu verbessern und den Interessensgleich, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zu fördern?

Die Fragen gehören mit ins Zentrum der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei, nicht zuletzt deshalb, weil der zukünftige nationale Handlungsspielraum, insbesondere auch in sozialen und ökologischen Fragen, entscheidend von der internationalen Wirtschaftsentwicklung abhängig ist.

These 1 Internationale Verflechtung und Krise der Weltwirtschaft

Die Verflechtung der Volkswirtschaften verstärkt sich auf allen Ebenen. Sie ist mit einer Konzentration wirtschaftlicher und technischer Potentiale bei multinationalen Unternehmen, einer Verdichtung der Güter- und Geldströme auf wenige Industrie- und Schwellenländer sowie einem Verlust politischer Kontrolle ökonomischer Prozesse verbunden. Die Internationalisierung der Ökonomie ist von einer strukturellen Krise der Weltwirtschaft begleitet, die auf die nationalen Wirtschaften durchschlägt und soziale und ökologische Systeme weltweit zu erschüttern droht. Eine politisch unkontrollierte Internationalisierung der Ökonomie stellt zunehmend die Grundannahmen und Theoreme der herkömmlichen Außenwirtschaftspolitik in Frage.

Zahlreiche Indikatoren zeigen, daß die weltwirtschaftliche Verflechtung sich exponentiell entwickelt. Dies gilt für den Welthandel, noch mehr aber für die internationalen Geld- und Kapitalströme. Die Wachstumsraten der Handelsverflechtung liegen weit über jener der Weltproduktion. Von 1950 bis 1985 ist in der verarbeitenden Industrie die Weltproduktion um das 7fache, der Welthandel um das 14fache gestiegen. Die Verflechtung wuchs hier also doppelt so schnell wie die Produktion. Neben Japan marschiert die Bundesrepublik an der Spitze der Prozesse. Der Anteil ihres Außenhandels erreichte heute ein Drittel des Sozialprodukts und

liegt damit etwa doppelt so hoch wie in Japan und dreimal so hoch wie in den Vereinigten Staaten.

Geradezu explosiv wuchsen die internationalen Finanzbewegungen. Ihr Volumen beträgt mit 20 000 Mrd. Dollar das 40fache des Sozialprodukts der Bundesrepublik und das 10fache des Welthandels. Die Quantität ist in eine neue Qualität umgeschlagen: Die Finanzströme werden nicht mehr von realwirtschaftlichen Faktoren bestimmt. Umgekehrt. Sie haben sich weitgehend selbstständig und bestimmen ihrerseits die Entwicklung von realen Investitionen, Wachstum und Außenhandel.

Die internationale Verflechtung ist von einem weltweiten Konzentrationsprozeß begleitet. Handel, Investitionen und Geldströme verdichten sich in den großen Industriestaaten und wenigen Schwellenländern. Sie konzentrieren sich hier weiter auf enge Räume um wenige Metropolen.

Ein immer größerer Anteil des internationalen Handels und Finanzflusses und der Investitionen wird von immer weniger, aber um so mächtigeren Unternehmenszentralen gelenkt. Diese können sich immer effektiver gegen nationale Kontrolle immunisieren, indem sie Kapital, Technologie, Know-how und Führungspersonal weltweit allein nach Kriterien einzelwirtschaftlicher Kapitalrentabilität verschieben.

Die Markt- und Finanzmacht und die Mobilität der internationalen Unternehmen und Banken, die mehr durch Fusionen und Beteiligungen als durch neue Realinvestitionen wachsen, verändern zunehmend Form und Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung. Der internationale Wettbewerb findet, wenn überhaupt, nur noch zwischen wenigen Superkonzernen statt. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen, werden, sofern sie noch überleben, von den Riesen abhängig. Beides wirkt sich negativ auf Innovation und Investition aus. Die internationalen Konzerne gewinnen gegenüber Regierungen und den national operierenden Gewerkschaften eine dominierende Verhandlungsposition. Die sozialen und ökologischen Instrumente nationaler Politik werden unterlaufen. Die Entwicklungsländer werden in diesem Prozeß immer mehr an die Peripherie gedrängt.

Die wachsende internationale Verflechtung und Konzentration von Güter- und

Finanzströme, Kapital und Entscheidungen ist seit Anfang der 70er Jahre von einer weltweit ausgreifenden Wirtschaftskrise begleitet.

Der wichtigste Indikator ist der tendenzielle Fall der Wachstumsraten in den westlichen Industrieländern. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts sank von 4,7 Prozent im Zeitraum 1965 – 73 auf 2,8 Prozent in den Jahren 1973 – 80 und 2,2 Prozent in den Jahren 1981 – 86. Die Investitionsquote sank von 1965 bis 1985 um 2 Prozentpunkte. Die großen Konzerne stecken ihre Gewinne zunehmend in feste Finanzanlagen – statt beschäftigungswirksame Neuinvestitionen vorzunehmen.

Zu den bekannten Faktoren kurzfristiger Konjunkturschwankungen – vor allem der periodischen Überakkumulation – treten strukturelle Krisenursachen auf der Nachfrage- und Angebotsseite.

Ökologische, soziale und psychologische Grenzen knicken die bisher exponentiell ansteigende Nachfragekurve. Auch zusätzliche Dienstleistungen können in Zukunft allenfalls noch mäßige Zuwachsraten bewirken. Sechs, sieben oder acht Prozent Wachstum werden nicht mehr erreichbar sein.

Auch die Dynamik auf der Angebotsseite wird blockiert, falls die Schere zwischen tendenziell fallender Profitrate und steigenden Zinsen sich nicht schließen läßt. Infolge weltweit zunehmender Staatsverschuldung und immer höherer Kapitalintensität bei abgeschwächter Nachfrage spricht aber wenig dafür.

Zu den konjunkturellen und strukturellen Ursachen der Weltwirtschaftskrise tritt, wie später näher ausgeführt werden wird, ein dritter eigenständiger Krisenfaktor: die wachsenden Kosten einer unregulierten Internationalisierung.

Die Krise in den Industrieländern strahlt auf die Entwicklungsländer aus. Die Peripherie der Weltwirtschaft kann sich – bei noch so großen und auch fälligen Eigenanstrengungen – nicht gegen die Schwäche der Metropolen abschotten. Je größer aber ihre Integration in den Weltmarkt und das internationale Finanzsystem, desto härter schlagen die in den Industrieländern gesetzten Fakten durch: Verlangsamtes Wachstum, hohe Realzinsen, verzerrte und schwankende Wechselkurse.

Zu treten die strukturellen Nachteile von Rohstoffländern: die durch Bevölkerungs-



Prof. Dr. Ingomar Hauchler

Jedoch nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die politische Strategie der ökonomischen Entwicklung befindet sich in der Krise, die, wie Gramsci sagt, „genau in dem Umstand (wurzelt), daß das Alte stirbt und das Neue nicht entsteht“.

Von der Internationalisierung der Ökonomie, wie sie sich heute entwickelt, gehen Wirkungen aus, die die Grundannahmen und das Haupttheorem der klassischen Theorie der internationalen Arbeitsteilung zumindest stark einschränken.

Ihre Grundpfeiler sind das Bestehen eines internationalen Wettbewerbs mit vielen Anbietern und frei fluktuierenden Güter- und Kapitalströmen und eine Orientierung der Faktorallokation an

realen Kosten. In dieser „idealen Welt“ werden die Güter entsprechend komparativer Kostenvorteile in optimaler Arbeitsteilung zwischen internationalen Standorten produziert. Das Ergebnis ist ein Wohlstandsgewinn für alle Beteiligten.

Leider existiert diese „ideale Welt“ aber nicht. Und es ist offensichtlich, daß die Hemmnisse, die diese außenwirtschaftliche Idylle stören, sogar stärker werden.

Einerseits: Trotz aller Bekenntnisse zum Freihandel wird sich der Protektionismus weltweit noch verschärfen. Nicht nur das jüngst vom amerikanischen Kongreß mitten in einer neuen GATT-Runde beschlossene Handelsgesetz deutet in diese Richtung. Auch die schon bestehenden Fakten allein sprechen für sich: Bereits heute unterliegen schon etwa 50 Prozent des internationalen Güterausstausches der Protektion – sei es durch direkte Schutzmaßnahmen oder durch defensiv oder offensiv ausgerichtete Subventionen.

Wo ganze Branchen zusammenbrechen und Regionen ausbluten, baut sich – trotz aller Lippenbekenntnisse – weltweit Widerstand gegen verschärfte Strukturpassungen auf. Wachsender Protektionismus zur Abwehr von Importen gefährdet aber die Absatzbasis für Exporte. Beides addiert sich zu hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten.

Andererseits: Wo Freihandel herrscht, stehen vor allem zwei Entwicklungen einer optimalen Allokation der Produktionsfaktoren entgegen. Die internationale Konzentration hat die wesentlichen Bedingungen eines voll funktionierenden Marktes – nämlich der Wettbewerb vieler innovativer Anbieter, Transparenz der Daten und freien Zugang zu Markt und Produktionsmitteln – weitgehend beseitigt.

Dazu kommt, daß wachsende Finanzströme über kurzfristige und erratische Zins- und Wechselkursbewegungen nicht selten die Relationen realer Leistungsfähigkeit auf den Kopf stellen und eine langfristige unternehmerische Planung und Kalkulation verhindern. Amortisationsrechnungen werden mit hohen Unsicherheiten belastet. Erschwerend kommt hinzu, daß die Zinsen auf Finanzanlagen tendenziell die Rendite auf Realinvestitionen übersteigen. Beides verringert – neben den strukturellen Nachfrageschwächen – die Investitionsneigung. Dies verschärft wiederum

das Wachstumsproblem. Ein negativer Zirkel also – nicht nur infolge des Protektionismus, sondern auch in einer Situation freien Handels.

Jeder Wirtschaftssektor kann heute von außen zur Anpassung gezwungen werden. Die langfristig pessimistischen Einschätzungen für das Paradiesstück des deutschen Exports – die Autoindustrie – beweist dies. Probleme erwachsen sowohl aus ungezügelter Protektionismus wie dem sogenannten freien Handel auf vermachten Märkten. Verschärfter Anpassungsdruck bei der Export- wie der Binnenmarktproduktion führt zu Stilllegungen, Produktionseinschränkungen, Umstrukturierungen, Standortkonzentrationen und -verlagerung.

Die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Belastungen steigen. Sie werden aber nur zum kleineren Teil von den Unternehmen selbst getragen. Sie treffen vielmehr zunehmend das gesamte wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Gefüge ganzer Regionen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit, der Umschulung, der Sozialhilfe und des Niedergangs des wirtschaftlichen Umfeldes müssen von den öffentlichen Haushalten übernommen werden. Diese müssen ihrerseits dringend nötige Investitionen zur Bewältigung der Strukturpassung einschränken. Also auch hier ein negativer Zirkel!

Durch politisch nicht gesteuerte Strukturpassungen tritt zunehmend ein Phänomen auf, das wir bisher vor allem in Gestalt einzelwirtschaftlich verursachter, jedoch öffentlich zu tragender Umweltanschäden kennen: nämlich die Externalisierung von Kosten. Sie führt zu Fehlallokation von Ressourcen und damit zu negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten.

Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden dadurch konterkariert – abgesehen von den menschlichen, sozialen und politischen Folgen, die dieser Prozeß bewirkt.

Keiner weiß genau, wie die gesamtwirtschaftliche Bilanz aus Nutzen und Kosten stetig verschärfter Strukturpassungen aussieht. Es spricht jedoch viel für die These, daß die Grenzkosten einer unregelmäßigen internationalen Arbeitsteilung bereits heute ihren Grenznutzen übersteigen. Dies wird allerdings oft dadurch verschleiert, daß sich die Vorteile der Strukturpassungen in der Regel in den einzelwirtschaftlichen

Rechnungen niederschlagen, die Nachteile aber überwiegend in den öffentlichen Budgets sichtbar werden.

Angesichts dieser grundlegenden Probleme wirkt es wenig seriös, wenn sich hochbezahlte Experten in Währungsfonds, in unseren wirtschaftlichen Instituten und Politiker in parlamentarischen Debatten um ein halbes oder ganzes Prozent bei Wachstums- und Inflationsraten streiten. Auf der Tagesordnung steht nicht das immer neue Drehen an kleinen Rädern eines obsolet gewordenen Dialektranzes, sondern die Erkenntnis der fundamentalen Verwerfungen in der Struktur des internationalen Wirtschaftssystems.

These 2 Nationale und internationale Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung

Der zunehmende Internationalisierung der Ökonomie und den Deformationen der internationalen Arbeitsteilung steht eine abnehmende politische Handlungskompetenz von Regierungen und internationalen Institutionen gegenüber. Dieses Problem läßt sich weder durch nationale Abschottung lösen noch dadurch, daß sich eine Reform der internationalen Koordination auf die bestehenden Mechanismen und Institutionen beschränkt.

Die Internationalisierung der Ökonomie ist – vor allem für kleinere Länder – keine politische Option, sondern ein Faktum. Versuche, durch nationalen Protektionismus und eine binnenwirtschaftlich fixierte Technologie-, Industrie-, Fiskal- und Geldpolitik nationalen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, sind ökonomisch wenig rational und politisch nicht durchsetzbar. Dies gilt gleichermaßen für Industrie- und Entwicklungsländer, für marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Systeme. Die negativen Ergebnisse nationaler Alleingänge, etwa durch Frankreich oder Brasilien, und der früheren Abschottung Chinas und der Sowjetunion belegen dies.

Versuche, die wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene autonom zu steuern, scheiterten nicht nur – wie manche, die es immer noch nicht wahrhaben wollen, meinen – an einzelnen Fehlern des politischen Managements, sondern vor allem an ökonomischen Sachzwängen des bestehenden internationalen Systems. Sozialismus, Kapitalismus und demokratischer Sozialis-

mus „in einem Lande“ sind spätestens heute überholt.

Telekommunikation und Satelliten bewirken, daß Informationen und Bedürfnisse, Technologie und Kapital sich nicht mehr an nationalen Schlagbäumen stoppen lassen. Die Öffnung der nationalen Systeme ist technisch und politisch nicht revidierbar. Kapital wird nicht mehr in Koffern transportiert. Technologie wird nicht mehr in Hard-ware, sondern durch Blaupausen exportiert, Medien spannen über die Grenzen hinweg ein Netz von Ansprüchen und Leitbildern. Dazu kommt, daß nationale Abschottung auf die Wohlfandeffekte verzichtet muß, die eine Arbeitsleistung in großen Räumen prinzipiell bietet.

Wo die nationale Autonomie zunehmend eingeschränkt wird, wird dies keineswegs dadurch kompensiert, daß sich die politische Kontrolle ökonomischer Prozesse auf internationaler Ebene verlagert. Im Gegenteil. Weder die herkömmlichen bilateralen Mechanismen noch die bestehenden globalen Institutionen können sicherstellen, daß ein internationalisierter ökonomischer Prozeß nicht quasi wildwüchsig abläuft, sondern an soziale und ökologische Ziele gebunden wird.

Das bestehende System der internationalen Koordination versagt bei der Lösung der zentralen Zukunftsprobleme. Statt einen Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer zu bewirken, verschärfen sich die Widersprüche. Statt daß die Verschuldungskrise strukturell gelöst wird, wächst sie sich immer mehr zu einem Hemmnis für den Welthandel und einer Entwicklungslöcke für die Entwicklungsländer aus. Statt daß grenzübergreifende Strategien entwickelt werden, um Klimaveränderungen, den Raubbau an nicht regenerierbaren Ressourcen, die Verschmutzung von Meeren und Luft zu stoppen, setzen die Staaten eine ungehemmte Standortkonkurrenz zu Lasten der Umwelt fort. Die internationale Koordination versagt auch, wo außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen, der Protektionismus einzudämmen und für eine stetige und realwirtschaftlich orientierte Entwicklung der Wechselkurse und Zinsen zu sorgen wäre.

Die Instrumente, über die das internationale System heute verfügt, reichen nicht aus, um nationale Entscheidungen

im Blick auf übergeordnete gemeinsame Interessen zu disziplinieren (siehe das amerikanische Haushaltsdefizit), um investitions- und wachstumsschwächende Finanztransfers zu kontrollieren und weltweites Sozialdumping zu verhindern.

Vieľfältige einzelne Anstrengungen und immer hektischer werdende Aktivitäten auf immer größeren Konferenzen stoßen ins Leere, weil das institutionelle Gerüst der internationalen Zusammenarbeit der steigenden Komplexität und Interdependenz der internationalen Probleme nicht mehr gewachsen ist. Immer neue Flecken können nicht verhindern, daß der Anzug der Welt von den Verhältnissen gesprengt wird.

Das hat auch damit zu tun, daß die USA die Rolle der hegemonialen Ordnungsmacht, die ihr in den vierziger Jahren zugefallen war, heute nicht mehr ausfüllen können. Der Dollar als Weltgeld ist in Frage gestellt. Der „american way of life“ verliert. Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft ist hinter die anderer Staaten zurückgefallen. Die USA sind vom größten Gläubiger zum Schuldnerland geworden. Dazu kommt ein riesiges Staats- und Außenhandelsdefizit. Kurz: Die USA haben mit sich selbst zu tun. Sie treffen zunehmend binnenorientierte Entscheidungen, die sich weltwirtschaftlich desintegrierend auswirken.

Wo aber die Fähigkeit der USA schwindet, eine hegemonial begründete Verantwortung für die weltwirtschaftliche Entwicklung zu übernehmen und einen Ausgleich der Interessen zu bewirken, wird – ungleich der dreißiger Jahre, als die Pax Britannica von der Pax Americana abgelöst wurde – kein neues internationales Ordnungszentrum sichtbar. Das Ausmaß und die Komplexität des internationalen Regelungsbedarfs haben sich in den 70er und 80er Jahren vervielfacht. Eine hegemoniale Lösung des Problems ist nicht mehr möglich. Jeder einzelne Staat ist damit überfordert. Dies gilt auch für Japan und die Bundesrepublik. Sie sind regional dominierende Wirtschaftsmächte, aber viel zu klein, um auf globaler Ebene Lokomotionen spielen und Verantwortung für eine internationale Koordination der Interessen und Strategien übernehmen zu können.

Auch der Versuch, durch eine freiwillige Zusammenarbeit unter Gleichen eine regelgebundene Abstimmung nationa-

ler Finanz- und Wirtschaftspolitik zu erreichen, erscheint wenig erfolgreich – auch wenn es auf einzelnen Feldern zu begrenzten und befristeten Vereinbarungen kam.

Das liegt nicht nur an fehlenden Managementfähigkeiten. Entscheidend sind strukturelle Ursachen. Die Voraussetzung des sog. „Prisoner's Dilemma“, daß nämlich alle Beteiligten mehr aus Kompromissen als aus der Durchsetzung zeitweilig bestehender nationaler Vorsprünge gewinnen, sind nicht gegeben. Es fehlt dafür an der Gleichheit: Die Stärke der großen Industriestaaten übertrifft die der kleinen Länder und insbesondere der Entwicklungsänder so sehr, daß sie auf geraume Zeit keine nennenswerten Kompromisse im eigenen Interesse schließen müssen. Dies gilt vor allem für die USA. Sie können wegen des Dollars als stärkerer Weltwährung und ihres vergleichsweise überragenden Binnenmarkts nicht zu gleichgerichteter Anpassung gezwungen werden. Es mangelt aber auch an einer Gemeinsamkeit des Problemendrucks und grundlegender sozialer und kultureller Werte zwischen den verschiedenen Staaten, insbesondere zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern.

Auch die Handlungsfähigkeit der internationalen Institutionen ist nicht größer, sondern eher kleiner geworden. Die Vereinten Nationen, das GATT, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank verfügen über viel zu geringe Ressourcen, zu wenig Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten. Vor vierzig Jahren unter sich ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen geschaffen, zeigt sich, daß ihre Konstruktion heute dringend einer Reform bedarf. Allenfalls der Währungsfonds verfügt noch über ein gewisses „Ausmaß an Autorität und Regelungskompetenz. Diese wird aber einseitig im Interesse der großen Industrieländer und auf kurzfristige, ökonomisch verengte Ziele, eingesetzt. Die Vereinten Nationen sind leider zum Debattierclub geworden, in dem die Entwicklungsförder zwar den Ton angeben, ein effizientes Management globaler Probleme aber nicht stattfinden kann.

Wo nationaler Kompetenzverlust nicht durch wirksame internationale Koordination ausgeglichen wird, droht die Weltwirtschaft sich allein nach den Maximen einzelwirtschaftlicher Rationalität

vor allem multinationaler Konzerne und Banken zu entwickeln. Dies gilt um so mehr, als die nationale Basis der Gewerkschaften durch das international operierende Kapital ausgehöhlt wird und eine internationale Gemeinnützigkeit der Arbeitnehmer nicht in Sicht ist.

Die Internationalisierung der Ökonomie verläuft in einem politischen Vakuum, das sich immer mehr ausdehnt. Damit lockert sich die Bindung der Ökonomie an soziale Verantwortung, ökologische Vorsorge und internationalen Interessenausgleichs.

These 3 Regionale Zusammenarbeit als Basis einer neuen internationalen Ordnung

Eine wirksame politische Kontrolle weltweit vernetzter Ökonomie und Technologie verlangt einen Umbau des Systems der internationalen Zusammenarbeit, der über eine bloße Reparatur bestehender Institutionen weit hinausgeht. Das polare Gegeneinander von ökonomischen Lagern, das die Welt der Nationen in zwei Entwicklungshälften – hier Industrieländer, dort Entwicklungsländer – spaltet, muß abgelöst werden durch eine Ordnung, in der regionale Wirtschaftszonen miteinander kooperieren. Gemeinsame kulturelle und soziale Werte statt des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus müssen zur Basis der internationalen Zusammenarbeit werden.

Immer neue Anläufe zur effizienteren und gerechteren Gestaltung des bestehenden Systems stoßen an Blockaden, die in ihm selbst angelegt sind. Die von den Entwicklungsländern geforderte neue Weltwirtschaftsordnung scheidet nicht nur an der Vortorheit der Industrieländer, sondern auch am Mißverhältnis zwischen globalem Regelungsbedarf und globaler Regelungsfähigkeit. Die von den Industrieländern mit Druck verordnete Anpassungspolitik nach dem Modell des eigenen Entwicklungsweges wird sich an kulturellen, sozialen und politischen Widerständen in den Entwicklungsländern brechen.

Neue Instrumente, um innerhalb der bestehenden Ordnung Prozesse besser zu steuern, sind nötig, weil der Druck aktueller Probleme nach raschen Lösungen verlangt und eine neue Ordnung in der Praxis nur über einen längeren Zeithorizont hinweg zu schaffen ist. Das entbehrt uns aber nicht der Aufgabe, jetzt die Weichen dafür zu stellen.

Grundprinzip für ein neues institutionelles Gerüst der internationalen Beziehungen muß sein, daß die Bipolarität von rein ökonomisch definierten Entwicklungslagern abgelöst wird durch eine Multikooperativität geographischer Großräume. Auf sie wären jene Kompetenzen zu verlagern, die die Nationalstaaten faktisch nicht mehr haben und die globale Systeme auch in Zukunft nicht wahrnehmen können. Vor allem folgende Argumente sprechen für einen solchen institutionellen Umbau.

Erstens: Die politische Koordination würde effizienter, weil der sogenannte „Span of Control“ nicht überdehnt würde. Nur mit einer zusätzlichen regionalen Zwischenstufe läßt sich die politische Regelungsfähigkeit dem ökonomischen Regelungsbedarf anpassen. Dies würde auch die globale Koordination erleichtern. Weniger, aber gleichgewichtiger Partner müßten weniger Fragen abstimmen. Weltpolitik, die nicht nur Deklamation ist und von wenigen Super- und Industriemächten diktiert werden soll, sondern Substanz und das Interesse aller Beteiligten im Blick hat, wäre zwischen 12 oder 15 Weltregionen eher möglich als zwischen 170 Nationen, die – sehr unterschiedlich hinsichtlich Raum, Bevölkerung, Wirtschaftskraft, Kultur, sozialer und politischer Struktur – in ökonomisch und ideologisch polaren Lagern sitzen.

Zweitens: Die ökonomischen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung könnten erhalten und durch Abbau ungerichteter Protektion und Struktur Anpassung sogar erhöht werden. In einem freien Markt, der dreihundert Millionen oder gar eine Milliarde Menschen umfaßt, können die Wohlfundeffekte von Wettbewerb und economy of scale besser genutzt, politisch gesichert und sozial und ökologisch orientiert werden, als auf einem Weltmarkt, der sich politischer Kontrolle entzieht. Im übrigen ist eine Kooperation zwischen den Weltregionen damit nicht ausgeschlossen.

Drittens: Innerhalb sozial-kulturell relativ homogener Regionen könnte ein eigenständiger und umfassenderer Begriff des Fortschritts formuliert und die Inhalte und Zeithorizonte von Entwicklung differenzierter bestimmt werden, als dies global je möglich sein wird. Die Illusion global einheitlicher Entwicklung würde abgelöst durch die reale Chance, daß jede Region ihre spezifische Vorstellung von Wohlstand, Arbeit und

Leben verwirklichen und sich selbst behaupten kann.

Viertens: Die ökonomische und politische Position der Entwicklungsländer würde gestärkt – sowohl durch die Effekte verstärkter regionaler Arbeitsteilung und Bündelung von Potentialen als auch durch eine größere Angebots- und Nachfragemacht auf dem Weltmarkt. Für Mercedes und den IWF wären Südostasien oder Mittelamerika ein gewichtigerer Partner als Malaysia oder Costa Rica.

Fünftens: Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern könnte wirksamer angelegt werden, wenn sie für Regionen (etwa südliches Afrika) konzipiert würde und nicht aufgefächert wäre nach einer Vielzahl von Staaten, innerhalb derer wiederum eine Menge von Geberländern und Institutionen unkoordinierte und zum Teil widersprüchliche Konzepte verfolgen.

Und schließlich sechstens: Eine Regionalisierung könnte auch zum Abbau politischer Spannungen, zur Abrüstung und zur Vermeidung militärischer Konflikte einen gewichtigen Beitrag leisten. Wirtschaftliche Großräume bieten gute Voraussetzungen, auch zu Zonen gemeinsamer Sicherheit zu werden. Die Sorge, daß große Staaten in solchen Räumen eine hegemoniale Stellung erreichen könnten, ist allerdings berechtigt. Die Alternative ist jedoch nicht Hegemonie: ja oder nein, sondern eher: diese oder jene Hegemonie – etwa Pax Brasiliensis versus Pax Americana.

Gegen eine konsequente Regionalisierung der internationalen Beziehungen als Basis einer funktionsfähigen und gerechten internationalen Ordnung, die wenigstens in großen Kulturräumen eine eigenständige Entwicklung ermöglicht, werden vor allem folgende Einwände erhoben.

Erstens: Der Nationalstaat und seine Souveränität werde ausgehöhlt. Dieses Argument ignoriert, daß allenfalls die Supermächte noch souverän sind und dies vor allem durch ihr militärisches Potential. Die Provinzialität von rechts, die sich politisch national festmacht, ökonomisch aber international orientiert, wird ebenso an der Realität scheitern wie eine gewisse Provinzialität von links, die sich in der Idylle nationaler Wirtschaftskontrolle einrichten möchte, sich gleichzeitig aber politisch internationalistisch verhält.

Zweiter Einwand: Der Kompetenzverlust der Nationen führe zum Verlust demokratischer Kontrolle ökonomischer und sozialer Verhältnisse. Das ist die Angst vor dem Europa der Konzerne. Dagegen ist zu sagen: Gerade die faktisch schon vollzogene, aber bisher unwichtig sich weiter entwickelnde Internationalisierung der Ökonomie und die sich rapide verstärkende Konzentration bedarf einer großräumigen politischen Flankierung. Nur innerhalb großer Zonen wie Europa, die neben wirtschaftlichen Einheiten auch zu Sozialräumen werden, und in denen Gewerkschaften und Parteien grenzüberschreitend organisiert sind, ist eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Entwicklung und eine Mitbestimmung in internationalen Konzernen möglich. Im übrigen kann eine Regionalisierung der internationalen Beziehungen durchaus mit einer Aufwertung lokaler Entscheidungskompetenzen verknüpft werden.

Ein dritter Einwand lautet: Ein institutioneller Umbau der internationalen Beziehungen ist unrealistisch. Darauf antworte ich: Auch die Institutionen von Bretton Woods sind einmal neu geschaffen worden, um das internationale System nach einer globalen Krise neu zu ordnen. Warum sollte – durchaus in Verbindung mit einer entsprechenden Reform dieser Institutionen und der Vereinten Nationen – die internationale Ordnung morgen nicht an veränderte ökonomische, technologische und politische Bedingungen angepaßt werden können?

Die Fakten weisen ja bereits in diese Richtung: Der gemeinsame europäische Markt wird trotz mancher Hindernisse vollendet werden. Die südasiasische, die südasiasische, die südamerikanische Kooperation werden unter dem Druck der Verhältnisse verstärkt werden. Es bilden sich bereits Zonen mit unterschiedlichen Leitwährungen heraus. Trotz lauter Bekenntnisse zu global freiem Handel verstärkt sich der Druck zu großen Handelszonen, zwischen denen der grenzüberschreitende Verkehr zunehmend politisch verhandelt wird.

Der Widerstand gegen eine neue internationale Ordnung durch jene, die heute noch von der alten Un-Ordnung profitieren, wird vielleicht aber nur dann gebrochen werden, wenn sich die Krise der Weltwirtschaft weiter vertieft, das Elend von Millionen in den Entwicklungsländern die internationalen Kon-

flikte verschärft und der Anpassungsdruck im Null-Summenspiel der ungerichteten Internationalisierung auch in den Industrieländern zu offenem sozialem Widerstand treibt. Der Untergang Roms und ähnliche historische Zäsuren liefern Beispiele dafür, daß das notwendige Neue sich oft nicht ohne schmerzhaften Brüche aus dem Alten erhebt.

Für die Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei, das über das Jahr 200

hinausgreift, ist es notwendig, daß wir die Zukunft vorausdenken und auch international die richtigen Weichen für die politische Gestaltung stellen, anstatt resigniert die einseitige (c)ig einseitig nicht kontrollierten internationalen Wettbewerbs zu akzeptieren oder dem Traum von verlorenen nationalen Handlungsspielräumen nachzuhängen.

Die Geschichte der Sozialdemokratie war geprägt von der Konzentration auf

die Ordnungsfrage. Diesen Ansatz haben wir in den letzten Jahrzehnten verdrängt und uns weitgehend auf prozedurale Methoden des Krisenmanagements im Rahmen des ordnungspolitischen Status quo beschränkt. Das neue Programm muß die Frage der Institutionen – in einer veränderten Welt allerdings international gestellt – wieder in den Mittelpunkt rücken.

Internationale Arbeitsteilung und nationale Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

1. Der Isere Entwurf geht bei seinen Aussagen zu meinem Thema zu Recht davon aus, daß die internationale Verflechtung der Gütermärkte und der Kapitalmärkte enger geworden sind und daß sich dadurch die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten eines **einzelnen** Staates verringert haben.

Seine Antworten auf die Frage, was denn in dieser Situation wirtschaftspolitisch getan werden kann oder muß, sind zwar nicht falsch, aber unvollständig.

2. Um dies zu belegen, möchte ich zwischen der Globalsteuerung und der strukturorientierten Politik unterscheiden. Was die **Globalsteuerung** betrifft, so sollte an 1. Stelle betont werden, daß die natürlichen Spielräume zwar kleiner geworden, aber noch lange nicht verschunden sind. Dies gilt besonders für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit ihren hohen und ständigen Leistungsbilanzüberschüssen und ihrer harten Währung, die tendenziell aufwertungsverdächtig ist. Ein solches Land hat nicht nur die Möglichkeit, sondern steht auch in der Verantwortung, in einer Situation weltweiter Massenarbeitslosigkeit seine gesamtwirtschaftlichen Handlungsspielräume auszunutzen, vor allem natürlich in der Geldpolitik. Daß dort noch Handlungsspielräume bestehen, das hat Wilhelm Nölling, Präsident der LZB Hamburg, in einem Referat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 1985 dargelegt, und die Erfahrungen, die wir seitdem mit den großen Zinsdifferenzen zwischen den USA und dem westdeutschen Kapitalmarkt gemacht haben, bestätigen seine Behauptungen. Das internationale Kapital ist keineswegs vollkommen mobil, und das Wechselkursrisiko begrenzt die internationalen Kapitalbewegungen. Eine expansive Geldpolitik, die zugleich zum Abbau der internationalen Zah-

lungsbilanzungleichgewichte führt, ist daher möglich und nötig.

3. Mit diesem stärkeren Ausnutzen **vorhandener** Spielräume könnte so-



Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

fort begrenzt werden. Das Isere Programm nennt jedoch nur einen mittelfristig nutzbaren Ansatz, nämlich die verstärkte europäische Zusammenarbeit, mit der Begründung: „Ein integriertes Europa öffnet Optionen, die den einzelnen Staaten verschlossen sind“. Es vergrößert mithin die Handlungsspielräume; aber nur, **wenn** die EG-Staaten eine gemeinsame Strategie betreiben, können diese auch genutzt werden. Andernfalls werden die **nationalen**, einzelstaatlichen Handlungsspielräume **nach** kleiner!

4. Nun zur **strukturorientierten** Politik. Der Isere Entwurf betont zu Recht: „Der internationale Wettbewerb setzt die einzelnen Volkswirtschaften ständigem Anpassungsdruck aus“. Die

vorgeschlagene politische Reaktion ist: **Weder Abschottung noch Unter-
positive** Reaktion auf den Weltmarkt“. Hinter der Ablehnung einer Abschottungsstrategie steht die Einsicht, daß der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland und seiner Arbeitnehmer maßgeblich aus unserer starken Stellung am Weltmarkt resultiert: Ein Land, das so sehr wie wir vom Export lebt, kann sich **ohne** gewaltige Einbußen bei Reallohnniveau und Lebensstandard nicht aus dem Weltmarkt zurückziehen.

Wird aber auch die **Kehrseite** der Nichtabschottung akzeptiert, die darin besteht, daß es auf Dauer weder sinnvoll noch durchzuhalten ist, veraltete oder nicht mehr konkurrenzfähige Produktionszweige zu erhalten, z. B. Werften, deren Schiffe keiner kauft Stahlwerke, deren Stahl nicht mehr international konkurrieren kann?

Dazu erklärt der Isere Entwurf: „Eine internationale Arbeitsteilung, die weltweite Umstrukturierung allein dem Weltmarkt überläßt, ist für uns nicht hinnehmbar“.

Was aber heißt das konkret, und was sind die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten?

Dazu lesen wir:

„Wir lassen uns nicht auf einen weltweiten Wettlauf um Ressourcen und Märkte ein, wenn dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beeinträchtigt werden und die Umwelt Schaden nimmt“.

Das Programm **lehnt** es also zu **Recht** ab, daß die Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes durch Lohnsenkung, Anpassung der Arbeitsbedingungen nach unten und durch Zerstörung der Umwelt erfolgt. Das wäre auch insofern auf Dauer zwecklos, als es nur die konkurrierenden Länder zwingt, ihrerseits Anpassungen nach unten vorzunehmen, was dann wieder für uns neue Anpassungsanforderungen bedeutet und zu einer Anpassungsspirale nach unten führt.

Tarifpolitik und Umweltpolitik werden also dem Weltmarkt nicht unterworfen. Das ist gut so; denn ein Überschubland wie die Bundesrepublik Deutschland sollte eine Vorreiterrolle spielen und nicht rückwärts marschieren!

Wie soll aber dann die Anpassung erfolgen? Hierüber schweigt sich das Pro-

gramm aus. Vielleicht erschien es den Autoren selbstverständlich, daß eine **positive** Reaktion auf den Anpassungsdruck nur darin bestehen kann, die Weltbewerbsvorsprünge der deutschen Exporteure immer wieder auszubauen, um sie zu erhalten. Zu fragen ist also: Worin liegen die Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie. Als Antwort erfährt man: Sie liegt im Bereich von Produktion, insbesondere Maschinen und Anlagen, die mit moderner, kapitalintensiver Technik von hochqualifizierten Fachkräften hergestellt werden, sie liegt in der **Produktivität**, im **Service** bei Installation, Wartung, Reparatur und in der **Zuverlässigkeit** der Lieferungen und Leistungen etc.

Diese Wettbewerbsvorsprünge zu halten, erfordert ständig Innovationen, d. h. Produktverbesserungen, neue Produkte und Produktvarianten, neue Produktionsverfahren und Änderung der Produktionsstruktur. Um diese zu fördern, muß eine positive Anpassungspolitik zweierlei tun:

→ Förderung von Forschung und Entwicklung → **Technologiepolitik**

→ Verbesserung und Verbreiterung der Ausbildung der Arbeitskräfte in unserem Lande → **Bildungspolitik**

Eine solche positive Anpassungspolitik macht negative, defensive Anpassungsstrategien überflüssig! Ich meine, dies sollte im Programm verdeutlicht werden.

Prof. Dr. Eimar Altvater
Universität Berlin

Wir sind mit einem dreifachen Problem konfrontiert: mit der Schuldenkrise der Dritten Welt und mit derjenigen der USA, die jetzt schon ein riesiges Problem für die gesamte Weltwirtschaft ist, aber erst recht in den 90er Jahren werden wird. Denn mit über 400 Milliarden Dollar Außenschulden und einer extrem defizitären Handelsbilanz wird das auf die Dauer nicht gehen. Die USA werden die Handelsbilanz positiv gestalten müssen, und das hat natürlich gewaltige Konsequenzen für die Welthandelsströme. Ich zitiere das Problem hier nur an. Dann das dritte: Welches institutionelle System kann an die Stelle des alten, erodierenden treten? Wahrscheinlich wird es so sein, daß man an die Lösung aller drei Probleme kombiniert heran-

gehen muß. Darin steckt eine Komplizierung der ganzen Angelegenheit, zumal daran tatsächlich, um den Begriff der Regionen nicht überzustrapazieren, die wichtigsten Pole der Weltwirtschaft beteiligt sein müssen, die wiederum sehr unterschiedliche Interessen haben. Wie könnte ein solches Regelsystem aussehen? Zumindest – ich meine jetzt Minimalstandard – wenn man nicht gleich radikale Lösungswege gehen möchte, bedarf es Kontrollmechanismen der internationalen Kapitalausleiher wie sie in nationalen Gesellschaften auch existieren. Ein Bundesaufsichtsausschuss über das Kreditwesen, Regeln über das Verhältnis von Eigenkapital zu Ausleihungen, vielleicht auch Verhaltenscodices, die es im Falle von transnationalen Konzernen ja schon gibt, auch wenn sie kaum eingehalten werden, im Bezug auf Banken. Solche Mechanismen ließen sich durchaus realisieren ohne besonders radikal werden zu müssen. Sie werden ja von einigen Politikern so vorgeschlagen. Dann muß man sich natürlich, wenn schon ein „Bundesaufsichtsausschuss“ oder ein „Internationaler Aufsichtsausschuss“ über das Kreditwesen gebildet wird, Gedanken machen über eine Funktionsveränderung der IWF, Weltbank und vielleicht anderer nationaler und internationaler Institutionen. Sowohl von monetaristischer Seite wie auch von manchen linken Seiten wird demgegenüber heute die Forderung aufgestellt: „zerschlagt den IWF“. Diese Forderung möchte ich mir nicht zu eigen machen, obwohl ich gerade jetzt nachgelesen habe, daß der Sozialhistoriker Fernand Braudel in seiner Geschichte der Weltwirtschaft seit dem 15. Jahrhundert einen kleinen Aufschwung macht in die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt und diesen kleinen Aufschwung beendet mit dem Wort „Es bleibt wahrscheinlich gar nichts anderes übrig, wenn sich denn die Länder der heutigen Dritten Welt entwickeln wollen, als das System der internationalen Arbeitsteilung zu zerschlagen.“ Er benutzt diesen Begriff „Zerschlagung“. Dieser sollte aber in der Weise verstanden werden, daß ein neues institutionelles System konstruktiv aufgebaut wird. Der IWF, das sollte man vielleicht nicht vergessen, der ja Internationaler Währungsfond heißt, hat diesen Funktionswandel schon einmal durchgemacht. Er ist heute kein Währungsfond mehr. Er war es so lange, wie das Bretton-Woods-System bis 1971 oder 1973 gegolten hat. Heute ist er eine Institution zur Sicherung

fauler Kreditbeziehungen im Interesse der Gläubiger und zu Lasten der Schuldner. Das ist seine heutige Funktionsbestimmung, nach der er operiert. Hier könnte man selbstverständlich eine neue Funktionsbestimmung definieren und diese Institution verpflichten, ihr nachzukommen, also die internationalen Kreditbeziehungen zu überwachen, die Einhaltung der Regeln, die aufgestellt werden gegenüber privaten Banken ebenso wie gegenüber Nationalstaaten und anderen Kreditgebern und Kreditnehmern, zu sichern und natürlich in der Lage zu sein, als Fauxweh oder sonstwie einzugreifen. Dazu wäre es natürlich notwendig, den IWF und die Weltbank mit mehr Mitteln auszustatten, also nicht weniger zu geben, sondern, wenn man diese Linie verfolgt, mehr zu geben. Ich weiß, daß diese Linie keineswegs Konsens ist innerhalb der im weitesten Sinne verstandenen Linken in der Bundesrepublik und weltweit. Aber in dieser Richtung müßte man meines Erachtens diskutieren, um auf das Problem, das Sie angesprochen haben, eine einigermaßen sinnvolle Antwort geben zu können.

Die internationale Renditekonkurrenz führt tatsächlich dazu, daß die Kapitalbewegungen nationalstaatlich nicht mehr zu steuern sind, daß das Kapital eben dort hinfließt, wo die Rendite am höchsten eingeschätzt wird, selbstverständlich unter Berücksichtigung von Risikoabwägungen und Erwartungen über Wechselkurschwankungen und dergleichen mehr; aber das sind Faktoren, die in die Kalkulation eingehen. Die Grundlage ist die internationale Renditeberechnung und die Erwartung, die sich daraus ergibt. Man könnte meinen, was soll daran eigentlich Schlimmes sein, wenn das Kapital dort hinfließt, wo es sich am besten zu verwerthen vermag. Das Problem scheint mir aber im wesentlichen darin zu liegen, daß das internationale Zinsniveau durch Krisenprozesse zustande gekommen ist. D. h. wenn nationalstaatlich eine Anpassung an die international vorgegebenen Renditen erfolgt, dann findet ein Anpassungsprozeß an die Krise statt, und Anpassung an die Krise heißt letztendlich auch ein Transport der internationalen Krisenprozesse in die nationalstaatliche Ökonomie hinein, obwohl man dies gerade verhindern möchte. Warum sind aber die internationalen Renditen durch Krisentendenzen zustande gekommen? Ich kann das

nicht in einzelnen analysieren, sondern nur auf zwei Punkte hinweisen, die beide heute schon genannt worden sind. Ein Faktor wird mit Sicherheit heute nachmittags noch gründlicher diskutiert werden. Die beiden Aspekte, die ich benennen möchte, sind auf der einen Seite die internationale Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt und der zweite Faktor die Hegemoniekrise der USA. Fangen wir mit dem letzten an. Die Renditen sind so hoch, weil die USA nicht mehr in der Lage sind, ihr Weltgeld und ihre Hegemonialposition in der Weltwirtschaft mit überlegener Produktivkraft aufgrund von technologischen Vorsprüngen in den wichtigsten Sektoren der auf dem Weltmarkt gehandelten Waren aufrecht zu erhalten. Vielmehr müssen sie die Stärke ihres Weltgeldes, aus dem sie ja einen Profit, den sogenannten „Seignorage-Vorteil“ zu ziehen vermögen, halten, dadurch, daß sie es monetär stützen. Das geschieht durch erhöhte, zu hohe Zinsen, die obendrein für die USA den Vorteil haben, daß sie mit dem zuströmenden Kapital auch ihr Haushaltsdefizit und das Defizit der Handelsbilanz finanzieren können. Aber die Höhe der Zinsen wird so lange bleiben, wie die Grundlage der Hegemonieschwäche der USA nicht behoben ist, die im wesentlichen realökonomische Ursachen hat. Da diese zu beheben eine lange Frist erforderlich machen würde, ist kurzfristig hier auch keine Lösung möglich. Das zweite sind die Schulden der Dritten Welt. Auch die Schulden der Dritten Welt haben zur Erhöhung der Zinsen geführt, nicht nur weil die Banken ihr Risiko neu einschätzen und die Risikoaufschläge auf die Zinsen erhöht worden sind, sondern weil durch den Umschuldungsbedarf der verschuldeten Länder die Nachfrags nach Krediten gestiegen ist und dadurch natürlich auch ein Sog auf die Zinsen entstanden ist, der sie nach oben getrieben hat. An diese hohen Zinsen, die durch diese Prozesse so hoch sind, sich anpassen, heißt im Grunde genommen: diese Krisenprozesse nicht in den Griff kriegen zu wollen oder vielleicht meinen, nicht in den Griff bekommen zu müssen oder in den Griff kriegen zu können. Ich habe also meine Bedenken hinsichtlich des Spielraums nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik. Wenn man eine Politik nationalstaatlich verfolgt, die das Verdrängen macht, durch intelligente Anpassung der industriellen Beziehungen, durch Lohnanpassung nach unten oder



Prof. Dr. Einar Altvater

kriegen zu können. Und das ist praktisch das Lohn- und Arbeitsverhältnis. Hingegen wird der andere Faktor, der genauso wichtig als Kostenfaktor ist und auf die Rendite, sagen wir auf die Realkapitalrendite drückt, nämlich die Zinsen als inflexibel oder als rigide einfach akzeptiert. Er steht politisch nicht als Eingriffsvariable zur Verfügung. Hier, so meine ich, muß die Wirtschaftspolitik schon versuchen, Ansätze zur Regulierung zu finden. Ich mache mir überhaupt keine Illusionen, und da stimme ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen voll überein, über die Schwierigkeiten, da heranzukommen. Vielleicht ist das kurzfristig überhaupt nicht möglich, da heranzukommen, aber man muß sich darauf orientieren, an die Entwicklung der Zinsen heranzukommen. Das

Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses die Höhe der Realrendite an die Höhe der Zinsen heranzuführen, dann akzeptiert man im Grunde genommen die Krisentendenzen der Weltwirtschaft und transportiert, wenn auch sehr vermittelt, die Krisen- und Anpassungslasten in bestimmte Schichten der Bevölkerung, nämlich auf die Arbeitnehmer. Ich glaube, daß die Debatte um die Flexibilisierung des Lohnverhältnisses und des Arbeitsverhältnisses, um die sie sich herum eine Schule von neuen Theorien inzwischen international herangebildet hat, sehr viel damit zu tun hat, daß man denjenigen „Faktor“ flexibilisieren will, den man meint, politisch in den Griff

kann nur übernational geschehen. Es muß nicht unbedingt international sein, weil auch regionale Optionen wahrgenommen werden müssen, um den nationalstaatlichen Spielraum der Wirtschaftspolitik ausweiten zu können. Also: Ohne eine internationale politische Regulierung der Krisentendenzen, die die Höhe der Zinsen und die darin sich ausdrückenden finanziellen Instabilitäten hervorgerufen haben, wird die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik ihre Souveränität nicht zurückgewinnen können, und wir müssen uns darauf orientieren, hier eine Lösung herbeizuführen. Dies ist einer der ganz wichtigen Punkte, der längerfristig in der Programmdebatte gelöst werden muß, und zwar auch dauerhaft durch ein Institutionensystem, damit nicht nach der Lösung der gegenwärtigen doppelten Schuldenkrise (der der Dritten Welt und der USA) die nächste sofort wieder neu produziert wird. Hier ist ein neues internationales Institutionensystem erforderlich. Ich will dazu jetzt aber nicht viel sagen.

Um den Katalog zu kompletieren, ohne die einzelnen Punkte des Kataloges genau zu begründen, wäre selbstverständlich auf die Notwendigkeit hinzuweisen auch für die anderen Märkte, die internationalisiert sind, ein Regelsystem einzurichten für die Warenmärkte. Dieses sollte nicht nur Regeln für Defizitländer bei Zahlungsbilanz- oder Handelsbilanzdefiziten implizieren, entsprechende Auflagen einzuhalten und Anpassungsprogramme durchzuführen, wie sie etwa der Internationale Währungsfonds vorsieht, sondern auch Regeln für Überschuldeter. Diese sind im übrigen bei den Beratungen in Breton-Woods Ende des Zweiten Weltkrieges ja auch vorgesehen, aber dann nur in sehr schwacher Form in den Statuten des IWF verankert worden. Bislang war dies überhaupt nicht politikrelevant. Diese Variable zu nutzen, würde natürlich auch einen institutionalisierten Anpassungszwang für die Bundesrepublik ergeben, ihre Überschüsse in der Handelsbilanz abzubauen. Eine kurze Bemerkung, nur als Fußnote sozusagen, zu Margit Köppen. Das kann natürlich nicht gelten für Länder wie die ostasiatischen Schwellenländer. Südkorea ist z. B. ein hochverschuldetes Land mit rund 40 Milliarden Dollar Schulden. Wann soll das Land diese Schulden abzahlen, wenn nicht mit Exportüberschüssen? Das besagt ja die berühmte „Schuldenzyklushypothese“. Man will

den Ländern der Dritten Welt ja gerade vor, daß sie nicht die Schulden bedienen können, weil sie zu exportieren verschuldet ist, sehr viel und dann sagt man ihnen sofort. Also, liebe Südkorea, seht mal zu, daß ihr eure Handelsbilanzüberschüsse abbaut. So kann man es in seiner Widersprüchlichkeit bei der Weltbank nachlesen. Das ist völlig unverständlich und bezeichnet eigentlich die Paranoia, die in manchen Vorstandsetzungen von manchen Institutionen offensichtlich herrscht. Das war aber nur eine Fußnote, die ich hier loswerden wollte.

Regeln für die Warenmärkte, die auch Überschuldeter einschließen, sind also zu etablieren. Dies gilt insbesondere für Produktgruppen Rohstoffe, deren Angebotselastizität relativ niedrig ist und von denen manche Länder ausschließlich abhängig sind. Da muß ein Mechanismus entwickelt werden per Rohstoffabkommen usw., um die Preise stabilisieren zu können. Wenn man dies macht, dann wird der Spielraum für nationalstaatliche Politik größer. Der ist jetzt schon relativ groß auf dem einzigen Markt, der weitgehend noch national ist, das ist der Arbeitsmarkt. Das sage ich jetzt nicht. Das ist heute nicht das Thema. Hier ist die Politik der Arbeitszeitverkürzung eine außerordentlich wichtige Maßnahme, ein entscheidender Ansatz, um dem zentralen Problem, mit dem wir es zu tun haben, der Arbeitslosigkeit nämlich, beizukommen.

Margit Köppen IG Metall

Die programmatischen Positionen zur Organisation der weltwirtschaftlichen Beziehungen und zur Stellung der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft liegen weit auseinander:

Auf der einen Seite steht das Modell der verschärfen weltwirtschaftlichen Konkurrenz.

Das ist die Leitlinie für die Kampagne des Arbeitgeberlagers von der Verteidigung des Industriestandorts Bundesrepublik. Staat und Gewerkschaften fällt darin, die Rolle zu, dem nationalen Kapital internationale Konkurrenzvorteile zu verschaffen.

Die politischen Folgen für die Arbeitnehmer und für die Gewerkschaften sind vorgezeichnet: Kostenwettbewerb

Standortkonkurrenz werden die Arbeitnehmer weltweit spalten und die Gewerkschaften weltweit schwächen. Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis hat den forcierten Export von Arbeitslosigkeit als Ziel und will tarifpolitische Restriktionen und gesellschaftspolitische Deregulierung als Mittel einsetzen.

Diesem Modell erteilen die Thesen der IG Metall eine klare Absage. Die Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft, das möchte ich einmal vorwegschicken, sind von der Internationalisierung der Wirtschaft extrem betroffen. Die Metallverarbeitende Industrie hat eine Export-



Margit Köppen

quote von 51 Prozent und von den fünf größten Exportbranchen der Bundesrepublik gehören vier zur Metallwirtschaft. Das ist der Maschinenbau, und das sind Fahrzeugbau, Elektroindustrie und Stahlindustrie.

Trotz der hierdurch gesetzten objektiven Schwierigkeiten lehnt die IG Metall das protektionistische Modell und das Konkurrenzmodell ab.

— Es ist nicht wünschbar wegen der Unvereinbarkeit mit den Mindestanforderungen an das Gebot der praktischen internationalen Solidarität.

— Es ist nicht machbar wegen der mitteilristischen Risiken einer forcierten Aufwertung der Inlandswährung

und der kurzfristigen Gefahren einer vermehrten Abschottung von Auslandsmärkten.

Das „andere“ Modell der IG Metall ist deshalb das einer solidarischen weltwirtschaftlichen Kooperation. Dieses Programm hat internationale Abstimmung und internationale Zusammenarbeit als Ziel, und es erkennt die Übernahme weltwirtschaftlicher Verantwortung durch die Bundesrepublik als Basis.

Natwendig sind zunächst nationale Vorgaben für ein binnenorientiertes qualitatives Wachstum. Sie müssen von den Ländern ausgehen, deren internationale Wettbewerbsposition stark und deren außenwirtschaftliche Abhängigkeit hoch ist.

Die Verpflichtung der Bundesrepublik ergibt sich aus einer doppelten Zielverletzung:

— Erstens aus der Verletzung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts auch durch die bundesrepublikanischen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse;

— und zweitens aus der Verletzung des binnenwirtschaftlichen Vollbeschäftigungsziels durch die verteilungspolitischen Aktivitäten und die strukturpolitische Passivität der Bundesregierung.

Diese Verpflichtung könnte die Bundesrepublik vergleichsweise leicht erfüllen, denn sie besitzt die notwendigen nationalen Handlungsspielräume. Die ökonomische Vorreiterrolle der bundesrepublikanischen Wirtschaft im Kampf um die Auslandsmärkte hat ihr die Möglichkeit gegeben, jetzt die politische Vorreiterrolle im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit zu übernehmen.

Nationale Vorgaben der Bundesrepublik können heute, wo wir uns immer mehr der Vollendung des europäischen Binnenmarktes nähern, nur noch eingebettet und abgestimmt mit einer europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Sinn machen. Notwendig ist daher die Vorreiterrolle der Bundesrepublik für einen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Kurswechsel in der Europäischen Gemeinschaft. Abgestimmte Investitions- und Beschäftigungsprogramme in Europa haben dabei die absolute Priorität.

Instrumenteller Ansatzpunkt für eine binnenorientierte Wirtschaftspolitik in Europa ist zunächst eine expansive Finanzpolitik — europäisch koordiniert im Verbund der EG-Länder.

Das schließt einerseits eine direkte Erhöhung des öffentlichen Konsums, das heißt der öffentlichen Dienstleistungen ein. Das bedeutet andererseits den systematischen Ausbau der öffentlichen Investitionstätigkeit und schließlich die **gezielte Förderung und Einfuhrnahme** auf private Investitionen.

Das Ganze soll hinauslaufen auf ein Konzept, das DGB und IG Metall als qualitatives Wachstum bezeichnet haben. Das heißt Wachstum eben nicht um jeden Preis, sondern unter Bildung von gesellschaftlichen Prioritäten. Inhaltliche Schwerpunkte solcher Programme für gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen sind

— die Überwindung der sozialen Beschäftigungsnot durch die Erschließung gesellschaftlicher Bedarfssfelder im Allgemeinen;

— die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Schutz der Umwelt im besonderen.

Ein solches expansives Wirtschaftskonzept für Europa hat den Vorteil, einen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Es hat darüber hinaus den Vorteil, einen Beitrag zum Abbau der handelspolitischen Ungleichgewichte in der Welt zu leisten, denn es erhöht die Binnenachfrage. Es ist, glaube ich, keine Frage, daß die exportorientierten Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik nicht von heute auf morgen auf den Binnenmarkt umschalten können. Der notwendige Abbau des Leistungsbilanzüberschusses wird deshalb wesentlich auf die Erhöhung des **Importzentrums** setzen müssen. Wenn wir durch eine expansive Finanzpolitik in der Bundesrepublik mehr importieren können, dann trägt das dazu bei, den USA Spielräume zu eröffnen, ihr Handelsbilanz-Defizit langsam abzubauen. Das kann selbstverständlich nicht die Bundesrepublik allein, sondern das ist eine gemeinsame Aufgabe für Westeuropa, für Japan und demnächst eventuell auch für einige asiatische Schwellenländer.

Europäische Investitions- und Beschäftigungsprogramme haben, neben ihrem Selbstfinanzierungseffekt, zwei **finanzielle Voraussetzungen:**

1. die konsequente Absage an staatliche Spar- und Restriktionspolitik und

die Erschließung zusätzlicher Möglichkeiten der Staatsverschuldung entsprechend den unterschiedlichen nationalen Möglichkeiten.

2. Die konsequente Absage an eine Politik der Umverteilung von unten nach oben und die Belastung von Besserverdienenden und nicht investierten Gewinnen. Wir wissen, daß die bereinigte Lohnquote in der Bundesrepublik inzwischen wieder auf dem Niveau der 60er Jahre angelangt ist und sich die Gewinnquote entsprechend gegenüber entwickelt hat. Das hat zum Wachstum der Realinvestitionen in keiner Weise beigetragen. Es ist deshalb aus nachfragepolitischen und beschäftigungspolitischen Gründen höchste Zeit, die Umverteilung von unten nach oben umzukehren.

Auf tarifpolitischem Gebiet kann das geschehen durch eine praktische Wiederbelebung aktiver Tarifpolitik im Allgemeinen und die Fortsetzung der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich überall in Europa im besonderen. Auch hier fällt der Bundesrepublik mit der endgültigen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche die Vorreiter-Rolle zu.

Es ist aber auch eine Umverteilung durch staatliche Vermittlung erforderlich. Durch erhöhte Besteuerung hoher Einkommen, insbesondere der Zinseinkommen, müssen spekulative Anlagen diskriminiert und Realinvestitionen und Arbeitnehmerinkommen begünstigt werden.

Ein ganz wesentlicher Punkt in diesem Modell ist die Einsicht, daß wir mit dem Überborden des Kreditrisikos einen außerordentlichen Krisenfaktor für die Weltwirtschaft haben, und daß dieser aufgeblähte monetäre Sektor in weiten Teilen seine Rückkopplung an die realwirtschaftlichen Grundlagen verloren hat.

Dem muß von zwei Seiten Einhalt geboten werden. Einmal durch die Reduzierung des **Angebots** von anlagensuchendem Kapital. Das ist möglich, wenn man die Zinseinkommen der Privaten höher besteuert und auch im Unternehmen die ausgeschütteten Gewinne höher besteuert, als die, die im Unternehmen für Realinvestitionen genutzt werden. Die **Nachfrage** nach Krediten, die die Zinssätze international hochhält, muß ihrerseits auf dem Weg einer Entschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer reduziert werden. Hinzu kommt die Beseitigung des Au-

ßenhandels-Defizits der USA und die schrittweise Absenkung ihres Haushaltsdefizits, denn dies Zwillingdefizit muß durch das Finanzkapital der Überschußländer finanziert werden.

So wichtig aus Sicht der IG Metall die Beschränkung der Zinseinkommen zur Aktivierung öffentlicher und privater arbeitsplatzschaffender Investitionen ist, ebenso wichtig ist es für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Europa, daß wir zu einer europäischen Regional- und Strukturpolitik kommen. Wir sind nicht der Meinung, daß der bevorstehende wirtschaftliche Strukturwandel, wie es die konservative Politik glauben machen will, bruchlos vom Markt allein gelöst werden kann. Diejenigen, die in traditionellen Industriezweigen in den alten Industrieregionen ihren Arbeitsplatz verlieren, finden nicht automatisch neue Beschäftigung. Weder in den neuen Industrien noch im Dienstleistungssektor. Der Beschäftigungsausgleich zwischen alten und neuen Industrien, zwischen Nord und Süd und zwischen Industrie und tertiärem Sektor funktioniert ohne demokratische öffentliche Eingriffe nur zu erheblichen sozialen Kosten. Die USA sind mit ihrer Deregulierung der Arbeitsverhältnisse das beste Beispiel hierfür.

Das bedeutet, daß für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel neue Verantwortlichkeiten von den Unternehmen und von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen. Von seiten der öffentlichen Hand müssen Bedarfsquantifizierungen betrieben werden, und zwar für Branchen und für Regionen. Es muß eine gezielte Beeinflussung des Angebots auf Basis des erhobenen Bedarfs betrieben werden. Dazu können die eigene Nachfrage der öffentlichen Hand und Investitionsanreize für die Privatwirtschaft beitragen, indem zum Beispiel der Zins wieder als wirtschaftspolitisches Steuerungselement begriffen und verwendet wird, wie es schon Keynes vorschwebte, wenn er von der Sozialisierung von der Investitionsfunktion sprach.

Die Forderung einer gesellschaftlich orientierten Industriepolitik sind nicht neu. Es sind eigentlich die alten Forderungen von IG Metall und DGB nach Branchenaussschüssen, das heißt zum Beispiel einem Automobil-Ausschuß und einem Stahl-Ausschuß, um bereits bestehende und zukünftige Branchenprobleme zu lösen, bzw. zu verhindern. Das sind auch die Forderungen nach

Wirtschafts- und Sozialräten, die paritätisch zu besetzen sind mit Vertretern der öffentlichen Hand, der Unternehmen und der Gewerkschaften.

Diese Forderungen sind angesichts des anstehenden Strukturwandels und angesichts der zunehmenden Internationalisierung und Europäisierung von Produktions- und Konzernstrukturen aktuell denn je. Denn wenn die mit wirtschaftlichem und sozialem Strukturwandel einhergehenden Probleme national nicht anerkannt werden und ihre Lösung nicht dezidiert zum wirtschaftspolitischen Programm gemacht wird, wenn eine an Sozialkräften orientierte Beeinflussung der Industriepolitik als überflüssig erklärt wird, dann kann man ganz leicht behaupten, auf europäischer oder gar internationaler Ebene sei wirtschaftspolitische Koordination unmöglich. Denn auf europäischer Ebene haben wir es nicht nur mit der Krise der bundesdeutschen Stahlindustrie und der wahrscheinlich bevorstehenden Krise der bundesdeutschen Autoindustrie zu tun, sondern eben mit den europäischen Stahl- und Autokrisen, mit allen ihren Konsequenzen auf die sowieso schon hohe Massenarbeitslosigkeit. Wer eine internationale verantwortliche Politik ernst meint, der muß zunächst diese Probleme auf nationaler Ebene angehen und sich dann für die Umsetzung dieser Politik in europäische Wirtschafts- und Industriepolitik einsetzen. Erst damit wird die Basis für weltweite Kooperation statt Konkurrenz geschaffen.

Professor Fritz W. Scharpf
Max-Planck-Institut für Gesellschafts-
forschung, Köln

Wir haben den größeren Teil des Vormittags damit zugebracht, daß wir über das jetzige amerikanische Defizit als die Ursache für die weltweite Krise geredet haben. Insofern ist es also nicht ganz einfach, die gleiche Politik als Rezept für uns zu verkaufen. Es ist richtig, daß es eine ganze Reihe von kleinen Schritten gibt — und vor allem in den letzten zwei Jahren geben hätte —, mit denen man auch binnenwirtschaftlich etwas hätte tun können, was unsere wirtschaftliche Situation verbessert hätte. Es gab zwei Jahre lang ein Fenster, in dem die Amerikaner sehr gerne ihre Zinsen gesenkt hätten, wenn die Bundesbank bereit gewesen wäre, im gleichen Zuge das deutsche Zinsniveau

auch abzusenken. Ich fürchte, dieses Fenster schließt sich jetzt wieder. Wenn das aber so ist, und wenn uns das internationale Zinsniveau jedenfalls kurz- und mittelfristig von außen vorgegeben ist und national nicht wesentlich unterlaufen werden kann, dann ist die Geldpolitik doch im wesentlichen außer Kraft gesetzt. Die Last einer nationalen Strategie würde sich also auf die Finanzpolitik verlagern, und da muß man einfach sehen, daß heute, nach einer fast 60jährigen Sparpolitik von Stoltenberg, der Anteil des Zinsendienstes am Bundeshaushalt etwa um die Hälfte höher ist, als zu dem Zeitpunkt, als Helmut Schmidt aus dem Amt gegangen ist.



Professor Fritz W. Scharpf

D. h., durch die Anhebung des Zinsniveaus wird eine keynesianische Defizitpolitik sehr viel teurer als sie vorher war. Diese Kosten werden bezahlt von der Mehrzahl der Steuerzahler, d. h. von den Arbeitnehmern, und sie werden bezahlt an die Kapitalanleger. Wenn man also unter den Bedingungen eines hohen Zinsniveaus keynesianische Defizitpolitik zur Wirtschaftsankurbelung fordert, dann muß man diese Verteilungskonsequenzen sehen. Der erhoffte Selbstfinanzierungseffekt ist deswegen so zweifelhaft, weil er in dem Maße, wie man nun hoch verzinsliche Bundesanleihen auf den Markt bringen will, das Konkurrenzangebot für die Kapitalanleger attraktiver wird, so daß zunächst einmal die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die anlagensuchenden Mil-

tel nicht in Realinvestitionen, sondern in dieses Bundesanleihen gehen. Man muß dann etwas Zusätzliches tun, um gleichzeitig die Gewinnerwartung wieder anzuhäufen. Das wird zum Teil durch Zusatznachfragen getan. Aber wenn das nicht ausreicht, dann kommt die Gewerkschaften wieder unter Druck. Man sagt ihnen: Ihr müßt auf der Kostenseite sehr, sehr vorsichtig umgehen, weil wir ja die Investitionen brauchen, von denen die Arbeitsplätze kommen sollen. Was heißt das?

Wenn man also unter den Bedingungen eines hohen Realzinsniveaus, unter denen wir heute international operieren, tatsächlich einen wesentlichen Zuzug an Arbeitsplätzen im privaten Sektor haben will, und wenn diese nur über zusätzliche Investitionen erreichbar sind, dann erfordert dies eine gigantische Umverteilung von der Arbeit zum Kapital. Im Vergleich dazu wäre in der Tat eine Umverteilung innerhalb der Arbeitnehmererschaft durch Arbeitszeitverkürzung verteilungspolitisch attraktiver und politisch akzeptabler.

Zum Thema internationale Verflechtung der Kapitalmärkte: Auch hier stimme ich allem zu, was Ingomar Hauchler gesagt hat. Ich will es noch einmal zuspitzen: Womit wir konfrontiert sind, ist eine weltweite Renditekonkurrenz. Wir müssen uns klar machen, daß es dem anlagensuchenden Kapital nicht um Gewinne, sondern um Rendite geht. Gewinne sind nur eine mögliche Form, in der Kapital Rendite erwirtschaften kann, und zwar eine besonders unsichere Form, so daß ein Renditeangebot für Finanzanlagen auf den internationalen Kapitalmärkten durchaus eine attraktive Alternative darstellt für das anlagensuchende Kapital der privaten Haushalte und selbstverständlich auch der Unternehmen. Deshalb müssen wir uns mit dem Sachverhalt auseinandersetzen, daß auf den internationalen Kapitalmärkten (d. h. nach wie vor und auf absehbare Zeit den Dollarkapitalmärkten) die reale Rendite für langfristige Finanzanlagen von — 3 Prozent im Jahre 1979 auf + 6 Prozent im Jahre 1982 und + 8 Prozent im Jahre 1983 angestiegen ist und seitdem etwa auf dem Niveau von + 6 Prozent verharrt. Das hat zur Folge, daß beispielsweise in der Bundesrepublik, wo die Bundesbank ja seit einiger Zeit den Diskontsatz auf einem historischen Tiefpunkt von 2,5 Prozent festhält, die Bundesregierung für eine neue Anleihe eine Ren-

dite von 6,5 bis 7 Prozent anbieten muß, um sie auf dem Markt abzusetzen. Das zeigt, daß die nationale Geldpolitik die Zinssouveränität verloren hat, daß das Realzinsniveau international definiert wird, und daß sich die nationale Politik und auch die europäische Politik diesem internationalen Niveau nicht entziehen kann. Das hat nun wichtige Rückwirkungen auf unsere Handlungsspielräume im Bereich der Beschäftigungspolitik: Wenn die Rendite auf den Finanzmärkten hoch ist, muß die Rendite, die mit Investitionen in Unternehmen verdient werden muß, damit sie überhaupt unternommen werden, noch höher sein. Die DGB hat eine Dokumentation vorgelegt, nach der die reale Netto-Kapitalrendite in der Bundesrepublik seit 1982 kontinuierlich angestiegen ist. Er fragt mit Recht: Wo sind denn eigentlich die Investitionen geblieben, die man uns immer versprochen hat, wenn die Gewinne steigen? Was in dieser Dokumentation des DGB jedoch nicht mitgeführt ist, ist der gleichzeitige Anstieg des Realzinsniveaus. Wenn man die Differenz betrachtet zwischen der Netto-Kapitalrendite bei Investitionen in Unternehmen, die gestiegen ist, und dem Realzinsniveau, das auch gestiegen ist, dann ist diese Differenz bis vor ein, zwei Jahren noch geringer geworden. Die relative Attraktivität von Investitionen in Unternehmen ist also bis vor wenigen Jahren noch zurückgegangen, obwohl die Gewinne gestiegen sind. Das ist der Kern des Problems, soweit wir die Massenarbeitslosigkeit durch mehr Wachstum im privaten Sektor der Wirtschaft, d. h. über mehr Investitionen, bekämpfen wollen.

Nun hat Ingomar Hauchler als Ausweg aus allen diesen Schwierigkeiten die Europäisierung oder Regionalisierung der Wirtschaftspolitik vorgeschlagen. Dieses ist möglicherweise eine Lösung für die Wettbewerbsfähigkeit auf den Warenmärkten. Wenn man eine Lösung sucht für das Problem der Kapitalmärkte, dann kann diese jedoch nicht europäisch sein, sie muß weltweit sein. Aber Hauchler hat auch darüber geredet, wo eigentlich die Schwierigkeiten auf den internationalen Kapitalmärkten herkommen. Wenn man seine zweite These durchdenkt, dann ist nicht ohne weiteres zu sehen, auf welche Weise die Vereinigten Staaten aus ihrer Position des Bankiers, der Weltgeld verwaltet und deswegen seine Auslandskredite in der eigenen Währung aufnehmen und wieder bezahlen kann, herausgedrängt

werden sollten. Wer hängt der Katze die Schelle um? Solange das amerikanische Haushalt- und Leistungsbilanzdefizit besteht, brauchen die Amerikaner Kapitalimporte, um dieses Defizit zu finanzieren. Damit sie diese Kapitalimporte bekommen, müssen die amerikanischen Zinsen hoch bleiben, und solange die amerikanischen Zinsen hoch sind, ist auch der Wirtschaftspolitik der übrigen Länder die Hand gebunden. Da nutzen dann auch Herrn Kromphards Forderungen nach einer expansiven keynesianischen Politik in der Bundesrepublik nicht furchtbar viel, weil jede fiskalische Expansion, solange das Zinsniveau hoch bleibt, nur eine gigantische Umverteilungsmaschine zugunsten der Kapitalinkommen in Gang setzt. Zunächst einmal muß der Steuerzahler hohe Realzinsen an die Kapitalgeber zahlen. Gleichzeitig werden den Kapitalanlegern zusätzliche, absolut sichere Anlagemöglichkeiten im eigenen Land mit hohen Realzinsen angeboten, die mit der Attraktivität zusätzlicher Gewinne konkurrieren. Deshalb muß man in der Folge wiederum etwas tun, um die Gewinne noch einmal weiter zu erhöhen, damit sie wieder konkurrieren können mit dem attraktiven Angebot an Bundesanleihen. Dies ist eine Umverteilungsmaschine, von der ich nicht weiß, ob Sozialdemokraten und Gewerkschaften sie in Gang setzen wollen, solange sie an den Realzinsen nichts ändern können.

Wenn man die Welt so sieht, dann lohnen sich Überlegungen, ob man nicht unter akuterstes Problem, die Massenarbeitslosigkeit, auch lösen kann, ohne das privatwirtschaftliche Wachstum über Investitionen wieder anzukurbeln. Und dann kommen wir zum Thema Arbeitszeitverkürzung, das heute allerdings nicht auf unserer Tagesordnung steht.

Prof. Dr. Rudolf Hickel
Universität Bremen

Risiken des exportlastigen Industriestandorts

Ich habe mich gefragt, ob ich vielleicht einen Zeitbonus dafür bekomme, daß ich nicht für die übermächtige traditionelle Standardökonomik, sondern für den kritischen, an aktuellen Problemstellungen interessierten Teil der Wirtschaftswissenschaft spreche. Zuerst einige grundsätzliche Anmerkungen: Ich finde, daß die von den Wirtschaftsverbänden gehandelte These, der Indu-

striestandort Bundesrepublik sei bedroht, einen wahren Kern enthält. Soweit der Industriestandort durch Exportrisiko gekennzeichnet ist, drohen in der Tat Gefahren. Nur dieser neuralgische Punkt wird nicht gesehen und deshalb werden Strategien, die völlig in die falsche Richtung gehen, propagiert. Am Anfang einer rationalen Debatte muß die Frage stehen: Wie wird die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft definiert? Welche Kriterien werden hinzugezogen? Industriestandort heißt doch bestimmt nicht qualitativer Arbeitsplatzstandort angesichts der Massenarbeitslosigkeit! Mit der Frage nach der Leistungsfähigkeit des Industriestandorts ist für die Wirtschaftsverbände die gewinnbringende Exportstärke gemeint. Die Exportstärke halte ich in der Tat für bedroht, weil sich zeigt, daß die bisherige Strategie, mit Modernisierungskonzepten Vorteilspotentialen auf Dauer gewinnen zu wollen, nicht aufgeht. Die Exportrisiken von heute sind die Folge jahrelanger Exportaggressivität und damit einer Vernachlässigung binnenwirtschaftlicher Zukunftsvorsorge. Eine „beggar-my-neighbor“-Politik untergräbt sich selbst, denn nur ökonomisch starke Länder können die Exporte aufnehmen. Aber auch diese importierenden Länder müssen exportieren, um nicht in dauerhafte Handelsbilanzungleichgewichte zu geraten. Wir müssen sehen, daß das, was als Stärke des Industriestandorts propagiert wird, nämlich die Exportstärke, auf Dauer als Bumerang zurückkommt. Nicht Reform- und Gewerkschaftspolitik bedrohen den Industriestandort, sondern die jahrelange Exportgigantomanie. Theoretisch und strategisch stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, die die beratende Wirtschaftswissenschaft kaum aufgreift und schon gar nicht grundlegend zu beantworten weiß: Wie soll angesichts der Risiken der Exportorientierung eigentlich eine künftige Produktionsstruktur für den Industrie- und Dienstleistungsstandort Bundesrepublik aussehen? Dabei muß freilich das Verhältnis zwischen binnenwirtschaftlichem Sektor gegenüber dem Exportsektor bestimmt werden. Deshalb bin ich Ingomar Hauchler dankbar, daß er uns davon bewahrt hat, an dieses Strukturierungsproblem mit Lehrbuchnaivitäten heranzugehen. Das Gesetz vom komparativen Kostenvorteil etwa, das auf Ricardo zurückgeht, gibt für die internationale Arbeitsteilung praktisch kaum verwertbare Orientierung. Für die ge-

samtwirtschaftliche Beurteilung des Verhältnisses von Ex- und Import haben wir im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz jedoch eine taugliche Zieldefinition. Nur in dem Ausmaß ist Export gerechtfertigt, wie sich das Importniveau entwickelt. Wenn der Außenbeitrag (Export minus Import, bezogen auf das Brutosozialprodukt) in der Nähe von Null liegt, dann ergeben sich keine größeren Risiken im In- und Ausland. Am Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ gemessen ist der Industriestandort gefährlich exportlastig. Die unvermeidbare Reaktion auf diese Lage tendiert in Richtung Abbau der Exportabhängigkeit. Dabei lassen sich auf folgenden Ebenen Anpassungsreaktionen beschreiben. Freilich, diese Anpassungsreaktionen führen zu landesinneren Schwierigkeiten: Der erste, passive Reaktionstyp außenwirtschaftliche Abhängigkeit ist die Aufwertung des Außenwerts der DM. Zweitens wächst die Gefahr eines erodierenden Handelsprotektionismus. Dieser wird zwar in Sonntagsreden immer wieder gebrandmarkt, aber er stellt letztlich auch eine unvermeidliche Reaktion auf die modernisierungsorientierte Exportlastigkeit einzelner Industrieländer dar. In diesem Kontext habe ich Ingomar Hauchler wohl richtig verstanden, daß er mit der Vorstellung auftrüben wollte, derzufolge der Wechselmechanismus Exportreduktionen so bewirkt, daß es keines Protektionismus als letzte Nothwehr mehr bedürfe. Wir erleben mit Blick auf die Entwicklung des US-Dollar immer deutlicher die Unfähigkeit der Ökonomen, den Wechselkurs zu erklären. Seit dem geldpolitischen Strategiewechsel der Deutschen Bundesbank von Anfang der achtziger Jahre wird der Wechselkurs per Zinspolitik beeinflusst. Gegenüber den Zinsen in den USA werden hier die Zinsen erhöht, um den Außenwert der DM durch die Zurückdrängung von Kapitalexporten zu stärken. Ich stimme Fritz Scharp zu, daß diese Wechselkurspolitik per Zinspolitik auf die Steuerung der Kapitalströme zwischen In- und Auslandsimporte ausgerichtet ist Binnenwirtschaftlich kann diese Politik jedoch kontraproduktiv wirken. So hat die Bundesbank mit ihrer wechselkursorientierten Hochzinspolitik die wirtschaftliche Wachstumsschwäche Anfang der achtziger Jahre verstärkt und die Unternehmenskonzentration gefördert. Der Preis der Hochzinspolitik zur Verhinderung einer DM-Abwertung und damit verbundener In-

flationsgefahren über Importwertuerungen bildete die Schwächung der inländischen Nachfrage. Bei der Analyse der Finanzierungsmöglichkeiten wirtschaftspolitischer Strategien müssen wir uns vor allem auf die Finanzierungsströme und deren Beeinflussbarkeit konzentrieren. Die Geldpolitik der Bundesbank zu thematisieren, ist eine zentrale Aufgabe. In Widerspruch zum neokonservativen Lamento über die Stärke des Industriestandorts, das ohnehin nur auf Umverteilung und Derogulierung zu Lasten abhängig Beschäftigter zielt, bin ich der Meinung, daß der unternehmerische Gewinnaneignungsmechanismus

lung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalverwertung zweierlei – und zwar im diametralen Widerspruch zu Fritz Scharp's These von der Profitratenange: Erstens beobachten wir eine zwar zyklisch schwankende, aber im Trend recht stabile Profitratenentwicklung auf hohem Niveau. Der Indikator für die Kapitalrentabilität sind die auf die Sachanlagen bezogenen Gewinne nach Steuern. Zweitens hat im Verhältnis zu den sechziger Jahren die Investitionsbereitschaft bei gleich hohen Profitraten abgenommen. Diese Aussage bestätigt auch das RWI in Essen. Gegenüber der mittelfristig fallenden Tendenz der Renditen (nach RWI-Methode werden die Kapitalanlagen zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet) nimmt die Akkumulationsrate (Kapitalbildung) mit zweijähriger Verzögerung noch stärker ab. Unläugbar ist die Deutsche Bundesbank (Monatsbericht März 1988) festgestellt, daß obwohl erstmals wieder der Kapitalmarktzins unter die Sachkapitalrendite gefallen sei, die Investitionsdynamik zu wünschen übrig lasse. Also selbst als der Anreiz hoher Verzinsung von Finanzanlagen gegenüber riskanten Renditen der Sachanlagen wegfiel, da wurde ein Investitionschub nicht ausgelöst. Ohne hier auf die volkswirtschaftlichen Grundprobleme ausführlich einzugehen, muß dennoch betont werden: Wenn die Sachkapitalbildung gegenüber vergleichsweise hohen Gewinnen abnimmt, dann müssen nicht nur die Ursachen für diesen Prozeß relativer Entkopplung beschrieben werden, sondern es sollte auch untersucht werden, wie außerhalb des Produktionsprozesses Gewinne angeeignet werden können. Wenn sich in den letzten Jahren die Akkumulationsrate – also das Wachstum des Sachkapitals – gegenüber der Entwicklung der Profitrate (Kapitalrentabilität) verlangsamt hat, dann gelangen wir in das neuralgische Zentrum des versagenden Gewinninvestitionsmechanismus: Ist es nicht so, daß der Industriestandort Bundesrepublik auch deshalb in Entwicklungsschwierigkeiten gerät, weil vor allem die konzentrierten Unternehmen im Verhältnis zum notwendigen Strukturwandel auf zu hohe Kapitalrenditen setzen? Also nicht das Lohnanspruchsniveau unerwünscht ist als hoch, sondern das unternehmerische Renditenanspruchsniveau. Wenn dies beobachtet wird – und deshalb interessiert das vor allem –, dann müssen wirtschaftspolitisch ganz andere Konsequenzen gezo-



Prof. Dr. Rudolf Hickel

und das Gewinnverwendungsverhalten und die damit verkoppelten Finanzierungsströme untersucht werden müssen.

Zu hohen Renditeansprüchen im Strukturwandel?

Die strategische zentrale Behauptung vom Rückgang der Sachkapitalrendite, die linke wie konservative Wirtschaftswissenschaftler aufstellen, hält einer empirischen Überprüfung nicht stand. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Rahmen der Strukturberichterstattung widerlegen das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“. Werden die Sachanlagen zu Anschaffungspreisen bewertet, und das ist methodisch erforderlich, dann zeigt sich bei der Entwick-

gen werden. Die Umverteilung zugunsten der Lohn- und Gehaltssumme ist dann gesamtwirtschaftlich geboten. Im internationalen Vergleich zeigen sich in diesem Zusammenhang fundamentale Unterschiede. In Japan beispielsweise sind von einem sehr hohen Niveau aus in den 60er Jahren die Kapitalrenditen in den letzten Jahren enorm gefallen, und zwar auf Werte von 4,5 Prozent (1980), 4,7 Prozent (1981), 3,0 Prozent (1982). Trotz, oder besser wegen des Renditeverfalls hat sich gleichzeitig eine enorme wirtschaftliche Expansion vollzogen. Mit innovativen Investitionen sollten Renditeverluste wieder überwunden werden. Daraus folgt, daß die internationale Renditekonkurrenz den Spielraum für beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik nicht so eingengt hat, daß auf eine beschäftigungsorientierte Politik, die freilich den Mut aufbringt, in den Gewinn-Investitionsmechanismus einzugreifen, verzichtet werden müßte.

Jedenfalls scheint es auf der Basis dieser Datenlage ungerechtfertigt, die Gestaltungsmodelle zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf eine Klasse, und zwar die der Lohn- und Gehaltsbezieher zu reduzieren. Was ökonomisch begründbar ist, sollte auch politische Richtschnur werden: Nutzung funktionsloser Gewinne durch Umverteilung. Freilich, da sich diese Strategie in Besitzansprüche einmischte, ist sie auch schwer zu realisieren.

Direktinvestitionen – Indikator der Kapitalstärke nicht der Kapitalflucht

Damit komme ich zur letzten Anmerkung. Das, was gelegentlich auch aus konservativer Sicht als Indikator für die Schwäche des Industriestandorts genannt wird, halte ich im Widerspruch dazu für einen Ausdruck der Stärke. Wir beobachten in den letzten Jahren, insbesondere jedoch im jüngsten konjunkturellen Aufschwung, dem es an Wachstumsdynamik fehlt, daß die Kapitalimporte mit über 60 Milliarden zu- genommen haben. Dies wird als Zeichen einer massiven „Kapitalflucht“ aus diesem Industriestandort gewertet. Diese „Kapitalflucht“ deutet dann die Behauptung der Realisierungs- und Disziplinierungsvorgänge gegenüber den Gewinnsuchenden und sozialistischer Befreiungspolitik. Der Zusammenhang zwischen Kapitalimport und Direktinvestitionen

im Ausland muß umgekehrt interpretiert werden. Die Strategie der Direktinvestitionen ist erstens ein Ausdruck der Stärke dieses Industriestandorts und zweitens zeigt er – wie auch Ingomar Hauchler feststellte – die hohe ökonomische Konzentration und Verflechtung. Bundesdeutsche Konzerne versuchen damit ihre Chancen weltweiten Operationen zu verbessern.

Da die Zeit vorangeschritten ist, erspare ich mir weitere Hinweise und verweise auch auf die großteils richtigen Gründe für die Zunahme der Direktinvestitionen, die die Deutsche Bundesbank in einigen jüngeren Monatsberichten genannt hat (vor allem März 1988). Daraus läßt sich keine „Flucht“ aus dem Industriestandort Bundesrepublik ableiten, sondern eine Stärkung der Unternehmenskonzerne in diesem Land belegen. Die starke Ausweitung der Direktinvestitionen hat nichts mit der Flucht vor starken Gewerkschaften bzw. deren Tarifpolitik zu tun, sondern hier vollziehen sich aus der Sicht der Agierenden durchaus rationale Strategien von großen Konzernen zur besseren Absicherung der Weltmarktposition. Damit gelange ich zu Schlußfolgerungen bezüglich der Steuerungsprobleme zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Ich stimme erstens Margit Köppen zu, daß wir auf der Basis dieser leider sehr knappen Beschreibung in der Tat relevanten Spielraum für eine beschäftigungsorientierte Politik ableiten können. Die Umverteilung der Einkommen muß sich dabei auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft konzentrieren. Weiterhin unterstütze ich den Hinweis, der sich übrigens auch im Vorjahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung findet: Die Konversion der Exportproduktion in binnenwirtschaftliche Produktion ist strukturell äußerst schwierig. Daraus ist zu schlußfolgern: Hier bedarf es einer strukturpolitischen flankierung (etwa durch öffentliche Investitionsprogramme im Umweltbereich). Beispielsweise stellen das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ und das „Beschäftigungsprogramm“ des DGB so wie die Forderungen der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ einen Beitrag in Richtung dieser Strukturpolitik zur Stärkung der Binnenwirtschaft dar. Der Glaube, diese Konversion würde sich „automatisch“ vollziehen, ist naiv und verleiht den Blick vor den strukturpolitischen Gestaltungsaufgaben. Zweitens: Ingomar Hauchler hat in

seinem Referat, das ist noch einmal nachhaltig zu unterstreichen, auf das widersprüchliche Problem der Entstehung und Existenz internationaler Zwänge und Abhängigkeiten hingewiesen. Die Zunahme der Direktinvestitionen, die vorwiegend in die USA und den EG-Raum fließen, zeigen, wie durch Konzernstrategien ökonomische Abhängigkeiten geschaffen werden. Also, weltwirtschaftliche Abhängigkeiten sollten nicht mystisch zur „zweiten Natur“ erklärt werden. Ich stelle mir deshalb die Frage, wozu kommen eigentlich die Zwänge? Zu identifizieren, durch wen diese Zwänge geschaffen werden, zeigt zugleich die Möglichkeiten ihrer Veränderung. Natürlich ist ein Teil weltwirtschaftlicher Abhängigkeiten und Zwänge, die auf uns [jetzt politikbelastend] zurückkommen, auch Resultat bestimmter Kapitalstrategien aus der Bundesrepublik heraus. Also, zur Politik der internationalen Koordinierung gehört auch die Zurückdrängung der ökonomischen Konzentration auf nationaler und internationaler Ebene, um Gestaltungsspielraum zu gewinnen. Schließlich, das kann ich nur ganz kurz andeuten, weil darüber heute nachmittags diskutiert wird, finde ich die Idee von Ingomar Hauchler, das internationale Koordinierungsproblem durch die Schaffung von „Zwischenregionen“ schneller gestaltbar zu machen, richtig. Der Vorschlag überwindet einerseits das „Totschlägerargument“ von der allgegenwärtigen internationalen Abhängigkeit und damit den politischen Agnostizismus, während andererseits die Beschränkung auf bloß nationale Gestaltung überwinden wird. Damit lassen sich auch heute noch feststellbarer Widerspruch im SPD-Programmtext – etwa zwischen nationalem Machbarkeitsoptimismus und internationalem Abhängigkeitspessimismus –, die Jürgen Kromphardt beispielhaft zitiert hat, realistisch überwinden. Die Harmonisierung der Länder in der EG beispielsweise orientiert sich am Ziel der Schaffung einer solchen Zwischenzone, die heute nachmittags behandelt wird. In diese Diskussion sollte das Steuerungsparadigma „Eurokeynesianismus“ eingebracht werden.

Ganz kurz noch einmal. Das Programm dieser Werkstatt ist arbeitsteilig angelegt – mit entsprechenden Rollenzuweisungen versehen. Wir haben uns alle nicht zu den Urtexten und möglichen Lösungen der internationalen Schuldenlastes geändert, weil die heute ausschlag-

tag unter Nutzung des Sachverständigen vom Kollegen Hankel diskutiert wird. Deshalb erlaube ich mir nur die beiden Hinweise.

Erstens: Zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise ist ein gezieltes Arrangement aller Beteiligten erforderlich. Ich stelle mir vor, daß eine Kommission des IVF mit der Weltbank zusammen die Arbeit übernimmt. Dabei ist jedoch eine bessere Präsenz der Schuldnerländer zu sichern.

Zweitens habe ich selbst angedeutet, daß eine der wichtigsten, aber komplexen Steuerungsaufgaben die demokratisch kontrollierte Internationalisierung der Handels- und Finanzströme ist. Das ist der Begriff, den Ingomar Hauchler dem heutigen naturwissenschaftlichen Prozeß gegenübergestellt hat. Dies macht jedoch eine internationale Kontrolle multinationaler Konzerne erforderlich. Denn die disparitäre Entwicklung in der Welt unter Dominanz der kapitalistischen Industriemetropolen wird vor allem über Konzernstrategien durchgesetzt.

Drittens halte ich es für erforderlich, daß etwa die Deutsche Bundesbank, angesichts der Ausbreitung von immer weniger kontrollierbaren Finanzinnovationen und damit dem Verlust geldpolitischer Steuerungsfähigkeit international, auf Dauer angelegt, mit anderen Notenbanken verbindlich kooperieren muß. Die Rück-Gewinnung nationaler und internationaler steuerungs-politischer Kompetenz ist angesichts der weltweiten Kommandostruktur politisch-demokratisch kaum noch kontrollierbarer multinationaler Konzerne auf allen Ebenen dringend erforderlich.

Dr. Manfred Teschner Deutsches Institut für Wirtschaftsfor- schung, Berlin

Mir hat sehr gut gefallen, daß Herr Kromphardt darauf hingewiesen hat, in der Makro-Politik bestehe noch Handlungs-spielraum, den wir nutzen sollten. Dagegen hat, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Scharpf Stellung genommen. Er hat auf die Wichtigkeit der Kapitalrendite hingewiesen, auf die Höhe des Zinssatzes in den USA, in der sich noch Worten von Herrn Altvater auch die Einbuße an Hegemonialmacht der USA spiegelt. Herr Scharpf hat daraus abgeleitet, daß praktisch nationales Alleinregieren der Geld- und Zins-

politik unmöglich geworden ist. Zudem hat er die Auffassung vertreten, auch in der Finanzpolitik hätten wir kaum noch Spielraum.

Für mich ist jedoch das Eingangsstatement von Herrn Kromphardt überzeugender als die Ausführungen von Herrn Scharpf. Wir müssen uns darüber klar sein, und das ist heute öfter angesprochen worden, es bestehen große Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, d. h. hohe Leistungsbilanzdefizite in den USA und entsprechende Überschüsse bei uns und in Japan. Wenn man die abbauen will, dann muß man eine darauf gerichtete Politik sowohl in den USA als auch bei uns und in Japan betreiben. Eine solche Politik hier in der Bundesrepublik wäre eine expansive Geld- und Finanzpolitik. Eine expansive Geldpolitik bewirkt, daß der Zinssatz unter dem in den USA liegt. Die Zinsdifferenz zu den USA ist auch erwünscht, um den Dollarkurs relativ stabil zu halten. Herrn Scharpfs Einschätzung der finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten orientiert sich meines Erachtens zu stark an den Zinssätzen, die für ihn das Defizit des Staates hochheilen. Er berücksichtigt zu wenig, daß eine kurzfristige Steigerung des Defizits wegen der expansiven gesamtwirtschaftlichen Wirkungen längerfristig einen Rückgang des Defizits ermöglicht.

Walter Michler Journalist

Ich mache seit etwa 10 Jahren Afrika-berichterstattung für den Hörfunk der ARD. Als ersten Punkt: Ich glaube, es wäre der ganzen Diskussion hier dienlicher gewesen – und ich möchte das auch gezielte Frage und als Appell an die hier anwesenden Experten richten – diesen Sammelurteilsbegriff „Weltwirtschaftsordnung“ doch etwas stärker zu differenzieren, also genauer zu definieren. Ich selbst sehe mindestens drei verschiedene Bereiche, die dieser Begriff abdeckt: Da ist einmal derjenige der Industriestaaten untereinander; und als zweiten Bereich sehe ich denjenigen der Industriestaaten zu den sog. Schwellenländern, und dann käme als dritter derjenige der Industriestaaten zu den übrigen Entwicklungsländern. Im übrigen herrscht ja nicht nur „Unordnung“, wie Ingomar Hauchler geogit hat, sondern die weltlichen Industriestaaten sind sich ja gegenüber dem „Süden“ sehr ein- „Strukturpassung“

da nur ein Stichpunkt. Man muß also die von mir genannten drei Bereiche der Weltwirtschaftsordnung ganz scharf voneinander unterscheiden. Und die hier diskutierten Anpassungsprobleme sind in allen Bereichen gänzlich verschieden. Folglich sind die notwendigen Korrekturmechanismen, die für eine Verbesserung notwendig sind, ebenfalls verschieden.

Der zweite Punkt: Ich möchte mich meinem Vordränger anschließen unter dem Gesichtspunkt, weil das Stichwort „Regionalisierung“, wie es Herr Hauchler verwendet hat, hier soviel Beifall findet. Ich warne vor diesem neuen Madwort. Wenn ich an die Riesenregion denke, über die ich berichte, nämlich Schwarzafrika, so muß ich fragen: Was wollen Sie denn da mit regionalen Zusammenschlüssen erreichen? Auf diese Weise ohne bewegen zu wollen, ist doch eine Traumvorstellung. Die Staaten Schwarzafrika sind nicht einmal rudimentär entwickelte Volkswirtschaften, und wenn sie nun diese rudimentären Gebilde zusammenfassen, dann erreichen Sie durch diese neue „Linkage-Politik“ überhaupt nichts an Fortschritt in der Substanz. Da muß sich, was die äußeren Rahmenbedingungen angeht, in Richtung IVF, Weltbank usw. etwas Entscheidendes tun.

Mein dritter Punkt: es ist von mehreren Rednern – vereinfacht ausgedrückt – der Wildwuchs der internationalen Kapitalströme erwähnt worden, auch von Ihnen, Herr Altvater. Aber als es dann hätte interessant werden können, nämlich als Sie gefordert haben, hier müsse ein Regelmechanismus, eine neue Institutionalisierung, eingeführt werden, da haben Sie gesagt: „Dazu will ich nichts sagen.“ Schlimmer noch: Dazu Schweige auf der Entwurf des neuen Grundstapels. Freilich nicht so bei anderen Punkten; da wird der Entwurf wesentlich konkreter. Da sagt die SPD beispielsweise: Aus der Atomenergie steigen wir aus. Aber in punkto Weltwirtschaft sind die Ausführungen des Entwurfs – verzeihen Sie, wenn ich das so deutlich sage – nur Bla-bla. „Internationale Solidarität usw.“, das könnte auch die CDU sagen! Warum sagen Sie nicht: „Wir steigen aus der bisherigen Politik von IVF und Weltbank, wie sie seit 1945 gund und gäbe vor, aus. Wir plädieren beispielsweise für ein internationales Kartellamt, um die transnationalen Konzerne zu kontrollieren. Wir plädieren dafür und werden mit daran

arbeiten, ein solches einzurichten. Ebenso plädieren wir für ein internationales Kontrollsystem der Banken, für verbindlich international festgelegte Spielregeln im Kreditgeschäft. Übrigens: Hätte es solche Regeln gegeben, dann wäre es zur gegenwärtigen Verschuldungsmisere der Dritten Welt nicht gekommen.

Jürgen Kromphardt

Ich möchte Stellung nehmen zu der Notwendigkeit und der Möglichkeit beschäftigungsorientierter expansiver geld- und steuerpolitischer Maßnahmen. Für die Frage der Notwendigkeit kann ich an zwei Sachaussagen anknüpfen, die hier getroffen wurden und denen ich voll zustimme. Zum einen hat Rudolf Hickel darauf hingewiesen, daß man den Eindruck gewinnen muß, zumindest im Vergleich mit Japan, daß die Renditeansprüche der deutschen Investoren in Sachanlagen zu hoch sind. Diesen Vergleich hat Fritz Scharpf schon 1984 angestellt. Es zeigt: Nach der zweiten Erdölkrise haben die japanischen Unternehmen so reagiert, daß sie einen Verfall ihrer Rendite in Kauf genommen, aber ihre Investitionen hoch gehalten haben, während die deutschen Unternehmen ihre Rendite hoch gehalten, dafür aber weniger investiert haben. Die deutschen Unternehmen haben offenbar tendenziell zu hohe Renditeansprüche. Die zweite Sachaussage kam direkt von Fritz Scharpf, er hat darauf hingewiesen, daß es auf das Verhältnis der Rendite von Sachinvestitionen zu den Renditen von Finanzinvestitionen ankommt und daß offenbar bis vor kurzem die Renditen aus Finanzinvestitionen höher waren als die Renditen aus Sachinvestitionen. Dabei muß man noch hinzufügen, daß die Rendite aus Finanzinvestitionen meistens sicher ist, die Rendite aus Sachinvestitionen dagegen sehr unsicher. Daher ist es für den Unternehmer auch sicherer, sein Geld in Finanzaktiva anzulegen.

Was aber ist die wirtschaftspolitische Konsequenz dieser Feststellungen? Es scheint mir nicht sehr sinnvoll zu sein, sich darauf zu beschränken, an die Unternehmer zu appellieren, sie sollen ihre Renditeansprüche senken; denn solche Appelle wirken, scheint mir sehr fraglich. Daher erscheinen mir geld- und finanzpolitische Maßnahmen nötig. Die finanzpolitischen Maßnahmen sollten sich darauf konzentrieren, mit steuer-

erlichen Maßnahmen das Verhältnis von Rendite aus Sachinvestitionen zu Rendite aus Finanzinvestitionen zu beeinflussen. Im Programmentwurf steht bereits, leistungslose Einkünfte, z. B. aus Finanzanlagen, dürfen steuerlich nicht besser gestellt sein als Einkünfte aus persönlicher Arbeit. Das weist auf den wichtigen Punkt hin, daß in unserem jetzigen System die Einnahmen aus Finanzanlagen begünstigt sind. Nach der Quellensteuerregelung wird sogar legalisiert, was bisher widergesetzlich geschah, daß nämlich die Einkünfte aus Vermögen nur wenig mit Steuern belastet werden. Mir scheint notwendig, diese Situation umzukehren und die Einkünfte aus Finanzanlagen oder Sachanlagen gleich zu behandeln; da die Einkünfte aus Finanzanlagen risikoreicher sind, kann man sie sogar höher besteuern. Man muß dabei bereit sein, im internationalen Rahmen eine Vorrangrolle zu übernehmen. Aber welches Land wäre dafür besser gerüstet als die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Leistungsbilanzüberschüssen und Devisenreserven?

Neben diesen steuerpolitischen Maßnahmen ist eine expansive Geldpolitik nötig, um die Zinsen auf Finanzanlagen zu senken. Diese Möglichkeit aber hat Fritz Scharpf vorhin bestritten: Die Bundesbank habe die Zinsouveränität verloren. Das aber scheint mir eine Schwarz-Weiß-Formulierung zu sein, noch dem Motto: „Entweder hat man sie, oder man hat sie nicht“. In Wirklichkeit aber ist es so, daß die Bundesbank nach wie vor geldpolitische Spielräume hat. Diese Spielräume sind sicher enger geworden; es ist schwieriger geworden, eine expansive Geldpolitik durchzusetzen. Aber dadurch wird sie nicht unmöglich. Das ist nämlich keine Ja-Nein-Frage, sondern eine Frage des Ausmaßes.

Die expansive Geldpolitik würde übrigens ihre Spielräume selbst erweitern, und zwar auf dem Umweg über das amerikanische Zinsniveau. Hier bin ich Herrn Teschner sehr dankbar, daß er auf etwas hingewiesen hat, das ich noch einmal unterstreichen möchte: Wie Altvater richtig gesagt hat, ist das amerikanische Zinsniveau auch deswegen hoch, weil das amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanziert werden muß, in dem Kapital nach den USA gelockt wird. Eine expansive Politik in der Bundesrepublik würde nun einen kleinen Beitrag dazu leisten, das amerikanische

Leistungsniveau abzubauen: Wir würden nämlich selbst mehr importieren aus den USA, aber auch im weltweiten Zusammenspiel würde sich das amerikanische Leistungsbilanzdefizit verringern. Das wäre wiederum ein Beitrag dafür, daß das amerikanische Zinsniveau nicht mehr so hoch sein muß, um so viel Kapital anzulocken. Dies zeigt, daß geldpolitischer Handlungsspielraum besteht. Dies ist um so wichtiger, als bei uns die Finanzpolitik in der Tat derzeit Schwierigkeiten hat, weil eben der Bund schon sehr stark verschuldet ist, sich verschulden muß, ohne es zu wollen.

Allerdings möchte ich bei diesem Punkt auf einen wichtigen Aspekt hinweisen: Wenn ein öffentlicher Haushalt sich verschuldet, dann kommt es offensichtlich sehr darauf an, wie man diese Verschuldung dem Publikum verkauft. Man kann wie die Bundesregierung sagen: Leider mußten wir unsere Neuverschuldung von 30 auf 40 Milliarden erhöhen, aber diese Fehlleistung werden wir im nächsten Jahr korrigieren, indem wir Steuern heraufsetzen. Präsident Reagan dagegen hat vorgemacht, wie man eine höhere Neuverschuldung als eine positive Entwicklung darstellen kann; auch Karl Schiller ist dies 1967 mit großem Erfolg gelungen. Er hat seine Konjunkturprogramme verwirklicht und hat gesagt, dabei kommt etwas Positives heraus. Natürlich war seine Situation einfacher: Es gab damals noch keine hohe Staatsverschuldung. Aber in den USA war die Staatsverschuldung schon vor Reagan hoch; trotzdem haben die amerikanischen Investoren auf ihr weiteres Ansteigen nicht ängstlich mit Zurückhaltung beim Geldeausgeben reagiert. Das hohe Budgetdefizit hat die amerikanischen Unternehmen und die amerikanischen Haushalte nicht daran gehindert; sie wollten nachfragen, daß insgesamt ein höheres Wachstum herausgekommen ist als in der Bundesrepublik.

Es kommt eben auch darauf an, wie man eine politische Maßnahme verkauft. Man muß ja nicht alles immer unter dem Namen verkaufen, was es wirklich ist, sondern man kann ein neues Etikett aufkleben. Daher meine ich, daß man mit mehr Phantasie und auch mehr Überredungskunst die vorhandenen Möglichkeiten ausnutzen sollte und damit auch etwas erreichen kann.

Nord-Süd-Politik und neue Weltwirtschaftsordnung

Barbara Simons, MdEP

Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte einige eher programmatische Äußerungen machen und sie überwiegend auf den Teil beschränken, der sich mit Nord-Süd-Politik beschäftigt. Ich meine, daß gerade der Nord-Süd-Politik in unserem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt. Sie sollte die Orientierung für die von uns gewollte neue Weltwirtschaftsordnung vorgeben.

Das Thema ist aktuell. In Madrid tagt gerade die zentrale Konferenz der Nord-Südkampagne des Europarates mit dem Motto: „Eine Zukunft – Eine gemeinsame Aufgabe“. Am 21. April, also vor wenigen Wochen, hat hier in diesem Hause das Nord-Süd-Forum der SPD stattgefunden, bei dem Hans Koschnik in seinen Schlußbemerkungen geradezu beschwörend von der Entwicklungspolitik als einer Überlebensfrage der Menschheit gesprochen hat. Vor gut einem Jahr, im Februar 1987, hatte das Europäische Parlament seine große Nord-Süd-Debatte unter die Aussage gestellt: „Eine Zukunft oder keine“. Sie mündete in ein konkretes Programm der Europäischen Gemeinschaft ein, in dem auch die jeweils Verantwortlichen, die zum Handeln gedrängt werden müssen, genannt sind: Die Europäische Kommission, die sich auf europäischen Gipfeln treffenden Staats- und Regierungschefs und schließlich der Ministerrat. Dieses Programm hat die zentralen Bereiche oskuliert, wobei als besonders wichtig ein eigenständiger europäischer Beitrag zur Lösung der internationalen Schuldenkrise, ein Verfahren für schonenden Umgang mit Rohstoffen und ein Garantiesystem für Rohstoffexporterlöse zu nennen sind.

Barbara Simons

Worum geht es bei diesen Initiativen? Es geht, meine ich, um die Mobilisierung der verantwortlichen Politiker, Wissenschaftler und der europäischen Bevölkerung, angesichts wachsender weltweiter Verflechtungen neue politische Denk- und Handlungsweisen zu entwickeln.



Barbara Simons

entfernt. Das wissen wir, und davon ist heute morgen hier die Rede gewesen. Die Wirklichkeit sieht alarmierend anders aus. Wir sind also zu einem konsequenten Handeln aufgerufen. Ich möchte dazu drei Bemerkungen machen.

1. Zunächst muß die Diskussion um die Ursachen dessen, was wir eher verharmlosend Nord-Süd-Konflikt nennen, in historischer Redlichkeit fortgesetzt werden, und zwar in einer Weise, die die Menschen auch erreicht. Förderung nach Ordnung der Weltwirtschaft haben anzusetzen bei der Tatsache, daß die Nord-Süd-Beziehungen immer noch geprägt sind von 500 Jahren Kolonialgeschichte, durch gewaltsame Unterwerfung der Völker Afrikas, Lateinamerikas und Asiens unter europäische und

später auch unter nordamerikanische Interessen. Diese notwendigen Analysen müssen allerdings antizipieren zu verstärkter Verantwortungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit. Es gibt eine bedenkliche Lücke zwischen analytischen Erkenntnissen, abstrakt formulierten Wertmaßstäben und darauf begründeten widerspruchsfreien konkreten Programmen. Das ist auch die Frage, die Heide Wiecek-Zeul heute morgen gestellt hat, die ich ganz energisch unterstütze. Das Gesagte gilt im übrigen für alle politischen Parteien in der Bundesrepublik und, trotz guter Ansätze, auch für den bestehenden Programmwurf der Sozialdemokratie.

Wir können nämlich nicht auf der einen Seite die Abhängigkeit der Staaten der Dritten Welt von zu billigen Rohstoffexporten belagern und auf der anderen Seite ihnen eine wirklich angemessene finanzielle Unterstützung verweigern, bei der sie eine industrielle Produktion wenigstens auf der Basis der Rohstoffe aufbauen könnten. Wir können nicht den Raubbau an Regenwäldern belagern und weiterhin ungehemmt tropische Hölzer verarbeiten. Wir können nicht einerseits den entwicklungsschädigenden, zunehmenden Protektionismus verteilen und andererseits das Multifiberabkommen bejahren, um die europäische Textil- und Bekleidungsindustrie zu schützen. Wir können nicht eine Agrarpolitik fortsetzen, deren Überschüsse als Nahrungsmittelhilfe Verelendung in den Entwicklungsländern produzieren oder mit Dumpingpreisen in unfairer Konkurrenz treten zu den Agrarexportern dieser Länder. Wir können nicht die Binnenmarktentwicklung der noch weitgehend ländlich orientierten armen Länder fördern, aber gleichzeitig unter wachsendem Exportdruck den Run gerade deutscher Industrien auch auf diese Märkte billigen. Die Aufzählung solcher Widersprüche ließe sich fortsetzen. Meine Forderung lautet also, eine Programmatik zu entwickeln und konsequent zu vertreten, die weitreichend genug ist und auf wohlverstandenen langfristigen gleichgerichteten Interessen der Völker im Norden wie im Süden beruht.

Zweite Bemerkung: Die Nord-Süd-Politik muß nun endlich aus der unzulässigen Einengung auf Entwicklungshilfe gelöst werden. Die Reduzierung auf „Hilfe“ erweckt den fatalen Anschein, als seien nur von seiten der Entwicklungsländer Anpassungen nötig, als lebten sie auf Kosten des Nordens. Da-

bei ist es doch längst allein durch Zins- und Tilgungsleistungen und durch Rohstoffpreiserfall zu einem markanten Nettozahlungstransfer vom Süden zum Norden gekommen. Das ist eigentlich ein skandalöser Zustand. So sind beispielsweise zwischen 1983 und 1987 netto 150 Mrd. \$ aus Lateinamerika in die Industriestaaten geflossen.

Die Entwicklungshilfe und die Entwicklungspolitik machen nur einen unbedeutlichen, wenn auch nicht unwichtigen Teil der realen Nord-Süd-Beziehungen aus. Weit wichtiger sind die Agrar-, die Finanz-, die Umwelt-, die Außen-, die Technologie- und die Wirtschaftspolitik, in der bislang die Belange des Südens nicht gleichrangig und partnerschaftlich berücksichtigt worden sind. Deswegen gerät die entwicklungspolitische Diskussion immer wieder in die Gefahr, zum Alibi zu werden. Allein kann sie in der Tat wenig zur Überwindung der strukturellen Gewalt gegenüber dem Süden beitragen. Entwicklungspolitik kann Zeichen setzen und kann sensibilisieren; aber Nord-Süd-Politik, verstanden als Weltinnenpolitik, verlangt nach umfassender Neuorientierung und echter Kooperationsbereitschaft unter Einbeziehung aller relevanten Politikbereiche.

Damit komme ich zu meiner dritten und letzten Bemerkung: Sie beziehen sich auf die Realisierungschancen einer solchen neuen, zugegebenermaßen schwierigen Kooperationsbereitschaft. Ich sehe sie unter anderem und eigentlich vorrangig in der Europäischen Gemeinschaft. Gegenüber dem ökonomischen transnationalen Integrationsprozeß brauchen wir politische, demokratisch legitimierte Steuerungsmechanismen, die ebenfalls transnational organisiert sind. An dieser Stelle möchte ich kurz auf die Diskussion von heute vorzeitig verweisen, die in meinen Augen ein gewisses Defizit hatte, da sie zwar immer mit den Begriffspaaren national und international operierte, aber niemals konkret aufzeigte, welche internationalen oder regionalen Instrumente gemeint waren. Deshalb möchte ich verdeutlichen, daß in der real vorhandenen europäischen Gemeinschaft Politik gemacht wird und natürlich programmatisch auch die Politik angestrebt werden muß, die wir wollen. Die Europäische Gemeinschaft ist gerade für eine Politik, die weltweit wachsender Interdependenz Rechnung trägt, besonders geeignet, weil selbst auf Erfahrung von Inter-

dependenz und deshalb Solidarität begründet. Eine Nord-Süd-Politik mit dem skizzierten umfassenden Anspruch kann gar nicht ohne die Europäische Gemeinschaft international verwirklicht werden, mit ihr hingegen wohl. Alle im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen wichtigen Politikbereiche sind Bestandteil der Gemeinschaftsverpflichtung, sind Bestandteil von EG-Politik. Ohne der nächsten Diskussionsrunde vorzugreifen, die diese Gedanken vertiefen wird, möchte ich noch auf die bestehenden europäische Nord-Süd-Zusammenarbeit hinweisen. Zu ihr gehört das bedeutsame Lomé-Abkommen, der enge Zusammenschluß von mittlerweile 66 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten mit den 12 Staaten der Gemeinschaft. Zu ihr gehört: die verstärkte Entwicklungskooperation der Staaten Asiens und Lateinamerikas, besonders auch mit Zentralamerika. Zu ihr gehören die – zugegebenermaßen noch sehr schwachen – Maßnahmen gegen das Apartheidregime in Südafrika und die Unterstützung der SADC-Staaten im südlichen Afrika. Gestatten Sie mir eine kurze zusätzliche Bemerkung zu den Diskussionsbeiträgen, die sich heute vorzeitig kritisch mit Fragen der Regionalisierung beschäftigt haben. Ich sehe das etwas positiver und schätze gerade die Möglichkeiten der Unterstützung von bestimmten Regionen durch die EG relativ hoch ein. Die Zusammenarbeit mit den SADC-Staaten ist dafür ein gutes Beispiel.

Ich komme damit zum Schluß. Es geht um den Ausbau der Handlungsfähigkeit der EG und ihrer Mitgliedstaaten, um in diesem Sinne internationale Zusammenarbeit als Weltinnenpolitik zu gestalten: gleichzeitige, konfliktmindernd und entspannungsfördernd. Ich kann es auch mit den alten sozialdemokratischen Grundworten so ausdrücken: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleiben ungerechte Privilegien, solange sie nicht als verpflichtende Zielvorgaben die Mehrheit der Weltbevölkerung einbeziehen. Das sind die Wertmaßstäbe, denen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, lassen Sie mich hinzufügen: Sozialordnung, genügen muß.

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff
Universität Hamburg

Wenn wir uns darauf verständigen können, daß das Ziel von Entwicklungspolitik wäre, das Vertrauen der Menschen

in der Dritten Welt auf ihre eigenen Kräfte zu stärken, dann hätten Industriestaaten wie die Bundesrepublik in Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen EG-Staaten folgende Handlungsspielräume:

Erstens: Betrachtet man die bedrückend hohe **Auslandsverschuldung** fast aller Entwicklungsländer als das zentrale Problem der Nord-Süd-Beziehungen, dann muß sich jede solidarische Entwicklungspolitik an ihrem Beitrag zur Lösung des Überschuldungsproblems messen lassen.

Als konstruktiver Ansatz dazu sollte ausländische Entwicklungshilfepolitik die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Nahrungsmittelimporten zu reduzieren helfen, und zwar durch die Steigerung von Produktion und Arbeits-einkommen im kleinbäuerlichen Landwirtschaftssektor.

Zweitens können Selbstbeschränkungsabkommen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern verhandelt werden, etwa nach dem Muster des Tokio-Abkommens in Thailand. Es ermutigt zur Umstrukturierung der einheimischen Landwirtschaft, die bisher nur von wenigen Exportprodukten abhängig war; denn für eine Übergangszeit können nun Kompensationen für entstehende Exporterlösausfälle gezahlt werden, um so die Umstrukturierung kolonialwirtschaftlicher Produktionsverhältnisse in die Wege zu leiten.

Fernziel der Entwicklung wäre ein regionaler Binnenmarkt, auf dem die Bedürfnisse seiner Menschen zum überwiegenden Teil durch eigene Arbeitsleistungen und lokale Produktion befriedigt würden.

Drittens gibt es den Exporterlös-Stabilisierungsfond (STABEX) der Lomé-Verträge der EG – einen der vernünftigen Ansätze zu einer Nord-Süd-Politik, die sich von der Idee des Interessenausgleichs leiten läßt.

Obwohl er in der Praxis bisher nicht so gut wie ursprünglich geplant funktioniert und die Mittel zu gering sind, um wirksame Hilfe zu leisten, ist hier einmal mit den nicht rückzahlbaren Transfers von den reicheren in die ärmeren Länder, von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer ein automatischer in Kraft tretender Ressourcennuß in die richtige Richtung realisiert worden. Das ist auch deshalb vernünftig, weil hier dem **Verursacherprinzip** bei Überschuldung und Wirtschaftskrisen Rech-

nung getragen wird (nur nicht-selbstverschuldete Exporterlösrückgänge bei Agrarprodukten können finanziell kompensiert werden).

Viertens: Internationale Rohstoffabkommen, wenn immer möglich. Ich sage das mit Einschränkung, weil die bisherigen Erfahrungen damit nicht gerade verheißungsvoll sind. Solche Abkommen beruhen auf Selbstverpflichtungen der betroffenen Rohstoffländer (einschließlich einiger Industriestaaten) und werden häufig – aus nationalem Eigennutz – unterlaufen und damit zur Ineffektivität verurteilt. Dennoch ist das hinter ihnen liegende Anliegen berechtigt: mehr Transparenz und Ordnung in die internationalen Rohstoffmärkte zu bringen, durch deren bizarre Preisentwicklungen zahlreiche LDCs stark verwundbar sind. Eine realistische Planung von Investitionen wird ihnen unmöglich gemacht.

Ohne Regelung der Rohstoffpreise wird eine Neue Weltwirtschaftsordnung Illusion bleiben.

Fünftens ist die Intensivierung des **Süd-Süd-Handels** zu fördern, wo immer sich hierfür Chancen bieten, z. B. im Rahmen von regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (wie ASEAN, ECOWAS, SADC und die Karibische Wirtschafts-gemeinschaft). Zur Realisierung dieses Ziels wäre es aus seiten der EG-Staaten nötig, rein eigennützige Exportförderungsmaßnahmen in Dritte-Welt-Staaten zu unterlassen, die dort nur zur Entmutigung oder gar zur Verdrängung von eigener Produktion führen können. Selbstbeschränkung und „Anpassung“ seitens der Industriestaaten wären hier ein Gebot der Fairneß im Geiste internationaler Entwicklungspartnerschaft.

Damit ist **sechstens** das Problem des **Handelsprotektionismus** seitens der Industrieländer angesprochen. Eine Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“ vor unliebsamer Konkurrenz aus Schwellenländern ist zwar verständlich, aber langfristig nicht tolerierbar, weil eine Gruppe von Ländern systematisch diskriminiert.

Die Entwicklungsländer als Gesamtheit verlieren heute weit mehr an entgangenen Exporterlösen (durch sinkende „terms of trade“ im Außenhandel, durch tarifäre und nicht-tarifäre Handelshindernisse etc.) als sie mittels verlässlicher Krediten im Bereich der Entwicklungshilfe an Fußfassen aus Industrieländern erhalten.

Siebtens muß der Forderung Nachdruck verliehen werden, die Entwicklungsländer nicht mit unseren Nahrungsmittelüberschüssen „zu Tode zu füttern“. Nahrungsmittelexporte in Hungergebiete in Form der Katastrophenhilfe ist eine Selbstverständlichkeit (zumal die Getreidelos in den OECD-Staaten überquellen), aber dort, wo Agrexporte der Industriestaaten die einheimischen Produkte vom Markt verdrängen, unter anderem durch Dumpingpreise – wie mit Getreide und Fleisch in Westafrika geschehen –, begähen die Überschuldung ein Unrecht. Auch hierbei sind wieder Einfühlungsvermögen und Selbstbeschränkung vonnöten!



Prof. Dr. Rainer Tetzlaff

Achtens schließlich müssen auch die Industrieländer mit Handelsbilanzüberschüssen bereit sein, den Entwicklungsländern mit Zahlungsbilanzdefiziten eine effiziente „Anpassung“ zu ermöglichen. Internationale Organisationen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) haben zwar die Macht, schwächere Länder zur „Anpassung“ durch drastische Sparprogramme zu zwingen, nicht aber Industrieländer, selbst wenn letztere die Schuldennisse der Dritten Welt mitverantwortet haben (z. B. durch Hochzinspolitik).

Daher sollte der Deutsche Bundestag sich zu einer **freiwilligen Anpassungsleistung** dergestalt verpflichten, daß er auf den Schuldendienst der ärmsten Entwicklungsländer verzichtet

4 was in geringem Umfang bereits geschehen ist) und die rückfließenden Kreditguthaben und Zinszahlungen aus der Dritten Welt einem Sonderfonds gutschreibt, der als Hilfe für Länder mit harten Struktur Anpassungsprogrammen fungieren könnte (z. B. zur Abfederung der damit verbundenen sozialen Härten – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für aus dem Staatsdienst entlassene Arbeiter und Angestellte).

Fazit:
Soll **Entwicklungspartnerschaft** mehr als eine politische Floskel sein, dann muß nach einem fairen Interessenausgleich zwischen strukturell ungleichen Staaten gesucht werden. Dieses Prinzip bedeutet den Abschied von reiner Macht- und Interessenpolitik, die sich von der Maxime leiten läßt: was kann ich durchsetzen auf Kosten anderer? Es erfordert vielmehr eine sensible Wahrnehmung der Interessen der unterentwickelten Staaten, die auf absehbare Zeit als Forderungsgemeinschaft gegenüber dem Westen auftreten werden.

Perspektiven für zukünftiges Handeln
Sozialdemokratische Politiker/innen werden gut tun, sich mit den Erwartungen und Forderungen aus der Dritten Welt nach **Wiedergutmachung** für angerichtete Schäden vertraut zu machen. Intellektuelle und politische Eliten oder Gegebenheiten (solche in der Opposition) erwarten Kompensationen aus dem industrialisierten Norden und rechtfertigen diese mit drei Argumenten:

- Seit dem Raub- und Plünderungskolonialismus der Portugiesen und Spanier vor 500 Jahren werden unwiederbringliche Rohstoffe der nicht-europäischen Welt ausgebeutet und exportiert – gegen geringes Entgelt;
- Die Tätigkeit der transnationalen Unternehmen, der „Multis“, im Verein mit der staatlichen Entwicklungsbürokratie der Industriestaaten (die die Infrastruktur für die Binnenpenetration der Entwicklungsländer schuf), hat **ökologische** Schäden ungeahnten Ausmaßes hervorgerufen, was die Überlebenschancen kommender Generationen, vor allem in den Tropen, verringert.
- Die rücksichtslose Vorgehensweise des westlichen Eroberers (des Missionars wie des Kolonialbeamten,

des Entwicklungshelfers wie des Werbemanagers eines Multis) hat identitätsstiftende Kulturwerte in übersee zerstört, ohne einen gleichwertigen Ersatz für Verlorenes anzubieten. Rassismus und Paternalismus standen und stehen einer grenzüberschreitenden Kultur der Mitmenschlichkeit im Wege.

Vergangenes Unrecht läßt sich nicht ungeschehen machen, aber aus dem Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte als Herr und Knecht (und diese Metapher beschreibt das Nord-Süd-Verhältnis genauer als das Trugbild der gleichrangigen „Partner“) erwächst möglicherweise die Einsicht in unsere **Mitverantwortung** für die Zukunft der Menschen in der Dritten Welt, an deren heutigem Elend wir bewußt-unbewußt, auf jeden Fall nicht ohne Schuld, mitgewirkt haben.

Solidarische **Mitverantwortung** für eine Zukunft echter Interessengemeinschaft zwischen den Völkern in Nord und Süd, die als gemeinsamen Ort ihrer Selbstverwirklichung den „blauen Planeten“ haben, kann heute in drei Bereichen praktiziert werden:

— Eröffnung eines **„politischen Dialogs“**, der die Ziele von Entwicklung und die Mittel zu deren Erlangung neu zu bestimmen hätte. Auf der Grundlage enttäuschender Erfahrungen mit vorangegangenen Modernisierungskonzepten, bei denen das industrialisierte urbane Gesellschaftsmodell des Westens als Vorbild wirkte, sollte über **neue Entwicklungswege** verhandelt werden. Diese sollten — je nach länderspezifischen Verhältnissen — **drei zentrale Kriterien** berücksichtigen: (1) **verschuldungsfremd**, und nicht wie bisher kreditintensiv und daher verschuldungsträchtig; (2) **ökologisch und sozial verträglich**, und nicht wie bisher: Raubbau an der Natur zum Schaden der Armutgruppen; (3) **partizipatorisch**, und nicht wie meist bisher, die Träger von Entwicklung von Entscheidungsprozesse über die Verteilung knapper Ressourcen ausschließend.

Dabei **sieht** zu erwarten, daß nur **graduelle Fortschritte** auf dem Weg zu einer gerechteren, weniger militärischen Weltwirtschafts- und Weltgesellschaftsordnung zu erzielen sein werden.

... Wie schwierig es sein wird, Bewegung in die von Mißtrauen geprägten Nord-Süd-Beziehungen zu bringen, zeigt die **zähe Diskussion** um die Lösung der **Schuldenkrise** der Dritten Welt. Zurecht wurde heute immer wieder die Frage diskutiert, wie groß denn nationale **Handlungsspielräume** seien, um den Mißständen in der Weltwirtschaft politisch entgegenzuwirken. Ich möchte tentativ antworten: sie sind klein, gemessen an dem, was zur Wende der Krise notwendig wäre; sie sind andererseits größer als das, was tatsächlich als nationaler Politik-Input in das internationale System einfließt, um dieses zu demokratisieren.

Am Beispiel des Versagens bei der Lösung der Schuldenkrise der Dritten Welt läßt sich dieser Gesichtspunkt verdeutlichen. Nach Daten der OECD beträgt der Netto-Transfer der Dritten Welt in die Erste Welt mehr als 200 Mrd. Dollar jährlich; gleichzeitig ist der zweitmächtigsten Handelsnation der Welt — der BRD — nichts Konstruktives eingefallen, um Entwicklungsänderungen aus den Fallstricken der Verschuldung zu befreien, zum Beispiel durch ein **umfassendes Zinsmoratorium** für eine Zeit der internen Umstrukturierung der Defizitländer von, sagen wir, 5 — 10 Jahren. Nach wie vor fungieren IWF und — in geringerer Maße — auch die Weltbank als Droh- und Disziplinierungsinstrumente, die primär die Interessen der Gläubiger an Rückzahlung und an der weltweiten Durchsetzung kapitalistischer Geschäftspraktiken vertritt. Gibt es nicht deutsche Direktoren im Aufsichtsrat; gibt es nicht ein Parlament, dem diese Rede und Antwort für begangene und unterlassene Maßnahmen stehen könnten? Wie die **Demokratisierung** von politischen Entscheidungen sollte nicht an den Grenzen unseres Staates haltmachen; die internationalen Finanzinstitutionen bieten ein weites Feld, um solidarische Entwicklungspolitik im Konzert der europäischen Märkte praktizieren zu lernen.

Neben den USA und Großbritannien ist die Bundesrepublik zur klassischen **„Status-quo-Maschine“** aufgerückt, wenn auch mit „low profile“: Sie verteidigt die bestehenden Weltgesellschaftsverhältnisse dezent, aber kompromißlos. Eine wünschenswerte Änderung dieser Verhältnisse in Richtung auf mehr internationale Verteilungsgerechtigkeit würde auch **Solidarität** erfordern — vor allem von den Arbeitern/innen in den klassischen Exportbranchen. Eine verantwortungsbewußte Entwicklungspolitik der Zukunft hätte notwendige Änderungen in den heutigen Ungleichgewichtssystemen der politischen Macht und in den Lebensnüssen zwischen den Staaten und Völkern vorzudenken und für deren notwendige (nicht nur unangenehme) Folgen einen demokratischen Konsens zu erstreiten.

Prof. Dr. Detlev Albers Universität Bremen

Ich möchte mit meinem Statement im wesentlichen den ersten Punkt, den Barbara Simons herausgestellt hat, noch einmal unter anderen Gesichtspunkten unterstreichen. Dabei möchte ich mir ausdrücklich auch die Ungeduld zu eigen machen, die ich bei ihr herausgehört habe und die für das Nord-Süd-Thema in den Reihen unserer Partei ja nun wirklich keine Einzelmeinung mehr ist.

Das neue Grundsatzprogramm, das wir im nächsten Jahr als „Bremer Programm“ verabschieden wollen, muß sich wesentlich dadurch qualifizieren, wie es die verschiedenen Dimensionen der Wirklichkeit, und zwar auf nationaler, internationaler, ja auf weltweiter Ebene, zu verknüpfen versteht. Sein Rang wird sich entscheidend daran bemessen, ob es den damit verlangten Lernprozeß in den eigenen Reihen wie in der ganzen Gesellschaft voranbringen und orientieren kann.

Wenn wir inzwischen erkannt haben, den Nord-Süd-Gegensatz als die soziale Frage unserer Zeit zu charakterisieren, dann muß das Bremer Programm dadurch auszeichnen, daß es sie nicht nur mit der Frage des Weltfriedens, der Entspannung zwischen Ost und West, dem Weg zu realer Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern verknüpft, sondern daß es sie eben auch, ja zu allererst mit den immer drängenderen Horizonten der ökologischen Krise, der Umweltfrage schlechthin, der globalen Betrachtungsweise verbindet. Wenn ich gerade dieses letzte Moment herausstreiche, es zusammen mit dem Nord-Süd-Gegensatz als die zentrale Leitungsfrage unseres Zeitalters bezeichne, dann umschreibe ich damit nichts anderes als den Teil

des UN-Kommissionsberichts „Umwelt und Entwicklung“, des sogenannten Brundtland-Reports, der uns nun seit kurzem auch auf Deutsch zur Verfügung steht. Ich wünsche dieser Publikation übrigens einen ähnlichen Erfolg wie etwa seinerzeit „Global 2000“ oder den Berichten der Brandt-Kommission; nur leider registrierte ich bislang einen sehr geringen Bekanntheitsgrad, auch der einzelnen Befunde des Brundtland-Berichts. Denn viele von ihnen verlangen, wenn wir Sie wirklich ernst nehmen, radikale Umdeutungen und nicht weniger einschneidende gesellschaftliche Veränderungen.

Der erste Befund lautet: Wir haben von der Existenz und der Respektierung absoluter Grenzen menschlicher Wachstumspotentiale gegenüber dem Planeten auszugehen. Ich erlaube mir, gerade weil darin nach meiner Meinung alle übrigen Veränderungsanforderungen aus enthalten sind, diesen Befund mit einem kurzen Zitat zu belegen.

Der Brundtland-Bericht beginnt folgendermaßen: „Mitte des 20. Jahrhunderts gewahren die Menschen zum ersten Mal den Anblick, den ihr Planet aus dem All bietet. Vielleicht werden künftige Historiker einmal zu der Einsicht gelangen, daß dieser Anblick unser Bewußtsein grundlegender veränderte als es selbst der kopernikanische Revolutions des 16. Jahrhunderts gelungen war. Aus dem All erscheint die Erde als kleine zerbrechliche Kugel, geprägt nicht vom menschlichen Wirken, sondern von Wolken, Ozeanen, Wäldern und Kontinenten. Die Unfähigkeit der Menschen, ihr Wirken diesen Gegebenheiten unterzuordnen, hat grundlegende Auswirkungen auf globale Wirkungszusammenhänge. Viele dieser Auswirkungen gehen Hand in Hand mit lebensbedrohenden Gefahren.“

Diese Beobachtung der UN-Kommission bildet den Auftakt, von dem aus anschließend die gegenwärtige Lage der Menschheit analysiert wird, jener fünf Milliarden Individuen, die wir heute sind, darin eingeschlossen die sechzig Millionen Einwohner unseres Landes, die sich aber gleichwohl, regionale Gegen Tendenzen wie bei uns mitgerechnet, in einen rasanten Wachstumsprozeß auf die doppelte, ja dreifache Zahl im nächsten Jahrhundert einbinden werden. Die Kommission bedient sich dazu der Abstraktion eines Systems von Schlüsselkategorien zur Umwelt und

Entwicklung der Bevölkerung, der Ernährungslage, der Artenvielfalt, der Energieerzeugung, von Industrie, Produktion usw. Ich belasse es hier bei der bloßen Erwähnung.

Aber was ist das Resultat? Die Lage spitzt sich dramatisch weiter zu. Auch das möchte uns bereits langsam gewohnt vorkommen. Abärtung, ja abschalten gegenüber dramatischen Befunden, mit denen uns die Wirklichkeit konfrontiert, sind wir ja inzwischen in der selbstbenannten „Ersten Welt“ in ganz besonderer Weise gewohnt. Ich gebe deshalb nur zwei Belege wieder, die noch nicht ganz so geläufig sind: So verwandeln sich nach den Erhebungen



Prof. Dr. Detlev Albers

der Kommission Jahr für Jahr weitere sechs Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche in unfruchtbare Wüste. Wenn diese Zahl noch zu abstrakt erscheint, der erhält Nachhilfeunterricht von der Brundtland-Kommission: Für den Zeitraum der nächsten dreißig Jahre entspricht das einer Fläche etwa so groß wie Saudi-Arabien. Gleich anschließend heißt es: Heute werden mehr als elf Millionen Hektar Wald jährlich vernichtet. Die Größe dieser Fläche entspricht hochgerechnet auf die nächsten dreißig Jahre jener des Subkontinents Indien. Und eben diese dreißig Jahre sind genau der Zeitraum, für den wir unser neues Grundsatzprogramm schreiben, in dem wir uns mit unserem eigenen Lernprozeß auszuwei-

sen haben, in dem wir uns aber ebenso der Wirklichkeit gegenüber kompromittieren können.

Wie geht nun die Brundtland-Kommission mit solchen Befunden um? Sie verlangt mehr als das, was wir bisher meinten, wenn von „qualitativem Wachstum“ gesprochen wurde. Sie verlangt auch anderes und mehr als das, was bisher die Experten im Nord-Süd-Dialog beschäftigt hat. Das Stichwort der Brundtland-Kommission lautet: „Dauerhafte Entwicklung“. Was heißt das? Sie versteht darunter „einen Wandlungsprozeß, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel wieder miteinander harmonieren, das derzeitige und künftige Potential vergrößert, die menschlichen Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.“

Mit dem Konzept der „dauerhaften Entwicklung“ formuliert die Brundtland-Kommission, soweit ich sehe erstmals, den Faktor des Lebensrechts künftiger Generationen unter globalen Gesichtspunkten auch als Anforderung an die Lösung des Nord-Süd-Gegensatzes. Zu Recht mag man dabei kritisieren, daß sich die Kommission selbst nur zu einer halbherzigen Umsetzung des eigenen Konzepts durchgerungen hat. Immerhin ist es so, daß die Brundtland-Kommission ihren Hochrechnungen über die nächsten dreißig Jahre ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für die Industrieländer von drei bis vier Prozent zugrunde legt. Nur unter dieser Prämisse kalkuliert sie für die Dritte-Welt-Länder ein darüber hinausgehendes Wirtschaftswachstum von jährlich fünf Prozent. Ob sie mit einem derartigen Entwicklungspfad der Weltwirtschaft nicht längst an zahlreichen Stellen jene absoluten Grenzen der ökologischen Systeme überschreitet, die sie doch selbst überzeugend aufweist, erscheint mehr als fraglich.

Dennoch scheint mir dieses „Konzept der dauerhaften Entwicklung“ geprägt von einem anderen Denken, nämlich der Eine-Welt-Logik, die, und das ist meine abschließende These, den Hintergrund bilden muß für alle unsere Anstrengungen, mit Hilfe einer neuen Weltwirtschaftsordnung auch dem Nord-Süd-Gegensatz zu begegnen. Und diese Eine-Welt-Logik ist nicht anders denkbar, nicht anders in planendes, vorrusschendes Handeln umsetzbar als antikapitalistisch.

Denn was anderes meint es, wenn wir von der Harmonisierung solcher „Kleinigkeiten“, wie der Ressourcennutzung weltweit, des Zieles von strukturbestimmenden Investitionen, der Richtung der technologischen Entwicklung und eines darauf abgestimmten, dafür tauglichen institutionellen Wandels, tatsächlich ausgehen wollen. Der Übergang zu verbindlichen weltwirtschaftlichen Planungs- und Entwicklungsvorgaben, in dem Ökologie und Nord-Süd in sozialistischer Zielperspektive verbunden sind, scheint mir daher eine Verklammerung zu bilden, ohne die wir vor zahlreichen Tatbeständen kapitulieren müßten, die uns heute aus den verschiedensten Disziplinen der Naturwissenschaften wie der Gesellschaftswissenschaften präsentiert werden.

Bei Lichte betrachtet sind also Umwelt und Entwicklung, global wie vor Ort, im neuen Grundsatzprogramm der SPD wie in unserem tatsächlichen politischen Tun nicht ohne Rückkehr, Wiederaneignung und Erneuerung sozialistischen Denkens lösbar.

Jürgen Dormann

Vorstandsmitglied der Hoechst AG

Wir stimmen überein, daß weite Teile der Welt sich in einem wirtschaftlichen Zustand befinden, der absolut unbefriedigend ist. Mit globalen weltweiten Ansätzen und theoretischen Modellen ist das Problem allein nicht zu lösen. Es ist bisher weder den Wissenschaftlern, noch den Politikern oder der Industrie gelungen, die extremen wirtschaftlichen Ungleichgewichte einer breiten Bevölkerungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland bewußt zu machen. Um dies zu erreichen, muß die Diskussion sehr viel einfacher und anschaulicher werden. Nur so wird es gelingen, in einem demokratischen System die notwendige Unterstützung zu finden, um umfassendere Beiträge zur Lösung dieser Ungleichgewichte leisten zu können. Insofern ist es für das allgemeine Verständnis wirkungsvoller, über praktische Fragen, wie z. B. das Lomé-Abkommen, zu diskutieren als abstrakte „weltweite Analysen“ zu liefern, aus denen nur schwer konkrete, verständliche Handlungen abgeleitet werden können.

Wir stellen fest, daß – in „Geld“ gemessen – die Welt unendlich reich ist. Es stellt sich die Frage: wie und wo kann das Geld produktiv sinnvoll angelegt

werden? Sinnvolle Möglichkeiten für die Nutzung dieser Kapitalien gibt es genug in der Welt. Denken wir z. B. an die wirtschaftliche Entwicklung Chinas oder Sibiriens, an die erforderlichen Infrastruktur-Investitionen in Afrika und Lateinamerika. Warum wird das vorhandene Kapital nicht zur Lösung dieser Aufgaben eingesetzt? Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß diejenigen, die über das Kapital verfügen, keine Aussicht auf eine ausreichende Verzinsung der einzusetzenden Mittel sehen. Teilweise deshalb, weil in den genannten Regionen keine marktwirtschaftlichen Systeme vorhanden sind; teilweise aber auch, weil in Ländern, in denen



Jürgen Dormann

marktwirtschaftliche Systeme vorhanden sind, die politischen Rahmenbedingungen keine langfristige Sicherheit bieten und somit ein langfristiges Engagement fragwürdig erscheinen lassen. Das heißt für die praktische Politik: Nach Möglichkeit für eine langfristig stabile politisch demokratische Ordnung sorgen und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen. Gegebenenfalls müssen begleitende Instrumente entwickelt werden, wie z. B. Investitionsschutzabkommen und ähnliches, um hinreichende Anreize zu schaffen für private wirtschaftliche Investitionen in den noch zu entwickelnden Gebieten der Welt.

Bei dem sogenannten Nord-Süd-Dialog ist die Frage der Rohstoffpreis-Stabili-

sierung ein immer wiederkehrendes Thema. Man unterstellt hierbei, daß stabile – möglichst hohe – Rohstoffpreise für die langfristige Entwicklung der Entwicklungsländer förderlich sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Rohstoff Öl in seiner geographischen Verteilung zu großen Teilen in südlichen Ländern liegt. Den erdölproduzierenden Ländern – vor allem des „Südens“ – ist es über weite Phasen gelungen, teilweise dramatische Preissteigerungen durchzusetzen. Das führte zu einer erheblichen Abschöpfung von Kapitalien (und Kaufkraft) aus den „Nordstaaten“. Wir alle wissen, daß diese „Umwertung“ nicht dazu verwendet wurde, um solidarisch armen „Südstaaten“ zu helfen. Die über das Ölpreiskartell erzwungene Umverteilung von Kapital wurde entweder dem kurzfristigen eigenen Konsum zugeführt oder für Finanzanlagen in der entwickelten Welt verwendet. Es kann also nicht nur von fehlender Nord-Süd-Solidarität die Rede sein, sondern es muß genauso deutlich von fehlender Süd-Süd-Solidarität gesprochen werden.

Daß das Etikett „Norden reich, Süden arm“ in dieser einfachen Form nicht stimmt, läßt sich auch am Beispiel Lateinamerikas belegen. Argentinien ist ein reich mit Rohstoffen ausgestattetes Land, das über Jahrzehnte eine sehr befriedigende Entwicklung genommen hat. Die schwierige Wirtschaftslage Argentiniens, verbunden mit einer Auslandsverschuldung in der Größenordnung von 50 bis 60 Milliarden Dollar, ist meines Erachtens ebenfalls die Konsequenz fehlender politischer Stabilität und nicht ausreichender Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Notwendigkeiten. Bei stabilen Rahmenbedingungen und attraktiven Investitionsmöglichkeiten würden nicht große Teile des argentinischen Kapitals in Form von Finanzanlagen in der industrialisierten Welt liegen.

Nun noch ein anderes Stichwort: In der politischen Diskussion wird meines Erachtens die Bedeutung der industriellen Entwicklung für die Entwicklungsländer überbetont. Eine sinnvolle Entwicklung auf dem Agrarsektor ist für die meisten Länder wichtiger als die forcierte industrielle Entwicklung. Wir müssen uns die Frage stellen, wie es kommt, daß ein Land wie Nigeria, das über Jahrzehnte in der Lage war, sich mit Nahrungsmitteln selbst zu versorgen, auf Importe

aus anderen Ländern angewiesen ist. Wir müssen uns Gedanken machen, was für die „weltlichen Länder und ihre gesellschaftlichen Strukturen Vorrang hat, und nicht die Entwicklung unserer Volkswirtschaften als vermeintliches Idealbild differenziert auf die Länder der Dritten Welt übertragen wollen. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Dritten Welt im Sinne einer gerechteren, leistungsfähigeren Weltwirtschaft erfordert meines Erachtens stabile politische Rahmenbedingungen und eine stärkere Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Ansätze in den Ländern der Dritten Welt.

Professor Dr. Wilhelm Hankel

Universität Frankfurt

Was verstehen wir unter Weltwirtschaftsordnung? Jedes Jahrhundert hat darunter etwas anderes verstanden. Aber letztlich ging es immer um etwas, was wir zwar einerseits bejahen, aber andererseits fürchten, und das ist die Internationalisierung des Geldes. Der bereits heute früh erwähnte David Ricardo war der erste „große ökonomische Theoretiker, der das Problem benannte: „Wenn Ihr das Geld international macht, aber wichtige Produktionsfaktoren wie Boden und menschliche Arbeitskraft national bleibt, dann wird sich eine Fülle von Problemen einfach daraus ergeben, daß die Verwertbarkeit der nationalen Produktionsfaktoren durch die Internationalisierung des Geldes gestört wird.“ Und tatsächlich haben wir seit dem 19. Jahrhundert in dieser Reihenfolge erst die landwirtschaftliche Frage, dann die soziale Frage, und schließlich die weltwirtschaftliche Frage zu lösen gehabt. Trotzdem hat noch keiner den Antrag gestellt, die Internationalisierung des Geldes abzuschaffen. Denn offenkundig bringt die Internationalisierung der Geld- und Kapitalströme den nationalen Volkswirtschaften nicht nur Schaden, sondern eine Fülle von Vorteilen: Von Produktivität bis zu Einkommen und Beschäftigung. Einer der merkwürdigsten Vorteile ist der, an den keiner denkt: Herr Tetzlaff sprach von 160 Währungen – in meinem Computer stehen noch 150 –, aber er hat natürlich recht, es sind 160 Währungen, die heute in der Weltwirtschaft anzutreffen sind. Aber schon 150 Währungen beim IWF akkreditiert bilden wieder viel Wechselkurse miteinander? Eine berühmte Examinationsfrage: Die Antwort

lautet: 11 1751 Infolgedessen geht es in diesem internationalen Konzert der Währungen auch heute im Computerzeitalter nicht an, mit 11 000 oder 12 000 Wechselkursen zu operieren, noch dazu solchen, die sich jeden Tag ändern. Man müßte als ein Telefonbuch jeden Tag neu drucken! Damit kann kein Mensch leben, auch mein geschätzter Vordere nicht, wie er mir sicher zugeben wird. Wir brauchen, um dieses Problem zu lösen, eine Vergleichswährung, eine Leitwährung. Wir hatten auch immer eine. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es der Dollar, früher war es das Pfund Sterling, davor der Holland-Gulden, davor die spanische Peseta.



Prof. Dr. Wilhelm Hankel

Wir hatten also immer eine Leitwährung, und wir hatten immer einen Wechsel in der Leitwährung. Es gibt offenbar ein Lebensgesetz in unserer Weltgeldwirtschaft, daß sie ihre Leitwährung irgendwann einmal verbraucht: Genauer gesagt, daß diese Leitwährungen sich selbst verbrauchen. Das wiederum hängt mit etwas zusammen, was ein bis heute ungelöstes Problem der Weltwährungs- und der Weltwirtschaftsordnung ist, nämlich mit der Versuchung, für jeden Herausgeber dieser Weltwährung kostenlose Anleihen bei anderen zu machen. Sein Geld wird höher bewertet, als es an sich wert ist, weil es ja internationale Abrechnungsvereinfachungsdienste leistet. Diesen Service hat sich bisher noch jeder Weltgeldemittent gut bezahlen lassen, in-

dem er Schulden machte. Einfach dadurch, indem er sein Geld anderen zwecks Geldanlage zur Verfügung stellte und auf diese Weise dafür sorgte, daß sein Geld in die Weltwirtschaft kam! Wie kann der Dollar überhaupt in die Weltwirtschaft kommen, wenn nicht durch die Schulden der USA? Das führt dann immer irgendwann zu dem berühmten Punkt, daß die Schulden der USA, die zunächst als Ausstattung der Weltwirtschaft mit Liquidität begeistert begrüßt werden (ich erinnere an Marshall-Plan und den Aufbau von Währungsreserven nicht nur bei der Deutschen Bundesbank), als zu groß empfunden werden. Und dann kommen die Weltökonom – ich meine da gar keinen besonderen –, revolutionär gegen die Weltüberflutung mit Dollars und schaffen diese vermeintlich dadurch ab, daß sie ihnen die feste Wechselkursbasis entziehen. Nur das Ergebnis sind dann Struktur- und Standortprobleme der heutigen Weltwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir haben das Thema „Neue Weltwährungsordnung“ eigentlich in jedem Jahrhundert unter einem anderen Aufhängerproblem neu diskutiert und nie gelöst. Im 19. Jahrhundert war es die Agrar- und Sozialfrage. Im 20. Jahrhundert betonen wir dann das Thema Dritte Welt, nur haben wir den Nord-Süd-Konflikt nicht gelöst; der schwellt weiter. Jetzt ist das Dollarproblem dazu gekommen. Das Dollarproblem, das sich jetzt als eines der Unberechenbarkeiten von Standorten und Investitionsskalkülen zeigt, und das natürlich Reaktionen hervorruft, die eigentlich menschlich, zumindest aber unternehmerisch verständlich sind. Wenn ich etwas nicht berechnen kann, dann gehe ich in die scheinbar sicherste Anlage, und das ist sehr oft nicht die langfristige Realinvestition, das ist die kurzfristige, spekulative Geldanlage. Das Merkwürdige ist nur, daß wir dies angeblich neue Verhalten von Unternehmen, meinestweilen auch Kapitalisten, seit zwei Jahrhunderten kennen, daß wir es seit gut 50 Jahren theoretisch durchleuchtet und erforscht haben: Denn es ist der Kernpunkt der keynesianischen Analyse, daß es immer wieder Probleme geben wird, mit dem Konjunkturzyklus, aber auch mit den Strukturen der Weltwirtschaft, wenn das Geld nicht nur als Recheneinheit und Zahlungsmittel benutzt wird, sondern als Geldvermögensanlage. Denn dann dient es nicht, um Investitionen zu tätigen, sondern um Spekulationen zu fi-

finanzieren. Es kann einmal Hortung sein, das kann ein andermal der Kauf von dollarhaltigen Bonds sein: Heute sind es Australien-Dollar, Neuseeland-Dollars, die eine noch höhere Rendite bringen als US-Dollar-Bonds, und es ist immer derselbe Vorgang, nämlich die Rückverwandlung von an sich vorhandene Investitionskapital in reines Geldkapital. Das aber bedeutet: Ausfall der Nachfrage, Beschäftigung und Einkommen, verbunden mit der Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse, weil sich mit der Währungs- und Wechselkurs-schwankung ja auch die Standortbedingungen verändern: So können wegen der Veränderung des DM/US-Dollar-Wechselkurses unter Umständen ganze Industrieregionen versterben, die im Norden liegen, einfach, weil sie bei dieser weltwirtschaftlichen Konstellation und unsicheren Kalkulationsgrundlagen aufhören, wettbewerbsfähig zu sein.

Im Kern, damit komme ich auf eine Frage zurück, die Frau Wlczorek heute früh stellte, ist das Weltwirtschaftsproblem ein Geldproblem, und zwar einfach deswegen, weil Geld der internationalste aller Faktoren ist, das internationalste Gut – internationaler als alle anderen – und deswegen die nationalen Kreisläufe stört, vor allem den nationalen Arbeitsmarkt.

Deswegen steht im Mittelpunkt einer neuen Weltwirtschaftsordnung eine neue Währungsordnung als ein Versuch, den internationalen Geldmarkt mit dem nationalen Arbeitsmarkt zu verschö-nen. Historisch gesehen haben wir ja schon drei Modelle erprobt. Wir hatten den Goldstandard, der kurz gegriffen hatte: Er führte – in den 30er Jahren – zu einer Deflationskrise und mußte aufgegeben werden. Wir hatten sodann die Bretton-Wood-Ordnung nach dem zweiten Weltkrieg, die sich als eine sehr unverlässliche Ordnung erwies und wegen der Dollar-Inflation und der Dollarverschuldung zusammenbrach. Wir hatten drittens den Versuch, der noch schlimmer in die Hose gegangen ist, nämlich den der Behandlung der Weltfinanzmärkte, wie ein Wochenmarkt mit freien Eier- und Kartoffelpreisen. Das Floren der Wechselkurse hat nicht nur die Kalkulationsbasis für das langfristige Investieren zerstört, sondern – viel schlimmer noch – den Startschuß abgegeben für eine Weltwirtschaft als Selbstbedienungsladen. Die Nichtregulierung der Finanzmärkte hat nämlich erstens dazu geführt, daß

nunmehr die reichen Industrieländer und ihre weitgehend exterritorialen Banken unter sich sind, zwecks dazu, daß für die armen, aber kreditungri-gen Entwicklungsländer eine Schulden-falle aufgebaut wurde. Beides wurde dadurch erreicht, daß man die internationalen Währungspolizisten aus dem Markt gezogen hat, die Notenbanken. Es gibt überhaupt keine Währungspolizei mehr. Infolge dessen werden auch die Verkehrszeichen, sofern nach welche vorhanden sind, ständig überfahren. Insofern ist der internationale Geldmarkt zur Spekulationsbörse schlechtlich geworden. Hier liegt, wenn überhaupt, der Ansatzpunkt für eine Neuordnung der Weltwirtschaft. Denn die beiden registrierten Probleme, die scheinbar Vorder- und Rückseite ein- und desselben darstellen, sind dennoch getrennt zu behandeln. Das Verschuldungsproblem der Dritten Welt ist überhaupt kein monetäres Problem: Es ist ein strukturelles und zwar da, wo man es am wenigsten vermutet, nämlich bei der Nicht-Monetarisierung der Dritten Welt. Wer immer mit den Ländern der Dritten Welt zu tun hatte, wer immer dort arbeitet, wird mit Stauen registrieren, daß es dort vieles gibt, nur eines nicht: keine leistungsfähigen Banken. Die Bankensysteme der Dritten Welt sind nicht nur hoffnungslos unterkapitalisiert: es gibt überhaupt nur Banken mit irgendwelchen Kapitalen in Hafenstädten: Es fehlt ein über das Land vernetztes Bankensystem. Weil das so ist, weil es dort keine Geld- und Kapitalmärkte gibt, hat sich die Dritte Welt unter unserer tätigen Mithilfe angewöhnt, die Kredite da zu nehmen, wo sie wachsen, nämlich bei uns. Hier hat sich ein unheilvoller Prozeß der wechselseitigen Verschuldung ergeben, das „superior banking“ der „off-shore-Märkte“, das durch keinerlei Regulierung mehr gehemmt wird, und das natürlich spielend in der unterentwickelten Systeme zu gewährleisten, aber nur um den Preis von deren finanzieller Abhängigkeit. Diese erreicht früher oder später den Punkt, an dem sie so groß geworden ist, daß sie schier unerträglich stört, für Verschuldete wie Gläubiger: Aus den Zahlen der Weltbank wissen wir, daß der Schulden- und Transferdienst dieser Länder, zumindest von 17 von ihnen, die die Weltbank untersucht hat, 5 bis 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes höher liegt als die gleichzeitige nationale Ersparnis. D. h., die nationale Ersparnis

wird im Falle dieser 17 Länder voll dafür gebraucht, um einen negativen Ressourcentransfer von Armen zu Reichen zu finanzieren, genauer: zu unseren Banken. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir erst einmal das Entwicklungsländerproblem für sich sehen. Wir müssen zu seinen finanziellen Grundlagen zurückgehen und hier eine Art Doppelstrategie anstreben, die da heißt: erst einmal die Schuldenhypothek abtragen. Aber, damit sie sich nicht wiederholt, gleichzeitig das tun, was wir 30 Jahre lang versäumt haben, nämlich finanzielle Infrastrukturen in der Dritten Welt aufbauen. Damit diese Länder aufhören bei uns den Kredit aufzunehmen, den sie sich selber schaffen (oder schöpfen können). Es ist ein Aberwitz, daß die Summen der Kreditaufnahmen, die soviel zitierte Billion und mehr, eine Zahl mit 12 Nullen, ja weit über dem Betrag liegt, den die Dritte Welt in derselben Zeit real in Gütermengen importiert hat. D. h., hier ist also weit über das real durch Importnotwendigkeiten vorgegebene Maß hinaus Kredit getankt worden! Und das Ergebnis? Ein Großteil dieser Kredite wurde erst einmal in nationale Geldzei-chen umgetauscht, was Inflation bedeutete. Und zweitens finanzierte der auf diese Weise erworbene Devisenüberschuß die Kapitalflucht. Was also der Dritten Welt vorgeworfen wird: Korruption und Kapitalflucht hätte gar nicht finanziert werden können, wenn die Dritte Welt nicht vorher die Dollars bei westlichen Banken aufgenommen hätte, die sich dann sogenannten Ellen zum Vorzugspreis zugezogen hat.

In Bezug auf die Dritte Welt heißt also neue Weltwirtschaftsordnung zunächst: Entschuldung als eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung. Zweitens aber geht es um ein langfristiges Programm zur Aufforsung der Geld- und Kreditwirtschaft dort. Denn für die Dritte Welt gilt dasselbe historische Gesetz, das auch unsere Entwicklung begleitet und ermöglicht hat: Unsere Banken sind älter als unsere Industrien. Weil das so war, hat es bei uns nie der Entwicklungshilfe bedurft, um unseren Kapitalismus zu entwickeln. Sein Kapital wurde von den eigenen Bankensystemen bereitgestellt, mit erheblichen sozialen Kosten – wir wissen das. Ich würde auch falsch verstanden werden, wenn ich sagte, die Dritte Welt braucht Privatbanken. Sie sollte sich gemeinnützige Sparkassen oder Genossenschaftsbanken zulegen – alles

mit der Funktion, die in dieser Dritten Welt vorhandenen Mittel im Land zu halten, in den Aufbauprozeß einzuschleusen und vor allem die lästige und überflüssige Kreditaufnahme, genannt Verschuldung, bei den Auslandsbanken zu stoppen.

Vom Schuldenproblem der Dritten Welt zu trennen ist das Dollarproblem. Das Dollarproblem und die Verschuldung der USA dagegen sind nicht zu trennen. Gäbe es nicht den Dollar als Welt- und Leitgeld, dann gäbe es auch nicht die Superverschuldung der USA. Daraus hat bereits vor über 40 Jahren der nach Ricardo kompetenteste Weltökonom – ich meine Keynes – den Schluß gezogen, es muß irgendwan einmal möglich sein, die Leitwährung von irgendeiner existierenden Großmacht abzulösen. Es muß möglich sein, daß nicht England, dann Amerika und morgen vielleicht Japan oder die Bundesrepublik den Emittenten des Weltgeldes spielt, sondern jene Institution, die auch beim nationalen Prozeß am Ende des „Free Banking“ steht, nämlich die Notenbank. Also eine Art Notenbank auf Weltenebene, eine Weltzentralbank, zu welcher der IWF auf- und ausgebaut hätte werden sollen.

Nun gut, wir wissen, er wurde es nicht. Stattdessen wurde die Hegemonie in Fonds dadurch verankert, daß die Leitwährung des Fonds der Dollar wurde und nicht der keynesianische „bunco“. Aber es waren nicht die schlechtesten sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, die den „bunco-Gedanken“ für Europa, die Weltwirtschaft und für die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums gerettet haben. Die Sonderziehungsrechte (SZR) sind Bestandteil des Stabilitäts- und Wachstums-gesetzes, ein Streich deutscher Rechtsordnung, weil durch ein Gesetz im deutschen Bundestag abgesegnet, und sie wären eigentlich das Geld, das den Dollar ablösen könnte.

Natürlich bin ich nicht so blauäugig, anzunehmen, daß die Amerikaner auf ihr Schulden-Machen-Privileg und vor allem auf ihr Privileg, diese Schulden selbst abwerten zu können, freiwillig verzichten werden. Bloß um die Idee Sonderziehungsrechte willen. Dennoch glaube ich, steht es erstens einer weltwirtschaftlichen Führungsanstalt wie der Bundesrepublik gut an, ihrer weltwirtschaftlichen, weltmonetären Verantwortung dadurch gerecht zu werden, daß sie das Thema Sonderziehungs-

rechte auf die Agenda setzt. Und dafür sorgt, daß es darauf bleibt. Zum anderen glaube ich, steht es einer Weltgesellschaft interessierten Partei wie der unseren gut an, das Wort Sonderziehungsrechte in ihr Programm aufzunehmen, denn es steht als Kürzel nicht nur für eine zum ersten Mal faire Geldordnung in der Weltwirtschaft, sondern für eine Weltordnung, in der nicht ein Land mit seiner Währung gleicher ist als alle anderen. In der die Weltgeldversorgung rational und nach den Bedürfnissen geplant und durchgeführt werden könnte – so wie es ja die Bundesbank für das Inland tut; und niemand hat der Bundesbank bisher vorgeworfen, daß sie die Geldversorgung der Bundesrepublik unter egoistischen, spekulativen Gesichtspunkten betreibt, sondern sie tut dies gebunden an ihr Statut.

Eine Weltzentralbank à la Keynes mit den Sonderziehungsrechten als abstraktem, staatenlosem und damit auch einem vor Wechselkurschwankungen und Spekulationsattacken sicheren Weltgeld, wäre der Nukleus der neuen Weltwährungsordnung, einer Ordnung, die weder an Überlegenheit der USA noch der Unterlegenheit der Dritten Welt leidet. Mit den Sonderziehungsrechten als Währungsreserve hätten wir zum ersten Mal die kühne Vision einer Währungsdemokratie verwirklicht, denn dann wären alle Länder und ihre Währungen vor diesem neuen Medium gleich. Keiner gleicher als gleich, keiner ungleicher als gleich. Eine solche Weltzentralbank, wenn wir sie nicht hätten, würde jedem künftigen Taumeln der Weltwirtschaft von Kollapsdrohung zu Kollapsdrohung vorbeugen. Es gäbe weder Krisen aus Liquiditätsüberflüssen – wie sie Bretton Woods zur Strecke brachten – noch aus Liquiditätsmangel wie heute oder in den 30er Jahren, die das Ende des Goldstandards herbeiführten. Es gäbe solches Geld, wie man brauchte, um die realen Welt-handelsumsätze zu finanzieren: Export, Import und Investitionen, und es wäre auch vor Spekulationen sicher.

Herr Telzoff hat mit Recht gesagt, daß die letzte und immer noch größte Ungerechtigkeit der heutigen Weltwährungsordnung darin bestünde, daß die Anpassung Sache des Schuldners ist, und daß der Gläubiger bei jeder Anpassung außen vor bleibt. Wir alle wissen, daß eine Weltwirtschaft so etwas wie ein Skatenspiel ist. Ein Nullsummenspiel,

in dem die Zahl der Guten und Miesen immer großgleich ist. Aber es stimmt nicht, daß die Miesen nur deswegen entstehen, weil die Miesen eine miese Politik machen. Miese können auch als Reflexproblem entstehen, weil die ohnehin Starken eine zu starke Politik machen: gegen die Schwachen. Eine Weltzentralbank, das ist ihr letzter Vorzug, würde auch dafür sorgen können, daß die Schwachen dieser Weltwirtschaft, die immer nur die Miesen machen, zu ihrem Recht kämen: durch Auflagen für die Starken, indem z. B. Strafzinsen für zu weit getriebene exzessive Überschüsse vereinbart würden. Ein kühner Gedanke, denn daß Schuldner Strafzinsen bezahlen, ist bekannt, daß Gläubiger Strafzinsen bezahlen, das hätten sie nicht so gerne. Aber gerade das würde sie zwingen, eine an der Weltwirtschaft und ihrem Gleichgewicht orientierte Politik zu betreiben und keine, die sich am Eigenzucht oder der eigenen Schuldenmaximierung orientiert.

Die Marktwirtschaft, das ist unser Selbstverständnis, soll zuhause sozial sein. Dazu aber gehört, daß die zuhause soziale Marktwirtschaft auch auf Weltenebene sozial sein muß. Deswegen plädiere ich sehr nachdrücklich für die Neuordnung der Weltwährungsordnung, weil erst sie die soziale Marktwirtschaft komplett macht, im Rahmen einer wirklichen Globalsteuerung und nicht nur einer falsch verstandenen Nationalsteuerung unserer eigenen Volkswirtschaft.

Winfried Pöte

Kommission für Internationale Beziehungen beim Vorstand der SPD

Ich möchte gerne noch einmal auf den Ausgangspunkt unserer Veranstaltung zurückkommen, nämlich ein politisches Programm für die Partei in zukünftigen Jahren zu gestalten. Trotz der meiner Meinung nach interessanten und für mich als Ökonomen auch durchaus anregungsreichen Diskussionsbeiträge vermisse ich diese politische Dimension bisher in der Diskussion.

Wir versuchen mit einer Analyse technokratischer Wege die machtpolitischen Strukturen und den weltwirtschaftlichen Kontext in den Griff zu bekommen. Haben jedoch bisher nicht vermocht, die Ursachen näher zu analysieren, warum denn die sogenannte Neue Weltwirtschafts- und Sozialordnung bisher nicht

einmal in geringen Ansätzen verwirklicht worden ist. Herr Tetzlaff hat nach einmal den ganzen Katalog der ursprünglichen Forderungen dieser Neuen Weltwirtschafts- und Sozialordnung aufgezeigt, aber ich vermisse gerade bei der Wissenschaft einen Hinweis für den politischen Raum, wie man nach den ganzen Enttäuschungen der vergangenen 10, 15 Jahre jetzt vielleicht trotzdem neue Wege beschreiben kann, um diese Forderungen stärker umzusetzen.

Die hier z. B. diskutierte Erkenntnis, daß der internationale Währungsfonds und die Weltbank nicht eine vorrangig an den Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern ausgerichtete Politik betreiben, ist ja nicht neu. Diese Erkenntnis hatten wir schon unter einer sozialliberalen Bundesregierung gewonnen, denn schon damals hatte vor allem der Internationale Währungsfonds die gleiche Politik betrieben. Auch damals hat die Bundesregierung in starkem Maße weiterhin die Eliten in den Entwicklungsändern unterstützt. Warum wurden Kredite an Chile, Zaire, an das damals noch diktorisch regierte Nicaragua usw. vergeben? Ist es so, daß das internationale Kapital eine solche eigene Dynamik entwickeln kann, daß alle Gegenkräfte überrollt werden und daß sich im Vorfeld progressive politische Strukturen erst gar nicht bilden können – oder woran liegt es? Hierzu erwarte ich auch Antworten von den Politischen Wissenschaften im Sinne einer Politikberatung.

Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß selbst innerhalb der eigenen Partei die Frage der Nord-Süd-Politik wirklich nur eine marginale Frage ist. Sie wird kaum in den Kommunen diskutiert, und auf Landesebene – das wäre derzeit noch die einzige Basis für die SPC, wo sie einmal die Umsetzung zeigen könnte – vermissen wir, bis auf das Land Bremen, eine wirklich engagierte Entwicklungspolitik. Ich frage mich daher, wie wir denn ein solches Zukunftsprogramm überzeugend gestalten wollen, wenn jetzt noch nicht einmal in Ansätzen die spätere Umsetzung erkennbar ist.

Alfons Ims

Ich kann an das anknüpfen, was mein Vordrner, Winfried Polte, eben gesagt hat: Das Bewußtsein für die Nord-Süd-Problematik ist in der SPD nicht vorhanden; und ich würde Detlev Albers wi-

dersprechen, wenn er sagt, die SPD spüre eine Ungeduld beim Nord-Süd-Thema. Ich komme aus dem SPD-Unterbezirk Bergstraße, Süd-Hessen, und da fühlt sich niemand ungeduldig bei diesem Thema.

Zwei Punkte möchte ich in die Diskussion einbringen; der eine etwas länger, der andere etwas kürzer.

Es wurde heute morgen schon gesagt, es fehlt im Irseer Entwurf an klaren Aussagen. Ich möchte dies ergänzen und erweitern: es fehlt nicht nur an klaren Aussagen, es fehlen im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm die Visionen; Visionen, von denen man träumen kann. So fehlt es auch an Aspekten einer Vision, wie die Weltwirtschaft gestaltet werden soll. Die Neugestaltung der Weltwirtschaft, das war das letzte Wort von Herrn Hankel, müßte damit beginnen, daß es nicht heißt: Für eine gerechtere leistungsfähigere Weltwirtschaftsordnung, sondern „Für eine gerechte leistungsfähige Weltwirtschafts- und Sozialordnung“. Die Forderung müßte lauten: „Wir wollen weltweit eine soziale Marktwirtschaft“. Ich gehe, im Sinne der eingeforderten Vision, noch etwas weiter: Wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit weltweit, das heißt, wir wollen letztendlich einen Wohlfahrtsstaat auf Weltenebene. Das wäre eine Vision, die man durchdenken und auch benennen könnte. Das neue Grundsatzprogramm wäre dann auch richtungweisend in die Zukunft.

Rainer Tetzlaff hat sein Statement damit begonnen, daß er den Irseer Entwurf zitierte, wo es heißt: „Eine Wahl zwischen Eigeninteressen und Solidarität gibt es nicht.“ Im Entwurf wird diese Aussage damit begründet, daß unterentwicklung letztendlich eine Kriegssache ist, das heißt, daß Armut und Elend letztendlich zu Krieg führen und Nord-Süd-Politik eigentlich Friedenspolitik ist. Doch wenn Nord-Süd-Politik Friedenspolitik ist, dann frage ich mich immer, wieso der Frieden gegenüber dem Osten eine andere Qualität haben soll oder hat, als der Frieden gegenüber dem Süden. Und wenn, immer im Hinblick auf die Vision einer auf weltweiter Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Nord-Süd-Politik, im Programm von einer Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion die Rede ist, dann müßte eigentlich auch von einer Sicherheitspartnerschaft gegenüber dem Süden die Rede sein. Wenn wei-

lerhin der Frieden gegenüber dem Osten über eine militärische Abrüstung erreicht wird, dann erreicht man eine Sicherheitspartnerschaft, eine Friedenspolitik gegenüber bzw. mit dem Süden über eine wirtschaftliche Abrüstung. Eine solche wirtschaftliche Abrüstung würde weiterhin beinhalten, daß beispielsweise die Höchst-AG nicht mehr Pestizide in die Dritte Welt exportieren darf, die bei uns in der Anwendung verboten sind. Und wirtschaftliche Abrüstung würde beinhalten, daß der Weltwährungsfonds auch den Überschuldungen Auflagen macht, zum Beispiel Strafvorsatz für Handelsbilanzüberschüsse, Struktur Anpassungsprogramme bei überzogenen Rüstungsausgaben und Verhinderung einer Wucherzinspolitik (in vornehmen Kreisen als Hochzinspolitik bezeichnet). Ingoomar Hauchler hat heute morgen von der notwendigen Europäisierung gesprochen – so gut dieser Gedanke ist, sehe ich doch die Gefahr, daß eine Europäisierung letztendlich nur zu einer neuen Hegemonialmacht führt. Ich finde auch in Irseer Entwurf keinen Gedanken, keine Idee, wie verhindert werden kann, daß der ECU als Leitwährung für die Dritte Welt nicht zu einer neuen Leidwährung wird. Herr Hankel hat, wie ich ihn verstanden habe, darauf hingewiesen, daß eine Leitwährung für die anderen Länder immer zur Leidwährung wird. Dies soll und muß verhindert werden. Dies zu der Vision eines Wohlfahrtsstaats auf Weltenebene.

Die zweite Bemerkung, etwas kürzer gefaßt: Ich frage mich, ob die Verfasser des Irseer Entwurfs die Apartheid als ein konjunkturelles Problem ansehen, das innerhalb von 3 – 5 Jahren beseitigt sein wird und auf das ein Programm, das auf 20 – 30 Jahre angelegt ist, keinen Gedanken verwenden muß. Ich frage mich, wieso Apartheid im Irseer Entwurf nicht erwähnt ist. Apartheid kann man nicht reformieren – Apartheid muß man abschaffen. Freiheit und Gerechtigkeit weltweit, das heißt, Freiheit und Gerechtigkeit auch in Südafrika.

Die Europäische Gemeinschaft und die internationalen Institutionen

Heinke Salisch
Europaparlament

Unter dem Eindruck der Diskussion von heute morgen warne ich zunächst einmal vor der Fehleinschätzung, die Europäische Gemeinschaft als Beispiel für Regionalisierung unter anderen anzusehen. Diese Europäische Gemeinschaft ist dabei, den Zustand einer Verrechnungsstelle für nationale Ansprüche zu überwinden und deswegen denke ich, muß sie auch im Rahmen unserer Programmdiskussion eine besondere Qualität einnehmen. Die EG steht heute für die historische Veränderung vom Nationalstaat zu einer vertraglich abgestrichenen gemeinschaftlich handelnden größeren Einheit. Insofern kann ich auch nicht Hankel folgen, wenn er sagt, wir haben nationale Spielräume, das verstärken wir dann in der EG und dann wird das um so besser laufen. Diese Theorie würde ich nicht akzeptieren wollen. Die EG ist qualitativ etwas anderes. Sie ist zumindest dabei, etwas anderes zu werden. Sie gewinnt Zug um Zug eine andere Handlungskapazität und so hoffen wir alle, auch eine größere Handlungskompetenz als die von regionaler Wirtschaftskooperation. Also wie gesagt, es ist in meinen Augen ein tiefes Mißverständnis, es ist im übrigen auch ein erneuter Beweis für die Wahrnehmungsdefizite auch in dieser Programmdiskussion, wenn die notwendige Unterscheidung zwischen der üblichen Problematik der Regionalisierung und der Europäischen Gemeinschaft nicht deutlich wird. Wenn man heute über die Europäische Gemeinschaft jetzt spricht, muß der Binnenmarkt 1992 im Vordergrund stehen. Geradezu lustvoll wird derzeit ein Bericht zitiert, nämlich der „Ceccini-Bericht“, der uns deutlich macht, wie hoch die Kosten eines Nichteuropas sind und was eben auch die Impulse sind, die aus einem echten Binnenmarkt erwachsen könnten. 200 Milliarden ECU, mehr als 400 Milliar-

den Mark, das entspricht 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Gemeinschaft. Diese werden derzeit verplempert. Das sind ja immerhin



Heinke Salisch

schon beträchtliche Summen, verplempert für Bürokratieaufwand, weil dieser Binnenmarkt, weil die Freizügigkeit nicht hergestellt ist. Das stünde also, wenn man einmal voraussetzt, daß die Ceccini-Berechnungen richtig sind, nach Vollendung des Binnenmarktes nach 1992 zur Verfügung. Angesichts eines solchen Volumens kann einen schon die Lust überkommen, das wäre eine gute Alternative zu unserer internen Diskussion über Gewinn- oder Lohnabstrenzung. Wir hätten damit Masse, die wir ansatzweise sehr suchen. So eine Art Europa-Lottogewinn. Aber die Frage bleibt, wie verwerte ich diese Summen, die da zur Verfügung stehen. Der griffige Begriff heute morgen vom Casino-Kapitalismus, den kann man auch hier aufgreifen, wenn wir das Geld hätten, es aber

nicht so anlegen, daß daraus auch Beschäftigung erwächst, vernünftiges Wachstum erwächst. Das wird meines Erachtens eine ganz entscheidende Frage für die zukünftige europäische Integration werden. Werden wir es schaffen, Instrumente zu entwickeln, zum Einsatz des Geldes. Und eine zweite Frage: Werden wir a) Instrumente finden, die in der Europäischen Gemeinschaft zu genügend Verteilungsgerechtigkeit führen und b) Instrumente, die zur Moderation nach außen führen? Denn das ist ja eine häufig gerade in der Linken gehörte Kritik, daß die Europäische Gemeinschaft so eine Art Europa-zentrismus so artikuliert, daß man nach außen sich abschottet, daß man sozusagen zu einer neuen Imperialmacht auf ökonomischen Pfaden wird. Das genau eigentlich darf nicht – aus dem Verständnis der Linken heraus nicht – geschehen. Also ist dieser Aspekt ebenso wichtig: Ist diese Gemeinschaft imstande, nach außen hin ausgleichend, interessen ausgleichend zu wirken? Heute, würde ich sagen, verfügt die EG über solche Instrumente erst ansatzweise. Und der tatsächliche Gestaltungsraum, das sollen wir uns unterscheidenweise auch wieder klarmachen, der tatsächliche Gestaltungsraum der nichtkonservativen Kräfte in Europa ist nicht besonders groß. Ich sage auch erneut, auch der programmatistische Gestaltungswillen der Linken ist nicht besonders groß, was Europa angeht. Ich würde eher sagen, er ist bis auf wenige Ausnahmen inexistent.

Die Stichworte zu Europa: An erster Stelle geht es um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Das könnte der Schlüssel sein, das könnte der Ansatz sein, zunächst einmal nach ohne institutionelle Zwänge eine Wirtschaftspolitik in Europa hinzukriegen, die Wachstum und Beschäftigung verfolgt. Bisher hat dieses Modell – da wird mir Matthias Hinterscheid zustimmen – nicht funktioniert. Der Beleg dafür sind 16 Millionen Arbeitslose, 44 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, 13 Millionen Menschen, die permanent von Sozialhilfe leben. Das ist keine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Das liegt daran, daß das Prinzip der koordinierten Wirtschaftspolitik nicht zum Tragen gekommen ist. Im Gegenteil, die einzelnen Mitgliedsstaaten, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, haben alles getan, um ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen und haben das große Ganze unbeeachtet gelassen. In-

sofern kann ich die Skepsis verstehen, die aufkommt, wenn über die Möglichkeiten des Binnenmarktes gesprochen wird. Ich sehe dennoch bei einer institutionellen Verankerung dieser koordinierten Wirtschaftspolitik, zu der Binnenmarkt letztendlich zwingt, die Chance zu einem auf den Erfolg der Gemeinschaft gerichteten Wirtschaftlichen.

Das zweite Stichwort, das erwähnt werden muß, ist der europäische Sozialraum. In seinem Fehlen sehe ich eine der größten Gefahren für die zukünftige Integration der Europäischen Gemeinschaft. Das von der Kommission vorgelegte Weißbuch zur Verwirklichung des Binnenmarktes enthält keinerlei Ansatz für die Verankerung des Prinzips sozialer Rechtsstaatlichkeit in der EG. Die Lust auf das schnelle Geld, auf die schnelle Mark in Europa ist zugleich größer als die Verpflichtung zu sozialer Rechtsstaatlichkeit. Da sehe ich für uns auch den größten Handlungsbedarf. Wir müssen in der Europäischen Gemeinschaft Mindeststandards für sozialen Schutz, aber im übrigen auch für den Umweltbereich durchsetzen. Diese Mindeststandards sind nicht zugleich Maximalstandards. D. h. Mitgliedstaaten können ihre Schutzstandards sehr wohl auf höherem Niveau aufrechterhalten. Das wird bei uns unzulässigerweise immer in Schräglage diskutiert. Ein weiteres Beispiel für die Wichtigkeit einer auch legislativen Verankerung sozialer Rechtsstaatlichkeit ist die Mißbestimmung etc. Wir dürfen es nicht zulassen, daß in der Europäischen Gemeinschaft ein Gesellschaftsrecht entwickelt wird, welches Prinzipien, wie etwa unsere Mißbestimmung außer Kraft setzt. Das ist nachbar. Nur es muß der politische Wille vorhanden sein. Es muß gewollt werden. Dann ist es durchsetzbar.

Drittes Stichwort: Europäisches Währungssystem, Reservewährung, Europäische Zentralbank. Es ist einfach unvorstellbar, eine Europäische Gemeinschaft entwickeln zu wollen, ohne daß man auch über währungspolitische Instrumente verfügt.

Vierter Punkt: Außenwirtschaftliche Handlungsmöglichkeiten, die Möglichkeiten, die wir als EG haben, Kooperationsabkommen abzuschließen, Handelsabkommen, Lomé sei einmal als Stichwort hier erwähnt. Ich denke auch, daß, was eben diskutiert wurde im Zusammenhang mit dem internationalen Währungsfonds und mit der Weltbank,

sich leichter durchsetzen ließe, wenn es im geschützteren Rahmen EG stattfinden könnte, weil von vornherein eine sehr viel solidere Handlungsbasis existiert, als sie es nationalstaatlich wäre.

Nehmen wir die Frage der Entscheidung. Ich kann mir vorstellen, daß ein Nationalstaat auch innerhalb der EG derzeit nicht bereit ist, einen Schuldenerlaß großen Ausmaßes vorzunehmen. Im größeren Verbund schien mir dies eher angebar zu sein. Im übrigen stimmt mich das, was die ganze Problematik der Staatsschulden angeht, dem zu, was von Hinkel gesagt worden ist. Wir könnten z. B. als einen ersten konkreten Schritt eine europäische Schuldenagentur ins Leben rufen, um von dort aus als ersten Schritt ein Schuldenmanagement zu treiben, das andere Handlungsspielräume für die Länder der Dritten Welt schaffen kann.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Europäische Gemeinschaft als Störfaktor. Ein Beispiel ist die Agrarwirtschaft. Wir behindern mit unserer Überschußproduktion und dem Export an überflüssigen Agrarprodukten die solide Entwicklung eigener Agrarstrukturen in den Entwicklungsländern und wir behindern den Export von Agrargütern der Dritten Welt, die wir zu diesen Konditionen gar nicht herstellen können. Hier haben wir vor unserer eigenen Tür zu kehren. Im Stahlbereich ist es nicht sehr viel anders. Hier wird dramatisch deutlich, was es bedeutet für die Arbeitsplätze hier und was es für die konkret Betroffenen in einer bestimmten Region bedeutet, wenn wir wirklich einmal ernst machen wollen mit einer neuen Arbeitsteilung. Anzusprechen in diesem Zusammenhang ist die ganze Frage eines Exportprotektionismus, den wir mit Sicherheit nicht haben wollen. Wenn wir ihn aber nicht haben wollen, müssen wir die institutionellen Voraussetzungen schaffen, die ihn verhindern können. Eine Bemerkung noch zu der demokratischen Wirklichkeit in Europa. Es ist ein bedauerndes Defizit, daß wir in Europa demokratische Kontrollmöglichkeiten nur in Ausschnitten haben. Frau Wiczorek-Zeul hat heute morgen sehr deutlich gemacht, bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, wie sich solche Entwicklungen demokratischer Kontrolle entziehen. Im Nationalparlament werden sie nicht mehr hinreichend behandelt und auf der anderen Seite haben wir auf der Ebene des Europäischen Parlaments noch nicht

genügend gesetzgeberische Kompetenz. Auch wenn ihr Einfluß ausüben können, die Frage, wie gestaltet sich eine demokratische Kontrolle auf europäischer Ebene, ist eine sehr wesentliche für die Zukunft und sollte nicht verstanden werden als Lobbyismus einer Europaabgeordneten. Das hat sehr viel damit zu tun, nach welchen Prinzipien wir in einer solchen Gemeinschaft leben wollen.

Vielleicht darf ich provokativ an dieser Stelle – dann bin ich auch schon am Ende – sagen, wenn wir davon sprechen, daß wir demokratische Kontrolle in Europa brauchen, dann stellt es es uns selber, an uns Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa natürlich auch die Frage: Wie haltet ihr das eigentlich in eurer eigenen Organisation? Es stellt sich uns die Frage, wie macht ihr euch eigentlich fit, um diese ganz programmatischen Diskussionen auch zu steuern, und dann später auch entsprechende Entscheidungen treffen zu können. Mit anderen Worten, wir können uns nicht mehr erlauben, nur noch nationale Programme zu schreiben. Ich will nun nicht dafür plädieren, daß wir die Arbeit am Programmwurf jetzt entgegenhalten. Wir müssen es nur im Hinterkopf behalten, daß auch wir selber in unserer eigenen Logik handeln müssen und wir auch in Europa Programmstrukturen und Entscheidungsstrukturen schaffen müssen, die uns in die Lage versetzen, an uns selber einmal zu testen, was wir anderen empfehlen. Ich plädiere für eine durchgreifende Europäisierung unserer Politik.

Manfred Wegner Ifo-Institut

Im Gegensatz zu Frankreich und anderen Ländern ist der „Europäische Binnenmarkt 1992“ in der Bundesrepublik erst vor einiger Zeit zum ernsthaften Diskussionsthema geworden. Die Verwirklichung des Binnenmarktes wird große Vorteile, aber auch schwierige Anpassungszwänge mit sich bringen. Der einheitliche Markt soll durch eine umfassende Liberalisierungs- und Deregulierungsaktion entstehen, aber gleichzeitig wird die Schaffung des Binnenmarktes wie ein Katalysator für viele andere Bereiche der europäischen Integrationspolitik wirken.

Mein Plädoyer zugunsten der Verwirklichung des Binnenmarktes basiert auf den Argumenten und Ergebnissen des

„Ceccini-Berichts“, an dem ich mitgearbeitet habe. Der Ceccini-Bericht hat den ehrgeizigen Versuch unternommen, die Konsequenzen eines solchen Unternehmens vorzulegen. Bis Ende 1992 soll ein einheitlicher Markt ohne Grenzen für 320 Millionen Verbraucher und einem Sozialprodukt von 5000 Mrd. ECU entstehen. Damit wird die Europäische Gemeinschaft mit jetzt 12 Mitgliedern wirtschaftlich größer als Japan und größer sogar als die USA sein. Das neue Europa darf sich aber nicht an großen Zahlen berauschen. Große ist keine Garantie für ein Mehr an wirtschaftlicher Wohlfahrt, wie das Beispiel der Sowjetunion und der Schweiz zeigt.

Das Ziel, einen großen Markt für den ungehinderten Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zu schaffen, war bereits im Vertrag von Rom (1958) enthalten und sollte am Ende der zwölfjährigen Übergangszeit verwirklicht sein. Diesem Ziel stand die Ausweitung des Integrationsprozesses entgegen, als die Partnerländer auf die exogenen Schocks und Turbulenzen der 70er Jahre mit unterschiedlicher Wirtschaftspolitik reagierten.

Der Plan „Binnenmarkt 1992“ ist trotzdem kein alter Wein in neuen Schläuchen, sondern ein neuer Ansatz, um die Dynamik des Integrationsprozesses erneut in Gang zu bringen. Er ist auch mehr als die Liste der 300 Entscheidungen auf der EG-Ebene, die im Weißbuch der EG-Kommission (1985) enthalten sind und mit denen bis Ende 1992 alle noch bestehenden physischen, technischen und steuerlichen Hemmnisse für einen Markt ohne Grenzen beseitigt werden sollen. Das neue Integrationskonzept beruht einmal auf der gegenseitigen Anerkennung nationaler technischer Vorschriften und Regelungen, mit der die langwierigen Harmonisierungsbestrebungen der früheren Jahre ersetzt werden, und zum anderen auf die Wiedereröffnung von (qualifizierten) Mehrheitsentscheidungen durch die Einheitliche Europäische Akte (1986).

Mit der neuen Integrationsstrategie, die größere Effizienz bei den Grundratsentscheidungen und weniger Bürokratisierung anstrebt, soll eine neue Dynamik im Zusammenwachsen von Märkten und in der Annäherung der nationalen Wirtschaftspolitik zustande kommen und sollen nicht zuletzt neue Wachstumspotentiale entstehen. Dem Ceccini-Bericht zufolge werden die Kostener-

sparnisse und Effizienzgewinne – je nach der begleitenden Wirtschaftspolitik – auf 4 bis 7 Prozent der BIP befallen, das ist in den nächsten 5 bis 10 Jahren zusätzlich ein Prozentpunkt jährlich mehr an Sozialproduktwachstum. Der Binnenmarktplan enthält mehrere Bereiche, die alle mehr oder weniger Grundbedingungen für das Entstehen von Wachstumseffekten sind und sich gegenseitig verstärken: die Beseitigung der Grenzkontrollen und -formalitäten, die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und technischer Schranken (wie nationale Normen und Prüfungen), die Öffnung des staatlichen Auftragswesens, die Liberalisierung der

im verbundenen Anpassungszwänge werden auf einigen bisher geschützten Bereichen schmerzhaft sein. Die Schaffung des Binnenmarktes muß daher mit einer Reihe von begleitenden Maßnahmen verbunden sein. Wie umfassend die Folgepolitik sein muß, geht aus einem Expertenbericht hervor, der unter den Namen „Padoa-Schioppa-Bericht“ (1987) von der EG-Kommission veröffentlicht wurde und unter dem Titel „Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit“ die Konsequenzen des Binnenmarktplanes aufzeigt. Mit der Schaffung des Binnenmarktes und der Öffnung von Dienstleistungs- und Kapitalmärkten werden auch auf ganz anderen Gebieten der Integrationspolitik Fortschritte möglich oder sogar erzwungen werden. Auf der Hand liegen Anstrengungen für eine gemeinsame Technologie- und Forschungspolitik und sicherlich auch Fortschritte beim Ausbau des Europäischen Währungssystems (1979), nämlich die Sicherung möglichst stabiler Wechselkurse in einem einheitlichen Markt, die wiederum eine Annäherung der Wirtschaftspolitik notwendig macht.

Die Folgen des Binnenmarktes und der fortschreitenden monetären Integration werden sich auch auf die Politik und den Ausbau von Kompetenzen für das Europäische Parlament erstrecken. Der Europäische Binnenmarkt ist Teil des Weges zur Europäischen Union. Es braucht den Mut der Unternehmer, die Voraussicht und Glaubwürdigkeit der Politiker und die Überzeugung der Bürger, um ein geeintes Europa zu schaffen.



Manfred Wegner

Dienstleistungen und des Kapitalverkehrs und die Angleichung der Steuersysteme (vorerst der Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuersätze) als Vorbedingung zur Abschaffung der Grenzkontrollen. Auf allen Gebieten werden Widerstände auftreten, nicht zuletzt bei der Beseitigung der Steuerergänzen, wo die Furcht vor Souveränitätsverlusten vermutlich am stärksten ist. Andere Streitpunkte werden entstehen bei der Frage, wie die hohen deutschen Standards und Sicherheitsvorschriften (die oft gar nicht so strikt sind) verteidigt werden sollen oder wie groß die Offenheit des Binnenmarktes noch außen sein soll.

Die Durchsetzung des Binnenmarktes ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die mit

Dr. Peter Mitzscherling MdB

In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind heute 17 Millionen Menschen ohne Arbeit. Gleichzeitig besteht innerhalb dieses Wirtschaftsraumes ein starkes Leistungs- und Wohlstandgefälle. Die Aufgabe einer gemeinschaftlichen Politik müßte somit darin liegen, durch vereinte Anstrengungen Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unterschiede abzubauen. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur aus der Sicht der einzelnen Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft selbst. Eine baldige Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der EG wird auch von denen erwartet, die draußen leben und ihre Hoffnungen auf Europa richten.

Schon seit einigen Jahren sind Weltwirtschaft und Welthandel durch große Ungleichgewichte belastet. Sie müssen beseitigt werden. Deshalb wächst der internationale Druck auf die Bundesrepublik Deutschland, als die wirtschaftlich stärkste Macht Europas und als eines der beiden großen Überschuldländer ihre Wachstumsanstrengungen zu verstärken und mehr für den Abbau der weltweiten Handelsungleichgewichte zu tun. Die Weltwirtschaft muß wieder auf einen Wachstumspfad einschwenken, der es auch den Ländern der Dritten Welt ermöglicht, stärker daran zu partizipieren.

Die wirtschaftliche Dominanz der Bundesrepublik bestimmt zunehmend das wirtschaftliche Geschehen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die politische Autonomie der anderen europäischen Mitgliedstaaten wird immer mehr durch die deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, d. h. auch durch die Deutsche Bundesbank, beeinträchtigt. Die politischen Konsequenzen hieraus müssen irritieren – immer häufiger wird die deutsche Politik als Hemmschuh für mehr Wachstum in Europa kritisiert, wird von wachsender wirtschaftlicher Asymmetrie gesprochen, wird die Gemeinschaft einer DM-Zone gleichgesetzt.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß die Angleichung der Strukturen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft von einem wohlhabenden, ja reichen Land größere Beiträge erfordert. Daraus erwachsen einem solchen Land, wie wir es sind, Verpflichtungen. Diesen Verpflichtungen, so meinen wir Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag jedenfalls, wird unsere Politik nicht gerecht. In Europa vorhandene Wachstumsspielräume bleiben deshalb ungenutzt, weil unser wirtschaftliches Wachstum zu schwach ist. Durch eine andere, expansive deutsche Politik könnte u. E. das Wirtschaftswachstum in Europa positiv beeinflusst werden. Denn damit würden die Handlungsspielräume für die anderen Mitgliedsländer vergrößert.

Auch wir Sozialdemokraten fordern deshalb seit längerem eine kooperative Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, vor allem, um die europaweite Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Doch was bedeutet das? Es bedeutet vor allem eine stärkere Koordination, Kooperation und An-

näherung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer. Und es bedeutet letztlich weitere nationale Souveränitätsverzichte!

Es wird heute viel über Europa geredet. Alle wollen den großen gemeinsamen Binnenmarkt. Aber wenn es dann an das Eingemachte geht und der Einzelne erklären soll, was denn er an solchen Verzichten zu leisten bereit ist, dann wird die Luft schnell sehr dünn. Dabei müssen wir uns im klaren darüber sein, daß eines schon erreicht ist, nämlich ein deutlicher Souveränitätsverlust der nationalen Parlamente. Wenn ich daran denke, in welch starkem Maße heute Entscheidungen schon außerhalb des



Dr. Peter Mitscherling

deutschen Bundestages getroffen werden, die uns und unsere Wirtschaft unmittelbar betreffen, dann kann ich daraus nur die eine Schlußfolgerung ziehen: Es ist höchste Zeit, den parlamentarischen Einfluß auf europäischer Ebene zu stärken und die Rechte des Europäischen Parlaments auszuweiten, um eine demokratische Kontrolle in einem sich wirtschaftlich integrierenden Europa auch tatsächlich zu ermöglichen.

Wir sollten uns einer weiteren Gefahr bewußt sein – daß diese Entwicklung zum gemeinsamen Binnenmarkt ohne Grenzen begleitet sein kann von dem wachsenden Wunsch einer Abschottung nach außen. Das Motto lautet: Laßt es uns gutgehen, wir wollen miteinander den Prozeß des Wachstums

und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorantreiben, dabei kann uns so ein bißchen Protektionismus eigentlich nur helfen und uns stabilisieren. Hier müssen wir aufpassen, nicht nur, weil wir Wohlstandsverluste zu befürchten hätten, sondern weil die Bundesrepublik als exportstarkes Land – wie ich meine – auch Verpflichtungen im internationalen Rahmen zu übernehmen hat und hier im besonderen Maße gefordert ist.

Das fängt beim noch immer bestehenden europäischen Agrarprotektionismus an. Zwischen ihm und der Exportfähigkeit der Länder der Dritten Welt bestehen unmittelbare Bezüge. Wenn wir keine rasche Lösung dieser Probleme bekommen, dann werden die Störungen eines freien Handels mit Agrarerzeugnissen unvermeidlich auf den Außenhandel mit gewerblichen Erzeugnissen überschwapen. Eine neue Gatt-Runde würde dann kaum zustande kommen. Das heißt, daß unter einem durch wachsenden Protektionismus belasteten Welthandel letztlich alle Länder zu leiden haben.

Ich möchte schließlich noch darauf hinweisen, daß wir hier eigentlich eine zu verengte Diskussion führen. Wir sprechen über Europa und klammern den europäischen Raum völlig aus, der jenseits unserer Grenzen im Osten liegt. Dabei konstatieren wir durchaus mit größtem Interesse, daß die Wirtschaften der meisten RGW-Länder einem mehr oder weniger starken Umgestaltungsprozeß unterworfen werden und dort offensichtlich eine stärker marktwirtschaftlich ausgerichtete Umformung des gesamten Wirtschaftssystems angestrebt wird. Dieser Prozeß erscheint nicht zuletzt deshalb atemberaubend, weil der erhoffte Erfolg ein mit der bisherigen Gesellschaftsauffassung und der geschichtlichen Tradition z. T. brechenches ökonomisches Denken in diesen Ländern voraussetzt.

Wir verfolgen diese Entwicklung mit Sympathie. Denn diese Länder sind in einem so hohen Maße in ihrer technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben, daß der Stabilisierung des Friedens in Europa, den wir wollen, sicherlich nicht dient. Mit anderen Worten, wenn wir heute von Europa sprechen, dann, bitte schön, sollten wir auch an die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossenen europäischen Länder denken. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß gerade jetzt das Rahmenabkommen unmit-

telbar vor der Unterzeichnung steht, das die künftigen Beziehungen zwischen dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Gemeinschaft regelt.

Mit anderen Worten: Nicht nur viele Länder der Dritten Welt hoffen auf Hilfe und Unterstützung durch uns und die EG, sondern auch die z. T. hochverschuldeten Länder Osteuropas und Jugoslawien. Denn alle diese Länder stehen unter dem Druck hoher Auslandsschulden vor der Notwendigkeit, überwiegende Teile der Exporterlöse zur Bedienung des Schuldendienstes einzusetzen und gleichzeitig den strukturellen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu forcieren. Daran wird deutlich, daß die Europäische Gemeinschaft auch hier vor großen Aufgaben steht. Man schaut auf uns, dort in Osteuropa. Man fühlt sich zu Europa gehörig und will nicht ausgeklammert sein. Angst breitet sich aus, daß der neue westeuropäische Binnenmarkt sich künftig nach außen abschließen könnte. Dies würde sich für die osteuropäischen Länder verheerend auswirken, denn sie müssen und wollen weiter nach Westeuropa exportieren – auch Agrarprodukte. Sie brauchen Devisen, um ihre Volkswirtschaften modernisieren zu können.

In der Förderung dieser Entwicklung, so meine ich, fällt der deutschen Politik eine herausragende Rolle zu. Die Bundesrepublik Deutschland ist die dominierende wirtschaftliche Macht in Europa. Wir haben deshalb die Verpflichtung, innerhalb der EG zum Struktur- und zur Heranführung der schwächeren Regionen angemessen beizutragen. Wir haben diese Verpflichtung zur Hilfe auch gegenüber der Dritten Welt. Doch wir haben sie ebenso gegenüber unseren östlichen Nachbarn in Europa.

Mathias Hinterscheid EGB-Generalsekretär

Ich möchte mit einer Bemerkung anfangen, die von Heine Salisch vorher gemacht wurde: Die Vorstellung, daß vor Verwirklichung des Programms, das wir jetzt ausarbeiten, Europa ein Föderalstaat sein könnte, ist gar nicht so von der Hand zu weisen. Ich glaube, man sollte das doch bitte im Hinterkopf behalten.

Das Thema Binnenmarkt. Die Unternehmern sind darauf gesprungen, das kann

man ruhig so sagen. Was machen die Gewerkschaften? Wir haben uns zuerst einmal darüber geärgert, daß trotz aller gegenseitiger Versprechungen dieses Weißbuch vorgelegt wurde, aber ohne nur die geringste Andeutung einer sozialen Maßnahme, die begleitend angenommen werden sollte. Wir haben dafür zwei Erklärungen bekommen. Die eine war die, daß das eine Überbelastung bedeutet hätte, und es dabei sehr schwierig gewesen wäre, diese ganze komplexe Materie Sozialpolitik auch noch mit in dieses Paket aufzunehmen. Die zweite, und die scheint mir ehrlicher gewesen zu sein, daß es dann noch unwahrscheinlicher gewesen wäre, daß



Mathias Hinterscheid

dieses Weißbuch von den Regierungen angenommen und also der Binnenmarkt so schnell realisiert werden könnte.

Wir haben uns damit natürlich nicht zufriedengeben. Wir haben weiter Druck ausgeübt. Dabei haben wir Unterstützung beim Parlament und beim Wirtschafts- und Sozialausschuß gefunden. Wir haben unser eigenes Sozialprogramm ausgearbeitet, was ich in der Sache hier natürlich nicht auseinandersetzen kann. Aber ich möchte doch in großen Linien sagen, wir sind der Meinung, daß in Europa sich die Sozialpolitik nicht anders entwickeln kann als dies auch auf nationaler Ebene in allen Ländern mit mehr oder weniger Erfolg geschehen ist.

Die Sozialpolitik hat sich auf zwei Wegen verwirklicht: durch den Verhandlungsweg mit den Arbeitgebern und durch den Gesetzgeber. Es gibt nur ein Land, wo es sehr wenige soziale Gesetze gibt, und fast alles über die Verhandlungen realisiert wurde: dieses Land ist Großbritannien. Aber die Kollegen dort merken auch, daß dieses System zerbrechlich ist und daß sie wahrscheinlich auch mehr an den Gesetzgeber appellieren müssen. Die Sozialpolitik soll sich unserer Ansicht nach auf vier Ebenen verwirklichen.

Es soll also dieses soziale Gefüge, das harmonisierte Sozialgefüge sich verwirklichen auf der Betriebsebene, auf der sektoralen Ebene, auf der nationalen Ebene und nun auch auf der europäischen Ebene. Damit stehen wir diametral der aktuellen Tendenz der Arbeitgeber gegenüber, alles auf der Betriebsebene zu regeln und möglichst auch ohne den Gesetzgeber. Ich habe bereits gesagt, wir haben Unterstützung gefunden. Der Padoa-Schioppa-Bericht wurde schon erwähnt, auch der Beretta-Bericht.

Die Kommission hat auch intern unter ihren britischen Generaldirektionen einen Bericht ausarbeiten lassen, und nun gibt es auch noch die Ceccini-Studie. Was wir feststellen können ist, daß in allen diesen Berichten ganz klar herausgestellt wird, daß es ohne ein Minimum an Harmonisierung und ohne ein Minimum an gemeinschaftlichen Rahmenregelungen eine echte kohärente Sozialpolitik nicht geben wird. Wenn also der innere Markt, der gemeinsame Markt ein kohärenter Wirtschafts- und Sozialraum sein soll, so wie es in der Einheitlichen Akte steht, kann dies nur über eine europäisch fixierte Sozialpolitik gemacht werden. Hier stehen wir, wie schon gesagt, mit den Arbeitgebern in einer sehr starken Diskussion, denn die Arbeitgeber wollen alles auf der Sozialdialogregulierung auf europäischer Ebene nur ja keine Gesetzgebung, und sie wollen vor allem, wie ich schon sagte, auf der niedrigstmöglichen Ebene die gesamte Sozialpolitik über die Bühne bringen.

Hier stellt sich die Frage – und damit komme ich auf ein Thema, das heute schon einige Male angedeutet wurde – wie wichtig es ist, daß man auch institutionelle Akte setzt. Ich sage wahrscheinlich nichts Neues, wenn ich vermute, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung lange Zeit so ein we-

nig der Glaube bestand, institutionelle Fragen seien eigentlich gar nicht so wichtig. Weil der politische Wille bestünde, könnte man auch etwas schaffen ohne Institutionen. Auf der anderen Seite haben wir aber klar gesehen, daß, wenn ein Wille bei einer Mehrheit besteht und es keine Institutionen gibt, durch die man diesen Mehrheitswillen durchsetzen kann, dann eben die Minderheit immer oben bleibt und die Minderheit die ist, die alles bestimmt. Wir sind daher sehr stark dafür eingetreten, sobald die Regierungskonferenz – die sich mit der Reform des Romvertrages befassen sollte – einberufen war, daß also bei dieser ersten Reform nicht wieder nur an das Wirtschaftliche gedacht werden sollte, sondern daß auch der Artikel 118A reformiert oder ergänzt werden müßte. Wir sind also mit am Ausgangspunkt der Tatsache, daß es heute diesen Artikel 118A in der Einheitlichen Akte gibt, der auch die Sozialpolitik auf europäischer Ebene als eine Pflicht für die europäischen Institutionen vorsieht.

Ich glaube, wenn man sich die Erfahrungen auf der gemeinschaftlichen Ebene einmal ansieht, oder überhaupt den Integrationsprozeß, dann zeigt es sich doch sehr klar, daß eigentlich diese ewige Frage, mehr Intervention oder weniger Intervention, mehr Institutionen oder weniger Institutionen, mehr Staat oder weniger Staat, die immer wieder auftaucht, so abstrakt gar nicht beantwortet werden kann. Das gilt auch für Europa. Europa hat Institutionen, die fähig sind, eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik durchzuführen und die auch fähig sind, eine Sozialpolitik dementsprechend zu gestalten. Die Frage ist nur, wie weit werden wir diese repräsentative Demokratie, die wir auf nationaler Ebene in unseren Ländern haben, auch auf europäischer Ebene zum Durchbruch bringen? Wie werden wir es schaffen zu verhindern, daß eine Minderheit von 20 Ministern eines Landes eine ganze Entwicklung bremsen kann, die von 60 Prozent der europäischen Bevölkerung verlangt und gefordert wird? Es ist ein Fortschritt gemacht worden mit der Verstärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Ich glaube aber, daß dieser Fortschritt noch nicht ausreicht, daß man auf diesem Gebiete noch weiter gehen muß.

Es ist auch ein Fortschritt gemacht worden in dem Sinne, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Geschehnisse

verstärkt wurde. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, die Rolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses noch zu verbessern.

Ein letztes Wort in diesem Zusammenhang, aber auch gleichzeitig im Zusammenhang mit der Währungsfrage. Ich habe gestern einen früheren Familienminister, heutigen Finanzminister eines europäischen Staates schon hören, und zwar zu den Arbeitgebern: „Hören Sie, Sie müssen doch Verständnis dafür haben, daß das so schwierig ist, denn schließlich ist doch die Monetärpolitik die allerletzte Bastion nationaler Eigenständigkeit und wie könnten wir die so leichten Herzens aufgeben?“ Das war ein Anfall von Ehrlichkeit, den man auch als solchen zur Kenntnis zu nehmen hat. Es ist also nicht nur die Frage, daß das sicherlich technisch und wirtschaftlich schwierig ist, es ist nicht nur die Frage, daß man sich daran gewöhnen muß, daß man das vielleicht in Etappen in Gang setzen muß, aber es ist nun einmal die Realität. Damit komme ich zu meiner Eingangsbemerkung zurück, es ist immer noch nicht so weit, daß alle politisch Verantwortlichen sich vorstellen können, daß vielleicht nach dieser Etappe, die da in der Einheitlichen Akte ihren Niederschlag gefunden hat, in wieder einmal 30 oder weniger Jahren die nächste Etappe kommt, die uns zu einem europäischen Föderalstaat führt. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß wir im Auftrag unserer heutigen Jugend uns auf diesen Gedanken einstellen müssen, und wir täten gut daran, jetzt schon unser mittelfristiges Plänen, Denken und Handeln hierauf auszurichten.

Dr. Leonhard Gleske Deutsche Bundesbank

Ich will in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht über die Koordinierung der Geldpolitik in der EG und im europäischen Währungssystem sprechen, sondern gleich zu dem sehr aktuell gewordenen Thema der Fortentwicklung des europäischen Währungssystems zu einer Wirtschafts- und Währungsunion kommen. Wir erleben jetzt den dritten Anlauf in Richtung auf dieses Ziel. Bereits in ihrem Aktionsprogramm für die zweite Stufe der Zollunion hat die EG-Kommission 1962 Vorstellungen über die Verwirklichung der Währungsunion bis Ende der 60er Jahre entwickelt. Es gab dann, nicht zuletzt auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Brandt, Ende der 60er/

Anfang der 70er Jahre einen zweiten Anlauf, Stichwort „Werner-Bericht“, auch mit dem Ziel, bis Ende der 70er Jahre eine Währungsunion zu schaffen mit einer europäischen Zentralbank. Dieser Anlauf blieb in den Turbulenzen der internationalen Währungsentwicklung stecken. Diese erfolglosen Versuche zeigen, wie schwierig das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen ist. Mit den Fortschritten, die wir im europäischen Währungssystem erzielt haben im Sinne einer befriedigenden inneren Preisstabilität mit der Konsequenz auch einer mehr befriedigenden Wechselkursstabilität und mit dem neuen Anlauf, jetzt wirklich zu einer vollen Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu kommen, sind freilich wichtige Voraussetzungen für eine Währungsunion geschaffen worden. Eine Währungsunion bedeutet in letzter Konsequenz, daß die beteiligten Staaten darauf verzichten, die Wechselkurse ihrer Währungen im Verhältnis zu einander zu ändern. Ökonomisch hätten wir damit einen Zustand wie bei einer einheitlichen Währung, allerdings noch mit verschiedenen Benennungen der umlaufenden Zahlungsmittel. Der Übergang zu einer einheitlichen Währung wäre dann aber nur noch ein formaler Akt, freilich von großer symbolhafter und daher auch politischer Bedeutung. Das ökonomisch Entscheidende ist die endgültige Fixierung der Wechselkurse. Man muß sich klar darüber sein, was das wirtschaftspolitisch und was es allgemeinpölitisch bedeutet, wenn ein Staat darauf verzichtet, seinen Wechselkurs nicht mehr zu ändern. Er begibt sich dann der Möglichkeit, sich von Entwicklungen abzukoppeln, die seinen eigenen Prioritäten und Zielsetzungen zuwiderlaufen mögen. Die Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Währungspolitik obläge dann einer Gemeinschaftsinstitution, an deren Willensbildung jeder Staat zwar mitwirkt, die er aber nicht mehr allein beherrscht. Solange man noch Wechselkurse ändern kann, hat man die Möglichkeit, sich von unerwünschten Entwicklungen, die von außen kommen, abzukoppeln, und auch einen Spielraum für die nationale Geld- und Wirtschaftspolitik.

Ein weiterer Punkt: Mit der Entscheidung, die Wechselkurse nicht mehr zu ändern, verschwinden durchaus nicht die Probleme, die heute hinter Zahlungsbilanzentwicklungen und Wechselkursänderungen stehen. Diese Probleme ändern ihren Charakter. Sie wer-

den von Wechselkurs- und Zahlungsbilanzproblemen zu Problemen regionaler Ungleichgewichte, ähnlich denen, die wir in allen unseren Nationalstaaten haben. Im Laufe jahrzehntelanger Teil jahrhundertelanger Entwicklungen haben die Staaten Mechanismen der verschiedensten Art entwickelt, um regionalen Ungleichgewichten, Strukturveränderungen, Standortnachteilen zu begegnen. Dazu gehört ein großer zentraler Haushalt, der natürlich erhebliche regionale Verteilungswirkungen hat. Dazu gehört auch ein Sozialversicherungssystem einschl. des Arbeitslosenversicherungssystems, auch mit sehr erheblichen regionalen Verteilungswirkungen, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Schließlich gehört zu diesen Mechanismen ganz sichtbar, obwohl ökonomisch am wenigsten bedeutsam, ein Finanzausgleich zwischen steuerstarken und schwachen Ländern, wie wir ihn in der Bundesrepublik haben. In einer Währungsunion müßten ähnliche Mechanismen entstehen. In letzter Konsequenz bedeutet die Entscheidung, Wechselkurse nicht mehr zu ändern, daß wir uns in eine Solidargemeinschaft begeben, in der vor allem die ökonomisch starken Länder einen Ressourcen- und Finanztransfer zugunsten der schwächeren Länder auf sich nehmen müssen. Hierüber muß man sich klar sein, wenn man solche Beschlüsse faßt. An erinnere mich an eine Diskussion, die wir 1958 oder 1959, jedenfalls ganz am Beginn der EG im Währungsausschuß hatten, als unsere damaligen italienischen Kollegen uns über die Probleme des Mezzogiorno berichteten und den großen Mittel- und Ressourcentransfer aus dem Norden in den Süden Italiens, teils über den Staatshaushalt, teils über die besonders hierfür geschaffene Cassa del Mezzogiorno erklärten. Sie schlossen mit einer Bemerkung, die ich im Zusammenhang mit der jetzigen Währungsunion diskussion zitieren möchte: Die Probleme des Südens Italiens ließen sich leichter lösen, wenn man südlich von Rom eine Währungsgrenze hätte und die Standortnachteile des Südens dann über den Wechselkurs ausgeglichen werden könnten. In einem politischen Gebilde wie Italien stand das gewiß nicht zur Debatte, konnte auch nie zur Debatte stehen, aber das Argument zeigt sehr deutlich die Probleme, vor die wir hier gestellt sind, wenn wir die EG zu einer Währungsunion weiterentwickeln wollen. Es zeigt gleichzeitig aber auch,

daß es sich hierbei um einen eminent politischen Prozeß handelt. Alles, was ich hier zu beschreiben versucht habe, ist letztlich wohl nicht vorstellbar ohne zumindest parallele Fortschritte in der politischen Integration.

Zu einer solchen Währungsintegration in Europa gehört letztlich auch eine europäische Zentralbank, ein europäisches Zentralbanksystem. Eine solche europäische Zentralbank können wir uns wohl nur föderativ organisiert vorstellen. Europa, wie es in seiner politischen Ausgestaltung schließlich einmal aussehen wird, wird sehr starke föderative Züge haben und von daher wird auch das Zentralbanksystem entspre-



Dr. Leonhard Gleske

chend organisiert sein können, ich meine sogar, sein müssen. Die Frage, mit der wir uns zu befassen haben, ist, wie ein solches Zentralbanksystem im einzelnen aussehen soll. Es muß ja letztlich Träger einer einheitlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung für die Geldpolitik sein. Jeder von uns, wir selbst und unsere Kollegen aus den anderen europäischen Zentralbanken, bringen die eigenen Erfahrungen in diese Diskussion ein. Wir sind der Überzeugung, daß die Aufgabe eines künftigen europäischen Zentralbanksystems so definiert sein sollte, daß es auf Geldwertstabilitäten verpflichtet ist, nicht weil wir der Meinung sind, Geldwertstabilität sei ein Wert an sich, sondern weil wir aufgrund unserer Erfah-

rungen – diese Erfahrungen haben inzwischen auch andere Länder gemacht – wissen, daß die anderen Ziele, der Wirtschaftspolitik einschl. des Ziels der Vollbeschäftigung und des Wachstums nicht erreicht werden können, sondern eher gefährdet werden, wenn nicht Geldwertstabilität im ausreichenden Maße gesichert ist.

Das zweite, was wir aus unserer Erfahrung einbringen würden und wollen, ist eine von Weisungen unabhängige europäische Notenbank. Ich bin der Meinung, daß die Voraussetzungen hierfür in einem föderativ organisierten Europa besser sind, als wenn wir es mit einem zentralistischen Gebilde zu tun hätten. Ich habe großes Verständnis für die Bedenken, z.B. unserer französischen Freunde aus ihrem eigenen Staatsverständnis und mit ihren Erfahrungen eines stark zentralisierten Staats. Aber vielleicht ist es kein Zufall, daß die unabhängigen Notenbanken in der Welt in Staaten mit einer föderativen Struktur entstanden sind: In der USA, der Schweiz und der Bundesrepublik.

Eine letzte Bemerkung, die über mein Thema hinausgeht, zu der ich aber angeregt bin durch eine Bemerkung von Herrn Hankel heute, der eine europäische Zentralbank auch als Mittelstufe einer künftigen Weltzentralbank sehen möchte. Die Beschreibung der weitreichenden Implikationen einer Währungsintegration im regionalen Rahmen Europas zeigt nach meiner Ansicht, daß die Voraussetzungen für eine Weltzentralbank wohl kaum gegeben sind. Ich kann sie mir jedenfalls nicht vorstellen. Herr Hankel, es klingt sicher sehr schön, ein solches währungspolitisches Paradies der Zukunft zu beschreiben, aber wir leben in einer Welt mit souveränen Staaten, die nicht bereit sein werden, ihre Souveränität aufzugeben. Selbst in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind wir mit diesem Problem konfrontiert. Aber hier steht ein starker politischer Wille dahinter. Daher sind die Voraussetzungen hier eher gegeben als das weltweit der Fall ist. Deshalb wird man realistischweise davon ausgehen müssen, daß ähnliche Bestrebungen im weltweiten Rahmen kaum von Erfolg sein werden.

Dieter Bricke

Ich verstehe, wenn Konservative Europa als eine Möglichkeit für größere, ökonomisches Wachstum definieren. Ein größeres Wachstum, das dann alle anderen Probleme sozialer, ökologischer Art lösen soll. Aber, das ist doch wohl nicht das Konzept einer sozialdemokratischen Partei? Ich frage mich, glaubt man hier denn wirklich, wie mir das aus den Statements des Podiums hervorzuklingen schien, daß noch mehr Exportmaximierung, noch mehr Wachstum, noch mehr Größe an sich, die Probleme löst, die uns gestellt sind, die unsere Bevölkerung in zunehmendem Maße am eigenen Leib verspürt, die wir heute morgen als Weltprobleme definiert haben, die auf uns eindringen? Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich glaube, so wie Europa hier definiert wurde, mit Ausnahme des Kollegen Hinterscheid, ist dies ein Europa der Technokratie, eine riesige Vermehrung von Bürokratie und Technokratie. So jedenfalls wirkt das auf mich. Deswegen meine Frage, kann man dieses Europa als eine sozial und ökologisch verantwortlich handelnde Partei überhaupt bauen wollen, ohne vorher ein Konzept zu haben, wie man die sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums überhaupt kontrollieren will. Wie thematisiert die SPD die ökologischen und sozialen Folgekosten, wie versteht sie ihre Rolle im Aufbau dieses Europas? Dazu würde ich gern mehr vom Podium hören!

Heidmarie Wiczorek-Zeul

MdB

Liebe Gäste, meine Damen und Herren. Sie müssen nicht befürchten, daß jetzt eine Zusammenfassung erfolgt. Das wäre sicher auch gar nicht möglich. Man merkt, wer sich mit Weltwirtschaftsordnung beschäftigt, der ist ausdauernd. Wir sind ja schon längst über unseren Zeitrahmen hinaus. Was ich machen möchte ist, einige Merkpösten im Vergleich zu dem vorliegenden Programmtext anzusprechen, die sich aus der Diskussion, dieses Tages für die Formulierung unseres Programms ergeben. Was ich interessant und auch spannend fand, war, daß bei der Einschätzung dessen, was Ingomar Hauser zu Beginn in seiner Analyse der Internationalisierung von Warenströmen, von Finanzströmen dargestellt hat, daß

das unbestritten war. Natürlich gibt es Unterschiede bei der Frage, wie darauf zu reagieren ist. Aber auch unbestritten war, daß sich aus diesen ungeretzten Wechselverhältnissen doch auch eine Überprüfung dessen ergeben muß, was unter dem Stichwort internationale Arbeitsteilung bisher gemeinhin verstanden worden ist.

Den zweiten Punkt, den ich als Merkpösten für die Beratungen und für die Neuformulierungen des Textes mitaufgenommen habe ist, daß es keine kritische Anmerkung gegeben hat, zu dem was wir unter dem Stichwort „keine Abschottung vom Weltmarkt“ aber auch keine Unterwerfung unter den Welt-



Heidmarie Wiczorek-Zeul

markt“ formuliert haben. Herr Kromphardt hat noch einmal ausdrücklich deutlich gemacht, daß dies noch aktueller angesichts der Diskussion über den Investitionsstandort Bundesrepublik und Industriestaat ist. Daß diese Spirale abwärts, die uns manche empfehlen wollen, also die negative Anpassung (Aufgabe von sozialen Errungenschaften, von Umwelterungenschaften und dergleichen), daß eine solche Spirale abwärts, eine negative Anpassung, nicht unsere Perspektive sein kann. Was er deutlicher an Formulierung wünscht, ist, in welcher Form es positive Anpassung geben kann und ich glaube, das ist ein Merkpösten, den wir mit aufnehmen sollten. Insbesondere unter dem Aspekt auf Qualifizierung dessen, was in Europa

und der Bundesrepublik an besonderen Ressourcen besteht, nämlich der Arbeitskraft von Menschen.

Ein dritter Punkt, der uns in einer sehr abstrakten Form heute beschäftigt hat, ist mit ein Teil aktueller Auseinandersetzung, die von Oskar Lafontaine ausgelöst worden ist, und die bereits die alte Programmkommission beschäftigt hat. Passen wir uns an und gehen einfach davon aus, daß das internationale Zinsniveau so ist wie es ist, wie es Fritz Scharpf und an anderer Stelle auch Oskar Lafontaine als Perspektive gesagt haben, lassen wir das als eine Rahmenbedingung, auf die wir keinen Einfluß haben und versuchen innerhalb dieses Rahmens nationale Maßnahmen zu verwirklichen? Oder versuchen wir Einfluß zu nehmen? Was ich einen sehr wichtigen Aspekt fand, war, was Elmar Altwater gesagt hat: Daß das internationale Zinsniveau das Ergebnis von Krisen ist und daß die Anpassung und das Hinnehmen ohne Gestaltung in diesem Bereich auch bedeutet, Krisen bei uns zu importieren. Fritz Scharpf hat auf dieser Ebene zugestimmt, aber darauf hingewiesen, daß das, was dort getan wird, nicht bedeuten darf, daß wir in der Zwischenzeit zuhause nichts tun gegen die Arbeitslosigkeit. Hier besteht ein Konsens, den wir in der Programmformulierung festhalten sollten. Wir haben heute an mehreren Stellen die Frage Verschuldung der Länder der Dritten Welt und auch der USA diskutiert. Ich denke, auch diese Gesichtspunkte werden in dem Programmtext unter dem Stichwort Weltwirtschaft bei den verschiedensten Aspekten neu aufzunehmen sein.

Desgleichen auch das, was unter „Neue Weltwirtschaftsordnung“ im vorliegenden Programmtext meines Erachtens unzureichend, zu defensiv und auch zu vorsichtig und insgesamt sehr resignativ formuliert worden ist. Ich meine, daß das, was von Herrn Tetzlaff und auch von Barbara Simonis gesagt worden ist unter dem Stichwort „Neue Weltwirtschaftsordnung“ unbedingt aufgenommen werden muß. Eine prinzipielle Änderung des Verhältnisses Nord-Süd, die Stärkung der Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer, das Recht auf Entwicklung als Menschenrecht, internationale Solidarität, auch als Kompensation für das, was an historischer Schuld am Kolonialismus für die Industrieländer verblieben ist. Daß unsere Politik nicht auf Entwicklungshilfe reduziert werden

darf, sondern Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu betrachten ist. Das sind Aspekte, glaube ich, die überhaupt unter diesem Aspekt Neue Weltwirtschaftsordnung ausführlicher formuliert werden und auch positiver aufgenommen werden sollten. Es stimmt, daß wir unter meinem Einfluß in dem Iserer Entwurf sehr stark den Regionalisierungsaspekt und den Europäisierungsaspekt eingebracht haben. Wenn Fritz Scharpf noch hier wäre, wüßte er, daß ich mit Zähnen und Klauen, Einsatz meiner gesamten Person, diesen gesamten Aspekt da auch verankert habe.

Was vielleicht, und das ist mir heute auch in den Diskussionen aufgefallen, was wir dabei vielleicht vernachlässigt haben, ist, zu beschreiben, welchen nationalen Spielraum z. B. bei der Beschäftigungspolitik wir bei dieser prinzipiellen positiven Perspektive der Europäisierung und der Regionalisierung sehen. Vorhin habe ich die Frage der internationalen Gemeinschaft angesprochen und das hat uns an mehreren Stellen bewegt. Auch diesen Teil haben wir im Programm nicht ausreichend formuliert. Ich glaube, es hängt damit zusammen, daß natürlich insbesondere die, die in der politischen Praxis sind, ein gehöriges Maß an Skepsis, ein gehöriges Maß an Zweifel über die manchmal hehren Formulierungen haben, von denen wir wissen, daß sie sich überhaupt nicht in bisheriger praktischer Politik umgesetzt haben. Daraus resultiert das. Das ist keine Mißachtung dieses Teils. Ich habe aus der Diskussion heute entnommen, daß Forderungen nach Entschuldung der Dritten Welt nach einer gestaltenden Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik bis hin möglicherweise zu einer Weltzentralbank und bis zu einer Veränderung des internationalen Währungsfonds Forderungen sind, denen wir mit der Perspektive von 20 und 30 Jahren in diesem vorliegenden Programm stärker Rechnung tragen müssen.

Ich komme zum Schluß unter dem Aspekt Regionalisierung. Heute nachmittag ist die Aspekt Europäisierung angesichts des Zeitdrucks vielleicht ein bißchen unter Wert behandelt worden. Den wenigsten ist klar, daß es bei dem, womit wir uns augenblicklich beschäftigen, gar nicht um Souveränitätsverlust geht. Der läuft, den haben wir praktisch heute den ganzen Tag im Grunde analysiert, und es laufen auch die Maßnahmen zum Binnenmarkt. Wir haben in

dem Programmtext die Chance der Europäisierung und der Europäisierung unserer Politik um eine Beschreibung der Möglichkeiten nationalen Handlungsspielräume zu erweitern. Stichwort: Abgestimmte und sich ergänzende Beschäftigungspolitik. Aber eben auch als ein Stück regionaler Gestaltung, weltwirtschaftlicher und weltinternationaler Entwicklung, für die es Instrumente der Europäischen Gemeinschaft gibt. Das unterscheidet ja den Ansatz der europäischen Regionalisierung von den Regionalisierungen, die es sonst in der Welt gibt. Ich nenne nur die Instrumente der EG, Kooperationsabkommen, das neue Außenhandelsinstrumentarium der Europäischen Gemeinschaft. Das sind rechtlich verbindliche Instrumentarien, die bereits bestehen und die Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Genau so wie, das ist heute morgen nur angezielt, aber ist für die praktische Politik natürlich unser Hauptproblem, wie die Europäische Gemeinschaft die Chance bietet, z. B. für Krisenbranchen verhandelte Politik und verhandelte Strukturpolitik zu entwickeln und auch durchzusetzen. Ich weiß, daß das Welttextilabkommen unter vielerlei Gesichtspunkten zu problematisieren ist, aber es ist ein Beispiel dafür, wie in Krisenbranchen ein Prozeß gestaltet werden kann, ohne daß er bei uns zu dramatischen Arbeitsplatzverlusten führt, und ich denke, für viele der Branche, die in der Krise sind, wird das für die europäischen Länder ein Ansatz sein, verhandelte Politik auch zu formulieren.

Heute sehen wir die Gefahr, daß sich die wirtschaftliche Integration fortentwickelt, und daß er Sozialraum nachhinkt. Vielleicht werden wir innerhalb von wenigen Jahren ein Abräumen bei den sozialen Errungenschaften erleben, die in Jahrzehnten der Arbeiterbewegung erkämpft worden sind. Andererseits bietet aber die Europäische Gemeinschaft im Grunde die einzige Chance, zu verhindern, daß soziale Errungenschaften im Bermuda-dreieck des Weltmarktes verschwinden. Also eine Chance, innerhalb einer bestimmten Region, einer bestimmten gemeinsamen sozialen und kulturellen Tradition, daß diese Werte gesichert werden können.

Was neu ist, oder jedenfalls jetzt deutlicher wird, weil wir nun mit mehreren Hundert Rechtsetzungsakten der EG bei der Verwirklichung des Binnenmarktes zu tun haben, ist die Frage, wie demokratisch ist eigentlich dieser Prozeß der

europäischen Einigung, des europäischen Fortschrittes? Ich habe heute morgen den Punkt der Kapitalverkehrsliberalisierung angesprochen, um an dem Beispiel deutlich zu machen bis hin zur Frage der Steuerharmonisierung, daß dies mittlerweile Entwicklungen sind, die keine Parlamente mehr beschäftigen müssen rechtlich, politisch natürlich. Und dann stellt sich eben doch die Frage, ob der europäische Zusammen-schluß parlamentarisch kontrolliert erfolgt: Stichwort Europäisches Parlament, oder ob das ein Prozeß ist, der obrigkeitstaatlich verläuft. Ich sehe hier fast eine Analogie zur Deutschen Einigung im letzten Jahrhundert. Damals war die Frage: parlamentarische Einigung oder obrigkeitstaatliche Einigung über Preußen?

Letztlich, was neu ist, ist die Chance, ein europäisches Währungssystem, eine Zentralbank, in Verkopplung natürlich mit einer abgestimmten europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und mit einem wirklichen Ressourcetransfer zu verwirklichen. Man darf nicht über die Möglichkeit einer internationalen Geldpolitik, oder einer Weltbank, einer internationalen Finanzinstitution sprechen, wenn man die einzige Chance vergibt, die man im Bereich der Europäischen Gemeinschaft bisher hat. Letztlich ein Punkt, der mehrfach in der Diskussion angesprochen worden ist und der nicht aus politischen Gründen bisher im Programmtext keinen Platz gefunden hat, von dem ich aber meine, daß wir ihn aufnehmen müssen. Wir haben damals gedacht, die Perspektive von 20 und 25 Jahren würde das unnötig machen. Mehrfach ist gefordert worden, daß die Verurteilung des Apartheidregimes in Südafrika zu einem der Programmpunkte gehören sollte. Ich denke, ich kann hier ganz sicher sagen, daß dies, eben die Forderung nach Beseitigung des Apartheidregimes und die Darstellung unserer Position, die wir ja mehrfach als Sozialdemokraten und Sozialdemokraten formuliert haben, daß dies ein System ist, das nicht reformiert, sondern nur beseitigt werden kann, seinen Niederschlag im Grundsatzprogramm finden wird.

Ich bedanke mich bei Ihnen, die so lange hier ausgeharrt haben und auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hier und vor allen Dingen bei Petra Lid-schreiber, die die Veranstaltung hervorragend geleitet hat.

